

angefordert, sondern es ist nur eine Anregung, die an die Reichsregierung und die Landesregierungen ergehen soll. — Wenn Sie damit einverstanden sind, werde ich so verfahren. Das ist der Fall.

Ich bitte dann, die nächste Vollsitzung des Hauses im Einverständnis mit dem Ältestenausschuß auf morgen früh 11 Uhr anzuberaumen mit folgender Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Antrag des 30er-Ausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den Bau der Autostraße Köln—Düsseldorf.
3. Entschliebung zu dem Urteil des französischen Kriegsgerichts in Landau.

Mit Punkt 2 verbunden ist die Behandlung des Antrages Haas. Damit sind Sie einverstanden. Es würden dann morgen vor dem Plenum die Fraktionen noch Gelegenheit haben, zu tagen.

Noch eine Mitteilung: Meine Damen und Herren! Die Stadt Düsseldorf hat freundlicherweise die Mitglieder des Hauses eingeladen, heute Abend das Düsseldorfer Theater zu besuchen. Es stehen Eintrittskarten für die beiden städtischen Bühnen zur Verfügung. Diejenigen Damen und Herren, die davon Gebrauch machen wollen, bitte ich, das sofort unten im Bureau anzuzeigen.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß 4 Uhr 15 Minuten.)

## Zweite Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Freitag, den 30. Dezember 1926.

(Beginn 11 Uhr 35 Minuten.)

### Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Antrag des 30er-Ausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den Bau der Autostraße Köln—Düsseldorf.

In Verbindung hiermit:

3. Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend Zurverfügungstellung erhöhter Mittel seitens der Reichs- und Staatsregierung zur Linderung der wirtschaftlichen Notlage im Rheinlande.
4. Entschliebung zu dem Urteil des französischen Kriegsgerichts in Landau.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist eröffnet. Meine Damen und Herren! Die Niederschrift über die gestrige Sitzung liegt auf dem Tische des Hauses offen. Schriftführer für die heutige Sitzung sind die Herren Abgeordneten Dr. Kirchner und Triebel. Ich bitte Herrn Dr. Kirchner, hier Platz zu nehmen. — Er ist nicht da. Dann bitte ich Herrn Elbes (Zuruf: Auch nicht da!), dann Herrn Haub.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt die Herren Abgeordneten Bongars und Esser.

Wir treten in die Tagesordnung ein:

Punkt 2: Antrag des 30er-Ausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den Bau der Autostraße Köln—Düsseldorf.

Berichterstatter: Herr Dr. Saafen.

Abgeordneter Dr. Saafen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem vom Provinzialausschuß vorgelegten Projekt, eine Autobahnstraße von Köln nach Düsseldorf zu bauen, stehen die vereinigten Ausschüsse I und IV in ihrer überwiegenden Mehrheit sympathisch gegenüber. Sie haben diesem Projekt gegenüber ihre volle Zustimmung ausgesprochen. Seine alsbaldige Durchführung wird mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Verkehr, erst recht aber mit Rücksicht auf den in Zukunft zu erwartenden Verkehr unter Berücksichtigung der augenblicklichen unhaltbaren Straßenverhältnisse zwischen Köln und Düsseldorf für dringend erforderlich gehalten.

Soweit grundsätzliche Bedenken gegenüber der Vorlage geltend gemacht worden sind, liegen sie einmal auf finanziellem Gebiete. Es wurde bezweifelt, ob die gegenwärtige Wirtschaftslage, insbesondere auch die Lage auf dem Geldmarkt, die Verwendung derartiger erheblicher Mittel wie die Summe von 17 Millionen Reichsmark für Straßenbauzwecke tunlich erscheinen ließe. Weitere Bedenken wurden geltend gemacht mit Rücksicht auf die Interessen der übrigen Provinzteile. Es wurde befürchtet, daß das vorliegende Projekt zu einer Einschränkung der Aufwendungen der Provinz für den Ausbau und die Unterhaltung der Provinzialstraßen in den übrigen Provinzteilen und derjenigen Mittel führen werde, die die Provinz zur Unterstützung des Kreis- und Gemeindeverbaues, besonders auch in den letzten Jahren, in starkem Maße in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Teilen der Provinz

aufgewandt hat. Eine dritte Art von grundsätzlichen Bedenken wurde damit begründet, daß es nicht zweckmäßig sei, derartige Automobilsonderstraßen zu bauen, sondern daß es viel richtiger sei, die vorhandenen Provinzialstraßen in der Weise auszugestalten, daß sie den Erfordernissen des gewachsenen Verkehrs, insbesondere also des Automobilverkehrs, dienlich seien.

Die finanziellen Bedenken wurden von dem Ausschuß in seiner Mehrheit nicht für stichhaltig gehalten. In Übereinstimmung mit den Gutachten der Handelskammern Köln, Düsseldorf und Duisburg war man vielmehr der Auffassung, daß die Anzeichen, die für die Besserung der Wirtschaftslage vorliegen, es geradezu erforderlich machen, Vorkehrungen zu treffen, daß der mit weiterer Besserung der Wirtschaftslage mit Sicherheit zu erwartende gesteigerte Verkehr auch die notwendige Bahn vorfände. Es wurde aber auch mit Recht darauf hingewiesen, daß aus sozialen Gründen die Durchführung der Aufgabe im gegenwärtigen Augenblick erforderlich sei, da sie ein Gebiet betrifft, das mehr als alle anderen Teile der Provinz an Erwerbslosenzahlen aufweist.

Gegenüber den Befürchtungen, daß das vorliegende Projekt zu einer Einschränkung der Provinzialaufwendungen für den Straßenbau in den übrigen Provinzteilen führen könne, erklärte der Herr Landeshauptmann, daß er den Wegebauwünschen in den übrigen Provinzteilen nach wie vor sympathisch gegenüberstehe und daß die Durchführung des Automobilbahnbaues Köln—Düsseldorf nicht die Ursache für eine Einschränkung der Provinzialausgaben für Wegebau in den anderen Gebieten sein werde.

Es ist nach dieser Richtung hin auch zu berücksichtigen, daß die Vorlage nicht zu einer Belastung des Provinzial-Haushaltsplans führen soll, daß sie vielmehr gerade zu einer Entlastung dienen wird, weil ohne die Durchführung dieser Straße erheblich höhere Aufwendungen für die Unterhaltung der bisherigen Provinzialstraße zwischen Köln und Düsseldorf notwendig sein werden, die auf der einen Seite erspart werden, und daß auf der anderen Seite die Kosten, die hier aufgewandt werden sollen, wie man mit einer ziemlichen Wahrscheinlichkeit erwartet, aus den Einnahmen dieser Straße gedeckt werden können.

Auch die Rücksicht auf die beiden größten Städte der Provinz, Köln und Düsseldorf, die ja letzten Endes auch die Hauptsteuerzahler der Provinz sind, lassen es dringend geboten erscheinen, dem besonders großen Verkehrselend dieser Gebiete in vollem Maße Rechnung zu tragen.

Die Ausschüsse gehen bei ihrer Zustimmung von der Voraussetzung aus, die auch der Herr Landeshauptmann betont hat, daß selbstverständlich eine Einschränkung der Aufwendungen für den Wegebau in den anderen Provinzteilen infolge dieser Vorlage nicht eintreten soll.

Die grundsätzlichen Bedenken gegen die Errichtung von Automobilsonderstraßen erscheinen gleichfalls nicht

berechtigt, besonders nicht, wenn man sich die vorliegende Vorlage ansieht. In Anbetracht der Verhältnisse des Gebietes zwischen Köln und Düsseldorf würde der Ausbau der vorhandenen Provinzialstraßen zu den heutigen Verkehrsverhältnissen entsprechenden Verkehrswegen infolge der sehr zahlreichen Umgebungsstraßen, die gebaut werden müßten, auch ganz erhebliche Aufwendungen verursachen, die mehr als die Hälfte der für die vorliegende Straße erforderlichen Mittel betragen würden, ohne daß damit aber mit Sicherheit behauptet werden könnte, daß das dann Erreichte den erstrebten Zweck wirklich voll erfüllen könnte.

Es darf auch darauf hingewiesen werden, daß die neu zu errichtende Straße ja nicht ein ausschließliches Benutzungsmonopol für Kraftwagen haben soll, sondern daß jeder, der in Zukunft nicht gewillt ist, die Gebühren für die Benutzung dieser Sonderstraße aufzuwenden, nach wie vor in der Lage ist, auf den Straßen des allgemeinen Verkehrs zu fahren, und zwar voraussichtlich wesentlich besser und gefahrloser als heute, weil diese Straße von einem großen Teil des Verkehrs ganz sicher durch die neue Straße entlastet wird.

Bei der Beratung der Einzelheiten der Vorlage wurde zunächst die Frage aufgeworfen, ob es zweckmäßig sei, für die Benutzung der Straße Abgaben zu erheben. Die Bedenken, die bei einem Teil der Mitglieder der Ausschüsse bestanden, müssen fallen gelassen werden, da ohne eine Abgabenerhebung die Finanzierung der Straße eine Unmöglichkeit ist und zu einer Belastung des Provinzial-Haushaltsplans für diese eine Straße in einem Ausmaß führen müßte, das angesichts der Finanzlage der Provinz nicht verantwortet werden könnte. Die Ausschüsse legen den größten Wert darauf, zu betonen, daß das Recht der Abgabenerhebung geradezu die notwendige Voraussetzung für die Inangriffnahme der Durchführung dieses Planes ist und daß mit der Durchführung nur begonnen werden darf, wenn die unwiderrufliche Erteilung der Erlaubnis zur Erhebung der Abgaben seitens der zuständigen Rechtsstellen vorher in bindender Form erzielt worden ist. Sie gehen dabei von der Erwartung aus, daß die zuständigen Rechtsstellen auch nicht etwa die jetzt zu erteilende Erlaubnis in Zukunft dadurch illusorisch machen, daß sie sie entweder widerrufen oder auf gesetzlichem Wege zurückziehen, ohne daß gleichzeitig der Provinz eine entsprechende Abfindung hierfür gewährt wird.

Es wurden weitere Bedenken laut gegen die Durchführung der Straße als Notstandsarbeit mit Mitteln der Erwerbslosenfürsorge. Diese Bedenken verdichteten sich zu einer Reihe von Anträgen, die seitens der Kommunistischen Partei eingereicht worden sind und die sich in Ihren Händen befinden. Die Abstandnahme von der vom Provinzialausschuß vorgeschlagenen Finanzierung mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge erscheint den Ausschüssen nicht möglich,

da nach den Erklärungen der Verwaltung nicht damit zu rechnen ist, daß die zuständigen Zentralstellen die Genehmigung zur Aufnahme derartiger Anleihen erteilen werden, wenn ohne Grund die Provinz auf die Bereitstellung der Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge verzichtet. Auch erscheint die in diesen Anträgen vorgeschlagene Finanzierung dieser aufzunehmenden Anleihe mit Hilfe einer Erhöhung der vorgeschlagenen Tarife nicht möglich, da nach der Auffassung sachverständiger Kreise die vorgeschlagenen Gebühren das Höchstmaß dessen darstellen, was dem Verkehr billigerweise zugemutet werden kann.

In den Anträgen der Kommunistischen Partei wird im einzelnen die Durchführung der Erdbewegungs- und Straßenbefestigungsarbeiten in Regie der Provinz verlangt. Es wird eine Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 42 Stunden gefordert. Es wird eine Entlohnung für die 42stündige Arbeitszeit nach dem Tarif für die volle Arbeitszeit verlangt, und endlich, soweit die Tarife keine Wegegelde, Fahrgelder, Auswärtszulagen und Montagespesen vorsehen, die Gewährung von Wegegeldern und Fahrgeldern und außerdem eine Verpflegungszulage, soweit sie für auswärtige Arbeiter erforderlich ist.

Ein weiterer Antrag verlangt, daß für diese Zwecke ein besonderer Betrag von 500 000 Mark für die Unterbringung und Verpflegung bereitgestellt werden möge. Ein letzter Antrag verlangt, daß die Ausschreibung der Erdarbeiten unter Zugrundelegung von Leistungsnormen pro Arbeiter in bestimmter Höhe — und zwar fünf Kubikmeter bei Sand, vier Kubikmeter bei Lehm und drei Kubikmeter bei Riesboden — erfolgen soll.

Die vereinigten Ausschüsse schlagen Ihnen vor, den Antrag der Kommunistischen Partei, der sich auf die Vornahme der Arbeiten in Regie der Provinz bezieht, abzulehnen, die Anträge, die sich auf die Regelung der Arbeitszeit, die Gewährung von besonderen Zulagen und die Festsetzung der Mindestarbeitsleistung, die der Ausschreibung zugrunde zu legen ist, beziehen, dem Provinzialausschuß zur Berichterstattung in der nächsten Tagung zu überweisen.

Die Wirtschaftspartei hat im Gegensatz zu dem Antrag der Kommunistischen Partei, die Arbeiten in eigener Regie der Provinz vorzunehmen, ihrerseits beantragt, daß die Ausführung irgendwelcher Arbeiten in eigener Regie nicht erfolgen dürfe. Die Ausschüsse sind der Auffassung, daß durch die Ihnen vorgeschlagene Ablehnung des kommunistischen Antrages der Antrag der Wirtschaftspartei als angenommen zu gelten hat.

Es darf bei der Frage, ob die Arbeiten in eigener Regie vorzunehmen sind, nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Durchführung derartiger Arbeiten die Bereitstellung einer großen Zahl von Spezialmaschinen wie auch von spezialtechnischen Kräften erfordert, die der Provinzialverwaltung zur Zeit nicht zur Verfügung stehen und deren Beschaffung für diesen besonderen

Zweck doch im finanziellen Interesse der Provinz recht bedenklich erscheint. Aus diesen und anderen Gründen sind die Ausschüsse der Auffassung der Wirtschaftspartei beigetreten, die Arbeiten nicht in Regie der Provinz vornehmen zu lassen.

Es wurde dann bei der Beratung der Einzelheiten der Vorlage noch eine Reihe von Anregungen gegeben, die zum Teil technischer Natur sind und sich beispielsweise auf die Breite des Planums beziehen. Einerseits wurde geltend gemacht, daß die vorgesehene Breite von vier Fahrbahnen für den Anfang zu groß sei. Von anderer Seite wurde betont, es müsse Vorsorge getroffen werden, daß für die zu erwartende Steigerung des Verkehrs eine Erbreiterung der Straße möglich sei.

Seitens der Verwaltung wurde zu der ersten Anregung einer Einschränkung des Planums darauf hingewiesen, daß eine Fahrbahn in der Breite von vier Bahnen unbedingt notwendig sei nach den Erfahrungen, die man mit ähnlichen Straßen gemacht habe, wenn man schon die heutigen Verkehrsverhältnisse auf der Straße zugrunde lege. Eine Erbreiterung der Straße oder etwa ein Erwerb des dafür erforderlichen Geländes, eine Gestaltung der Bauwerke für ein breiteres Planum ist nach den Berechnungen der Verwaltung nicht zu empfehlen, da, wenn man damit rechnet, daß die Verkehrszunahme etwa in 15 Jahren eine Erbreiterung notwendig macht, die Investierung der jetzt schon notwendigen Kosten nicht ratsam erscheint. Es wird jedoch insbesondere bei dem Grunderwerb darauf Rücksicht genommen werden, daß nicht etwa die spätere Erbreiterung der Straße durch die Ausdehnung der Bebauung verhindert wird, und es soll, soweit notwendig, in der Bauzone auch heute schon bei dem Grundstückserwerb auf diese Erbreiterung Rücksicht genommen werden.

Weitere Anregungen betrafen die Frage der Benutzung der Straße für die Verlegung von Kabeln, Gasfernleitungen und ähnlichem. Auch diese Anregung haben die Ausschüsse dem Provinzialausschuß für seine späteren Arbeiten als Anregungen überwiesen.

Zuletzt beschäftigten sich die Ausschüsse mit der Frage der Tarifgestaltung. Es wurde von vielen Seiten nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, daß die starre Tarifgestaltung, die die Provinzialausschußvorlage vorsieht, erhebliche Bedenken habe, da es doch einen Unterschied bedeute, ob man die Straße mit einem schweren Personen- und Lastkraftwagen befahre oder mit dem heute immer mehr einbürgern den Kleinkraftwagen oder Leichtlastwagen. Es wurde dem Provinzialausschuß die Anregung mit auf den Weg gegeben, bei der Tarifgestaltung diese Frage zu prüfen, die von den Ausschüssen in ihrer Mehrheit gebilligt wurde.

Ich fasse die Stellungnahme der Ausschüsse wie folgt zusammen: Die Ausschüsse empfehlen Ihnen die Vorlage des Provinzialausschusses, gehen dabei aber

von der Voraussetzung aus, daß damit die Tätigkeit des Provinziallandtags und der Sachausschüsse bei der Bearbeitung der vorliegenden Vorlage nicht ihr Ende gefunden hat, sondern daß der Provinziallandtag in seiner nächsten Tagung, die im März zu erwarten ist, einem Bericht des Provinzialausschusses über den Stand der Vorarbeiten entgegensteht, der sich auch auf die Vorlage eines genaueren Kostenplanes erstreckt, und sie schlagen Ihnen vor, zu dem Antrage, der in der Provinzialausschuß-Vorlage enthalten ist, einen entsprechenden Zusatz zu machen, nach dem der Provinzialausschuß verpflichtet wird, dem nächsten Provinziallandtag einen Bericht über den Stand der Vorarbeiten und eine Veranschlagung der Kosten vorzulegen. Mit diesem Zusatz wird die Annahme der Vorlage empfohlen.

In gleicher Weise schlagen die beiden Ausschüsse Ihnen die Annahme des von der sozialdemokratischen Fraktion vorgelegten ausführlichen Antrages vor, der sich mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung befaßt und der gestern von dem Herrn Präsidenten zur Verlesung gebracht worden ist.

Ich habe noch mitzuteilen, daß die Zustimmung der beiden Ausschüsse zu der Vorlage selbst mit allen gegen vier Stimmen erfolgt ist.

Vorsitzender Dr. Jares: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Creuz.

Abgeordneter Dr. Creuz: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im wesentlichen hat ja der Herr Berichterstatter Ihnen schon die notwendigen Aufschlüsse gegeben; ich kann mich deshalb im allgemeinen kurz fassen.

Es ist grundsätzlich außerordentlich erfreulich, daß die Provinzialverwaltung diese Vorlage eingebracht hat. Sie zeigt uns, daß das allgemeine Bestreben bei den Behörden und den Selbstverwaltungskörperschaften, dem modernsten Fahrzeug eine Entwicklung zu sichern, auch für den wirtschaftlichen Verkehr mehr und mehr Fuß faßt. Ich glaube, wir können in der Rheinprovinz mit Stolz sagen, daß sowohl die staatlichen Behörden wie auch die sonstigen Körperschaften in der Weiterentwicklung des Automobils als Verkehrsfahrzeug vorbildlich vorangehen. Es ist von besonderer Bedeutung, wenn man berücksichtigt, wie die Verhältniszahlen des Gebrauchs des Kraftwagens im Auslande und im Inlande liegen. Sie haben in der Denkschrift gesehen, daß in Deutschland immer noch auf über 200 Personen ein Kraftwagen kommt, während in Frankreich und England, in Ländern, in denen die wirtschaftlichen Voraussetzungen ähnlich sind wie bei uns, man auf 50, 60 bis 70 Personen einen Kraftwagen rechnet. Wenn wir uns der von maßgebenden Kreisen ausgesprochenen Erwartung anschließen, daß der wirtschaftliche Wiederaufstieg in Deutschland weitere Fortschritte macht, dann müssen wir auch mit Bestimmtheit damit rechnen, daß das Kraftfahrzeug in einer Weise bei uns weiteren Eingang findet, die uns

in wenigen Jahren zu ähnlichen Verhältniszahlen führt, wie sie das benachbarte Ausland aufweist, ja, daß wir vielleicht in dieser Hinsicht noch vorbildlich werden und daß einmal zur Wahrheit wird, was ich in meinen letzten Ausführungen, die ich anlässlich der Vorlage über den Bau des Nürnberg-Rings hier machte, sagte, daß das Auto als Beförderungsmittel auch einmal das Gemeingut des Arbeiters werden wird. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Die brauchen erst einmal etwas zum Essen!) Die Voraussetzungen, die eine derartige Entwicklung ermöglichen, scheinen mir auch bezüglich der Leistungen unserer Automobilindustrie in jeder Weise gegeben zu sein. Wer Gelegenheit hatte, in diesem Jahr in Berlin die Automobilausstellung zu besuchen, konnte den Eindruck gewinnen, daß seitens unserer Automobilindustrie die größten Anstrengungen gemacht werden, den einheimischen Markt zu bedienen und — das wollen wir besonders hoffen — darüber hinaus auch im Auslande Fuß zu fassen. Wir werden in kurzer Zeit — und sind es eigentlich jetzt schon — in der Lage sein, sowohl Personenwagen als auch Kraftträger zu Preisen zu bekommen, die es jedem möglich machen, sich ein Kraftfahrzeug zu halten. Also auch von diesem Gesichtspunkte aus ist es durchaus gerechtfertigt, mit einer stärkeren Entwicklung des Automobilverkehrs zu rechnen und eine Anlage zu schaffen, die die stärksten Verkehrszentren Köln und Düsseldorf in vorbildlicher Weise miteinander verbindet. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Das ist nur für die Profitmacher!)

Meine Damen und Herren! Es ist vielfach erwähnt worden, daß das Projekt einer Autostraße — ich sage ausdrücklich, Autostraße, denn das genügt ja, warum brauchen wir da das Wort Bahn noch dazwischen zu schalten? — vielleicht die Pläne stören könnte, die seitens gewisser Kreise für die großzügige Erschließung ganz Deutschlands durch Autostraßen gefaßt sind. Ich glaube, daß es verfehlt ist, unser Projekt mit diesen Plänen, über die wir ja hier nicht weiter zu befinden haben, in irgendeiner Weise in Verbindung zu bringen. Meine Damen und Herren! Vor 80 Jahren ist auch einmal die erste Eisenbahn entstanden; sie wurde von Fürth nach Nürnberg gebaut. So kann auch einmal die erste Autostraße entstehen; sie wird von Köln nach Düsseldorf gebaut. Das schließt nicht aus, daß, genau wie bei der Eisenbahn, später ein entsprechendes Netz, falls es notwendig ist, entstehen kann.

Darüber hinaus würden wir auch die Vertretung des Gedankens begrüßen, recht bald in weitere Erwägungen über die Verlängerung der Straße nach Duisburg und Essen einzutreten. Dadurch würde der Straße ein Gepräge gegeben, daß sie ganz besonders für die Verbindung zwischen Köln und dem Ruhrgebiet geeignet erscheinen läßt.

Sonst wäre zu der Notwendigkeit dieser Anlage nichts Besonderes mehr zu sagen, da der Herr Berichterstatter ja die Einzelheiten vorgetragen hat.

Seitens unserer Fraktion wird aber Wert darauf gelegt, daß zum Ausbau der Straße Erwerbslose herangezogen werden. Gerade diese Zeit, in der es leider noch immer soviel Erwerbslosigkeit gibt, ist wie keine andere geeignet, die Erwerbslosen zur Durchführung eines derartigen Bauprojekts zu vereinigen.

Selbstverständlich wünschen wir, daß den Erwerbslosen in jeder Weise eine anständige Lebenshaltung ermöglicht wird und daß alles das berücksichtigt wird, was man mit Rücksicht auf den Arbeiter als Selbstverständlichkeit verlangen muß. (Zurufe links.)

Wir haben es abgelehnt, die Arbeiten in eigener Regie der Provinz ausführen zu lassen. Die eigene Regie würde für die Provinz eine ganz außerordentlich starke Belastung insofern bedeuten, als ein ganzer Stab von Baubeamten und Bauführern angestellt werden müßte, als eine große Anzahl von Maschinen beschafft werden müßte und dergl. mehr. Darüber hinaus haben wir auch gerade im Rheinland ein so leistungsfähiges Tiefbauunternehmertum, daß es durchaus verfehlt wäre, dem Gedanken, in eigener Regie zu arbeiten, in diesem Zusammenhange näherzutreten.

Meine Damen und Herren! Die Anlage an sich ist etwas Neuartiges. Wir haben in Deutschland eine derartige Anlage wie die geplante noch nicht. Die einzigen Anlagen, die vergleichsweise herangezogen werden könnten, sind die Autostraße in Oberitalien, insbesondere zu den oberitalienischen Seen. Die dort gemachten Erfahrungen werden zweifellos auch der Provinzialverwaltung für den Bau unserer Straße von großem Wert sein. Diese Neuartigkeit der Anlage bedingt es, daß ein Rentabilitätsplan in der scharf umrissenen Form, wie er bei Unternehmungen, bezüglich deren man schon Erfahrungen hat, möglich ist, nicht aufgestellt werden können, sondern daß sehr viel auf Schätzungen abgestellt ist. Immerhin kann man sagen, daß es hoffentlich möglich sein wird, die Abgabe, die auf der Straße leider nun einmal erhoben werden muß, verhältnismäßig gering zu halten. Es ist durchaus verständlich, wenn das Bestreben der Autoportverbände, die sich ja auch in sehr dankenswerter Weise eingehend mit den Automobilverkehrsfragen beschäftigen, dahin geht, die Straße möglichst abgabefrei zur Benutzung zu erhalten. Aber andererseits ist es auch klar, daß, wenn der Bau dieser Straße mit der Frage der Abgabenerhebung steht oder fällt, auch alle diese Kreise, die ich persönlich sehr gut kenne, zweifellos es vorziehen werden, eine mit leichten Abgaben belastete gute Straße benutzen zu können, als gar keine entsprechende Anlage zu haben. Außerdem ist ja die Benutzung der alten Provinzialstraße nicht ausgeschlossen. Wer glaubt, daß er die paar Pfennige nicht ausgeben kann, kann sie ja auch noch immer benutzen. Ich bin aber fest überzeugt, daß von der alten Provinzialstraße nur in ganz geringem Maße noch Gebrauch gemacht werden wird.

Die Einnahmen sind so kalkuliert, daß man etwa die gesamte Verzinsung und Tilgung aus der Abgaben-

erhebung glaubt aufbringen zu können. Ich mache darauf aufmerksam, daß darüber hinaus noch ganz erhebliche weitere Einnahmequellen vorhanden sind. Insbesondere werden im Zusammenhang mit dieser Anlage Tankstellen, Wirtschaften und dergleichen entstehen, die pachtzinspflichtig sind. Wesentlich ist auch die Ausnutzung der Reklame, die immerhin in geschmackvollem Rahmen gehalten werden, aber trotzdem sehr zugkräftig sein kann. Sie tun damit der engeren Heimat überhaupt einen großen Gefallen, da wir dann zum Beispiel die Reklame ausrufen können: Deutsche, kauft deutsche Kraftwagen! oder: Deutsche, trinkt deutschen Wein! (Unruhe links.)

Darüber hinaus ist dann noch die Möglichkeit vorhanden, die Straße zur Verlegung von Kabeln und dergleichen zu benutzen und auf diese Weise auch Einnahmequellen zu erschließen und den technischen Betrieb zu vereinfachen. Auf der anderen Seite muß natürlich noch an die Unterhaltungskosten und an den Betrieb gedacht werden. Aber auch die werden sich in Grenzen halten lassen können, daß wir hoffen, daß die Abgabe möglichst gering bleiben kann.

Auf die technische Seite einzugehen, würde viel zu weit führen. In den Ausschusssitzungen ist wiederholt die eine oder andere technische Frage angeschnitten worden; sie wird ja ihre Erledigung bei den Sachverständigen finden. Wesentlich ist lediglich, daß man für den Schnellverkehr nach den Erfahrungen eine möglichst raue Oberfläche sicherstellt. Es ist dabei zu beachten, daß je nach der Wahl des Oberflächenbehandlungsverfahrens sich auch die Kosten ganz erheblich verschieben können. Ich glaube aber, daß in der Hinsicht das beste Verfahren gerade gut genug ist.

Des weiteren möge Bedacht darauf genommen werden, wie sich die Anschlüsse in den beiden Städten gestalten, damit man nachher nicht enttäuscht von der guten Autostraße in allzu enge Verkehrsstraßen der Städte geleitet wird.

Bezüglich der Breite ist der Wunsch aufgetaucht, die Straße noch breiter als 14 Meter Fahrbahn gebaut zu sehen. Ich kann der Prüfung dieses Wunsches grundsätzlich nur zustimmen. Insbesondere möchte ich die Provinzialverwaltung bitten, auf unsere zahlreichen Motorradfahrer Rücksicht zu nehmen, die doch auch die Straße benutzen sollen und die eigentlich ihre gesonderte Fahrbahn haben müßten. Es muß zum mindesten versucht werden, sie ohne Gefährdung in den Betrieb der Autostraße einzurangieren.

Das wären im wesentlichen die grundsätzlichen technischen Ausführungen, die in diesem Zusammenhang zu machen wären. Es ist die Befürchtung laut geworden, daß die Mittel der Provinz durch die Anlage der Straße in einer Weise beansprucht werden, daß dadurch andere Straßenbauprojekte nicht zur Ausführung kommen. Aber andererseits konnte seitens der Provinzialverwaltung festgestellt werden — und diese Feststellung wurde als richtig erkannt —, daß erstens

der Bau der Autostraße den Provinzialetat nicht belastet und zweitens, wenn die Straße nicht gebaut würde, die Ausgaben für Umgehungsstraßen, die unbedingt notwendig wären, bedeutend größer wären als die eben den Etat gar nicht belastende Autostraße.

Es ist darüber hinaus auch die Befürchtung aufgetreten, daß durch die Inanspruchnahme der Mittel der Provinz insbesondere in den ländlichen Teilen der Rheinprovinz der Straßenbau in irgendeiner Weise leiden könnte. Es ist hier mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß tatsächlich in weiten Kreisen der Bevölkerung die Meinung vorherrscht, als ob in den ländlichen Teilen der Provinz der Straßenbau nicht in dem Umfange gefördert würde wie in den Teilen der Provinz, die enger besiedelt sind. Wenn wir uns auch grundsätzlich darüber einig sind, daß die Provinz ihr möglichstes tut und in vorbildlicher Weise ihr Straßennetz in Ordnung hält, so wäre es doch wünschenswert, wenn manche berechnete Wünsche, insbesondere aus dem südlichen Teile der Rheinprovinz, in nächster Zeit ihre Erfüllung finden könnten. Daß das natürlich bei der Beschränktheit der Mittel der Provinz nicht alles auf einmal geschehen kann, ist zu verstehen. Aber wir bitten, doch gerade diese ländlichen Wünsche in den Vordergrund des Interesses zu stellen.

Es ist ja sonst mit Freude und Genugtuung festzustellen, daß seitens der Provinzialverwaltung für die Erleichterung des Verkehrs das Möglichste getan wird. Hoffen wir, daß dasselbe sich auch durch die Maßnahmen der Polizeibehörden in weiterem Umfange ermöglichen läßt und daß z. B. im nächsten Jahre verkehrshemmende Maßnahmen, wie die Sonntagsperre der Ahrtalstraße und ähnliche Sachen, wegfallen.

Ich möchte zum Schluß noch bemerken, daß wir das Vertrauen haben, daß der Provinzialausschuß in seinen nächsten Sitzungen für die weitere Ausgestaltung der Vorarbeiten das fördern und schaffen wird, was notwendig ist, und daß wir demgemäß in der nächsten Tagung des Provinziallandtags, also voraussichtlich im März, dann des weiteren hören werden, wie die Vorarbeiten sich im einzelnen entwickelt haben.

Im übrigen schließen wir uns den Anträgen des Herrn Berichterstatters an.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid.

Abgeordneter Dr. H a r t m a n n , Remscheid: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Arbeitsgemeinschaft begrüßt mit Freuden das Vorhaben der Provinzialverwaltung, die Straße zu verbessern und sie dem wirtschaftlichen Verkehr anzupassen. Wir sind davon überzeugt, daß die heutige Vorlage nur einen Vorläufer bedeutet und daß tatsächlich noch wesentlich größere Aufgaben auf diesem Gebiete für die Rheinprovinz zu lösen sind. Wir legen auch Wert darauf, daß die Rheinprovinz, die in wirtschaftlicher Bedeutung in unserem Vaterlande an der Spitze steht, in den Verkehrsfragen vorbildlich ist und bleibt. (Abgeordneter Krawinkel: Bravo!)

Wir haben eingehend die Frage geprüft, ob gerade diese Autostraße, die mit soviel Kosten verbunden ist, eine dringende Notwendigkeit darstellt oder nicht, und wir sind bei der Prüfung zu einer Bejahung dieser Frage gekommen. Wir haben einsehen müssen, daß der Verkehr zwischen Köln und Düsseldorf auf der alten Straße bei den heutigen Verhältnissen sich nicht gefahrlos und reibungslos bewältigen läßt. Daher trat die Frage auf: Kann eine Verbesserung eintreten, indem man die alte Strecke ausbaut unter Umgehung der einzelnen Gefahrenpunkte, oder muß eine besondere Autostraße angelegt werden? Zwei Gründe haben uns zur Verneinung der Frage des Ausbaues der alten Strecke geführt: Einmal wird tatsächlich die Belastung durch den Ausbau der alten Straße für den Provinzialetat höher sein als durch den Bau der Autostraße. Denn mit dem Ausbau der alten Straße läßt sich eine Abgabe nicht verbinden, die doch hier bei diesem Projekt die Haupteinnahmequelle darstellt. Zum anderen sind wir der Auffassung, daß gerade auf dieser Strecke es nur ein halbes Werk würde, wenn man die alte Straße ausbauen würde, weil doch ein großer Teil der Gefahrenpunkte bestehen bliebe. Aus diesen Gründen haben wir uns auch schlüssig machen können, dieser besonderen Autostraße zuzustimmen.

Damit soll aber keineswegs erklärt werden, daß wir generell der Auffassung sind, daß besondere Autostraßen angelegt werden müssen, sondern wir betrachten diese Autostraße als eine Ausnahme gerade in diesem verkehrsreichen Teil der Provinz. Es verbietet sich ohne weiteres der Gedanke, allgemein Autostraßen einzuführen, weil die Abgabepflicht, die man hier konstruiert, auf keinen Fall allgemein eingeführt werden könnte, ohne tatsächlich eine starke Hemmung für den Autoverkehr und unsere Autoindustrie zu bringen.

Die Rentabilität, die sicherlich in Vordergrund der Erörterung stand, haben wir nach der Aufforderung des Herrn Landeshauptmanns mit großer Mäßigkeit geprüft. Wir sind überzeugt davon, daß sowohl in der Provinzialverwaltung als auch in dem Ausschuß recht viele Mitglieder einen starken Optimismus zutage treten ließen. Darüber läßt sich streiten. Wir können aber auf keinen Fall mit Aufgaben zurückbleiben, die tatsächlich unmittelbar zur Hebung der Wirtschaft dienen. Wir möchten auch kein Zukunftsbild malen, wie es vielfach geschehen ist; ich glaube, das ist zwecklos. Alle diejenigen, die mit offenen Augen die letzten Jahre durchlebt haben, werden mir darin beipflichten, daß man recht viel in Deutschland prophezeit hat, was nachher nicht eingetroffen ist. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr wahr!) Wir wollen aber hoffen, daß der Optimismus berechtigt ist, und wir erklären auch, daß wir schaffensfreudig und zukunftsfröhlich an alle die Aufgaben gehen, von denen wir uns eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse versprechen.

Meine Damen und Herren! Für uns sind allerdings, wie dies in der Vorlage schon zum Ausdruck gekommen ist, zwei Voraussetzungen unbedingt zu er-

füllen: einmal, daß die ganzen Arbeiten als Notstandsarbeiten im Wege der produktiven Erwerbslosenfürsorge gemacht werden. Meine Damen und Herren! Wir haben es notwendig, im Rheinlande, das eine so große Zahl von Arbeitslosen aufweist, neben dem Reichsarbeitsbeschaffungsprogramm, das leider Gottes die Rheinprovinz sehr stiefmütterlich behandelt, auch unsererseits durch die Kommunalverbände und auch durch die Provinzialverwaltung mitzuhelfen, eine Beschäftigung für das große Heer der Arbeitslosen zu suchen. Wir werden auch aus einem anderen Grunde an dieser Voraussetzung festhalten, aus dem finanziellen Grunde, weil wir nur durch das verbilligte Geld, das uns Reich und Staat zu dem Zweck geben, eine Rentabilität möglich machen können.

Wir treten in diesem Falle auch für die Abgabe ein, müssen allerdings den Vorbehalt machen, daß nicht das starre System, wie es in der Vorlage zum Ausdruck gekommen ist, beibehalten wird. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Es ist vielmehr unbedingt notwendig, eine starke Differenzierung eintreten zu lassen. (Abgeordneter Dr. Kaiser: Sehr richtig!) Das ist um so notwendiger, als wir die Autostraße doch nicht allein der Sicherheit wegen schaffen, sondern auch, um den Autoverkehr zu heben und unsere Autoindustrie zu fördern. (Sehr gut! rechts.) Das würden wir nicht tun, wenn wir durch allzu hohe und ungerechte Abgaben auf dieser Strecke eine Erschwernis für den Verkehr eintreten ließen. Deshalb treten wir dafür ein, daß diese Tarifierung vor dem nächsten Etat, wo auch die übrigen Einzelheiten beraten werden, gleichzeitig von den Kommissionen vorberaten und festgelegt wird.

Es ist dann bei der Rentabilitätsfrage auch noch der Gedanke aufgetreten, ob es nicht zweckmäßig wäre, die beteiligten Städte, insbesondere Köln und Düsseldorf, zu den Kosten heranzuziehen. Die Vorteile, die diesem Teil unserer Provinz erwachsen, sind zweifellos groß. Wenn auch der Verkehr mittelbar der gesamten Rheinprovinz zugute kommt, so ist er doch in erster Linie auf das Habenkonto der beteiligten Städte zu setzen. (Sehr richtig! rechts.) Es ist auch nicht zu verkennen, daß weitere große Vorteile für die beteiligten Gemeinden dabei herauspringen, Vorteile, die darin bestehen, daß eine gewaltige Entlastung von den Kosten der Erwerbslosenfürsorge für diese Gemeinden eintritt, während andere Landesteile der Provinz diesen Vorzug nicht genießen. Wir haben aber grundsätzlich von einer Heranziehung der beteiligten Gemeinden abgesehen. Diese grundsätzliche Stellungnahme liegt darin begründet, daß wir von der Provinzialverwaltung erwarten, daß auch bei größeren sonstigen Arbeiten innerhalb der Provinz zur Verbesserung des Verkehrs die Kreise und Gemeinden, die dann einmal den Vorzug genießen werden, auch nicht zu den Kosten herangezogen werden (Sehr richtig! rechts), sondern daß ihnen dann auch die Erleichterungen gegeben werden, die in diesem Falle den Städten gegeben werden, die sicherlich

steuerkräftiger sind als sehr viele andere Kreise und Gemeinden.

Meine Damen und Herren! Wir haben auch schon im Ausschuß betont, daß es der allgemeinen Öffentlichkeit gegenüber notwendig ist, darauf hinzuweisen, daß unter diesem Vorhaben keineswegs die übrigen Teile unserer Rheinprovinz leiden. Wir möchten ausdrücklich betonen, daß der Herr Landeshauptmann uns diese Erklärung gegeben hat.

Ich will nicht hier die Sonderwünsche aufzählen, die dringlich und auch berechtigt sind. Aber ich glaube es doch notwendig zu haben, einen Vorschlag zu machen, den ich mir gestern auch schon im Ausschuß zu machen gestattet habe: Nach meinem Dafürhalten ist gerade so notwendig, wie man die Autostraße zwischen Köln und Düsseldorf schafft, nunmehr dafür zu sorgen, daß in unserer ganzen Provinz die schlimmsten Gefahrenpunkte beseitigt werden, die darin bestehen, daß die Staatsbahnüberquerungen und Ueberbrückungen für den Autoverkehr unhaltbar sind. (Zustimmung.) Ueberall in der gesamten Provinz erleben wir es, daß diese Ueberkreuzungen und Ueberquerungen geradezu in einem rechten Winkel zur Provinzialstraße stehen, daß sie nicht nur drohende Gefahrenpunkte sind, sondern daß sie tatsächlich schon in der Vergangenheit viele Menschenleben gefordert haben. Ueber die rechtliche Lage will ich hier nicht sprechen. Ich hoffe, daß es der Provinzialverwaltung möglich ist, unter Heranziehung der Staatsbahn da bald Remedur zu schaffen, und zwar möglichst gründlich, damit man demnächst wirklich ohne Gefahr über die Staatsbahn hinwegkommt. (Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Bezüglich der besondern Anträge der Kommunisten müssen wir erklären, daß wir Wert darauf legen, daß diese Erwerbslosenarbeiten nicht in eigener Regie ausgeführt werden. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Wir haben in unseren Gemeinden sehr viel die Erfahrung gemacht, daß derartige Arbeiten in eigener Regie unwirtschaftlich sind und daß diese Wirtschaftlichkeit tatsächlich erst durch die Beteiligung der Unternehmer und der Fachkräfte, die ihnen zur Seite stehen, gegeben wird. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Antreiber-System!) Das sind keine Antreiber. (Antwort des kommunistischen Abgeordneten: Haben Sie eine Ahnung!) Wir haben die Erfahrung gemacht, daß auch im Interesse der Notstandsarbeiter diese Arbeiten so am besten und reibungslos zu fördern sind. (Sehr richtig!)

Wir möchten auch das eine betonen, was schon in der Erklärung der Sozialdemokratischen Partei zum Ausdruck kommt, daß notleidend nicht nur die Arbeitslosen sind, sondern daß auch unser Mittelstand und ein großer Teil unserer Unternehmer unter der wirtschaftlichen Depression so leiden, daß wir die Verpflichtung haben, sie nicht ohne weiteres auszuschalten. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Die Arbeitsgemeinschaft ist infolgedessen zu der Entschließung gekommen:

„Fraktion stimmt grundsätzlich dem Antrage des Provinzialausschusses über den Bau einer Autostraße Köln—Düsseldorf zu, unter der Voraussetzung, daß die Mittel, die in der Vorlage vorgesehen sind, aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge geholt werden und die Erhebung von Abgaben rechtlich und faktisch gesichert wird.“

Dabei müssen wir die besondere Betonung darauf legen, daß die rechtliche Möglichkeit auch auf Jahre hinaus gesichert wird. Bezüglich der Art der Ausführung der Arbeiten sowohl wie des Tarifs wird bei der Statsberatung eine Vorlage erwartet, auf Grund deren dem Provinzialausschuß Richtlinien für den Bau gegeben werden können.

Aus den verschiedensten Landesteilen liegen zahlreiche Wünsche und Anregungen für Verkehrsverbesserungen vor, so daß es notwendig erscheint, den Herrn Landeshauptmann zu bitten, eine Erklärung darüber abzugeben, daß die Belange der übrigen Landesteile nicht vernachlässigt zu werden brauchen und daß es vor allen Dingen auch in der Zukunft so sein wird, daß die Provinzialverwaltung weitere Gemeindestraßen da, wo es erforderlich ist, wieder in eigene Unterhaltung übernimmt. (Bravo! rechts.)

Stellvertreter der Vorsitzender *C h e r l e*: Das Wort hat Herr Abgeordneter *M a r g*.

Abgeordneter *M a r g*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns bei Prüfung dieses Bauprojekts von zwei Gesichtspunkten leiten lassen, erstens von verkehrspolitischen und zweitens von arbeitsmarktpolitischen. Wir sind zu der Auffassung gelangt, daß wir diese Vorlage der Provinzialverwaltung nur begrüßen können, verkehrspolitisch aus dem Grunde, weil nach unserer Auffassung allzu lange mit dem Ausbau solcher Handel, Verkehr und Industrie fördernden Straßen gezögert wurde. In einem Lande, in dem sich der Automobilmus entwickeln soll, in einem Lande, in dem der Automobilverkehr gesteigert werden muß und soll, sind zunächst die Grundlagen dafür zu schaffen, d. h. man hat unweigerlich an den Ausbau und Neubau solcher Straßen heranzugehen. Wir müssen uns bei dieser Gelegenheit allen Ernstes fragen, ob nicht auf dem Gebiete des Wege- und Straßenbaues mehr hätte getan werden können. Man wird mir — davon bin ich überzeugt — darauf antworten: Nein, es hat nicht mehr getan werden können; aber es hätte mehr getan werden müssen, es fehlten uns leider die Mittel dazu. Diese Antwort haben wir bei allen unseren Tagungen seitens der Provinzialverwaltung gehört. Meine Damen und Herren! Wir wollen heute nicht darüber rechten, ob das erstere zutrifft. Die Hauptsache für uns ist, festzustellen, daß wir uns alle darüber einig sind, daß auf dem Gebiete des Straßen- und Wegebaues mehr getan werden muß, wenn nicht letzten Endes weit größere Mittel für den Ausbau und die Wiederinstandsetzung der Wege und Straßen der Provinzialverwaltung aufgewendet werden müssen. Wenn wir uns aber darin einig sind, daß

unser Verkehrsnetz den heutigen wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Belangen angepaßt und ausgebaut werden soll und muß, dann ist es schon notwendig, bei dieser Beratung die Gelegenheit zu benutzen, auch auf andere berechnete Forderungen der Kreise und Gemeinden hinzuweisen. Es soll mir fern liegen, irgendwie all die Wünsche, die uns im Laufe der Jahre beschäftigt haben, und all die Forderungen, die die Gemeinden und Kreise an die Provinzialverwaltung und die einzelnen Ausschüsse gerichtet haben, heute aufzuzählen. Aber es sei mir doch gestattet, einzelne berechnete Forderungen, die in der Provinzialverwaltung sowie auch in den einzelnen Ausschüssen wiederholt erörtert worden sind, heute hier anzuführen.

Zunächst will ich auf Koblenz-Stadt verweisen. Da ist vor allen Dingen seit langer Zeit die Forderung erhoben worden, die Schienen- und Weichenübergänge bei der Provinzialstraße von Koblenz nach Bingen zu beseitigen. Es stellt sich immer mehr und mehr heraus, daß dies ein Verkehrshindernis im wahren Sinne des Wortes ist. Eine Reihe von Unglücksfällen ist schon vorgekommen, und tödlicher werden bei der Steigerung des Verkehrs sich die Unglücksfälle mehren. Ich glaube nicht annehmen zu können, daß die Beseitigung dieses Hindernisses allzu viel Kosten verursachen würde.

Koblenz-Land hat seit langem die Forderung erhoben, eine Umgehungsstraße über die Pfaffendorfer Höhe nach Niederlahnstein zu bauen. Dadurch würde die stark belastete Provinzialstraße von Ehrenbreitstein nach Niederlahnstein wesentlich entlastet und gleichzeitig — was von unschätzbarem Wert ist — Bau- und Siedlungsland erschlossen. Darüber ist sich die Provinzialverwaltung vollständig im klaren. Allerdings hat man noch keinerlei Anstalten getroffen, an dieses Projekt heranzugehen.

Die Verlegung der Provinzialstraße Koblenz—Boppard—Bingen, die schon 1924 landespolizeilich genehmigt worden ist, ist bis heute noch nicht in Angriff genommen. Die Straße ist so stark belastet, daß die anliegenden Gemeinden durch das Fernbleiben des Fremdenverkehrs buchstäblich ruiniert werden. Auch darüber dürfte, des bin ich gewiß, die Provinzialverwaltung unterrichtet sein.

Im Kreise *Ahrweiler* — meine sehr verehrten Damen und Herren, ich führe nur Projekte an, das habe ich ausdrücklich erwähnt, die unbedingt der Abhilfe bedürfen — wurde im Oktober 1925 mit dem Bau einer neuen Straße zur Erschließung der Eifel und zur Entlastung der Rhein- und Ahrstraße begonnen. Die Straße ist zum Teil in Angriff genommen worden. Die in Frage kommenden Gemeinden sind aber nicht in der Lage, diese Straße weiter auszubauen, weil ihnen die Darlehen verweigert werden. Nun gebe ich zu, die Provinzialverwaltung als solche hat damit wenig oder gar nichts zu tun. Aber der Provinzialverwaltung müßte es obliegen, auch da nach dem

Rechten zu sehen und mindestens den Kreisen und Gemeinden behilflich zu sein, daß sie zur Erlangung der notwendigen Darlehen kommen, damit die nicht fertiggestellte Straße, die heute zu einem großen Verkehrshindernis geworden ist, endlich fertiggestellt und der bei dem Beginn des Baues verfolgte Zweck erreicht wird.

Im Kreise Bernkastel handelt es sich um den Bau einer Verlängerungsstraße von Bruchweiler über Stipphausen, Rannan nach Gmünden. Das ist gleichfalls eine Forderung, die seit langer Zeit erhoben wird.

Weiter haben wir uns bereits über die alte Provinzialstraße unterhalten, die nach Wissen an der Sieg führt. Diese Provinzialstraße wird bis Au der Sieg entlang geführt und von Au macht sie einen ungeheuren Umweg, um nach Wissen zu kommen. Darüber ist sich m. E. ganz bestimmt auch die Provinzialverwaltung klar, daß dieser Zustand auf die Dauer nicht tragbar ist, und zwar auf Grund des gesteigerten Automobilverkehrs auch auf dieser Strecke.

Ob die Umgehungsstraße in Bonn-Land bei Hersel auf die Dauer ausreichend ist, möchte ich für meine Person stark bezweifeln, ist doch gerade diese Straße die belebteste und verkehrsrreichste, die es überhaupt gibt, weit verkehrreicher als die Straße von Köln nach Düsseldorf. Dies wird ja von seiten der Provinzialverwaltung und auch von der Preussischen Staatsregierung rundweg anerkannt. Bedenken wir, daß diese Straße von Köln nach Bonn durch eine Reihe industriereicher Gemeinden führt — ich erinnere nur an den industriereichen Ort Wesseling —, wo die Straßen für den Automobilverkehr derartig eng und mit Gefahren verbunden sind, daß es im Laufe der Zeit jedenfalls soweit kommen wird, daß auch für diese Orte gewisse Umgehungsstraßen gebaut werden müssen.

Aachen — damit haben wir uns auch schon wiederholt befaßt — fordert seit geraumer Zeit eine andere Linienführung der Provinzialstraße Aachen—Köln sowie Aachen—Düsseldorf. Es ist der Provinzialverwaltung bekannt, daß diese Straße Aachen—Köln dicht vor den Toren von Aachen derartig eng ist, daß es auf die Dauer jedenfalls untragbar sein wird, diese enge Straße beizubehalten. Infolgedessen wird auch hier darüber zu beraten sein, ob nicht Umgehungsstraßen in Frage kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wissen, daß alle diese und noch andere unaufschiebbare Arbeiten nicht auf einmal ausgeführt werden können. Wir müssen aber verlangen, daß angesichts des sich rapide entwickelnden Verkehrs, namentlich des Autoverkehrs, ein beschleunigteres Tempo im Ausbau der Straßen und Wege einsetzt.

Auch müssen wir verlangen, daß die Provinzialverwaltung mehr denn je den Kreisen und Gemeinden behilflich ist, um die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten bewerkstelligen zu können. Alle, die damit zu tun haben, wissen, welche Schwierigkeiten es macht, Notstandsarbeiten zu fördern. Wenn wir hier ein be-

schleunigtes Tempo verlangen, so haben wir dazu ein gutes Recht. Es wurde gestern bereits in der Begründung des Herrn Landeshauptmanns gesagt, daß eine rapide Verkehrsentwicklung im Laufe der letzten Jahre eingetreten sei. Er bezifferte dieselbe auf mindestens 50 bis 70 Prozent. Also eine Verkehrssteigerung ist unverkennbar vorhanden. Infolgedessen ist unsere Forderung nur allzu berechtigt. Unmöglich dürfen wir bei dem eingeschlagenen Tempo verbleiben, gibt doch selbst die Provinzialverwaltung zu, daß bei den bescheidenen Forderungen, die sie erhebt, innerhalb zehn Jahren bei einem Kostenaufwande von 150 Millionen Mark nur ein Drittel der in Frage kommenden Straßen ausgebaut werden kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wollen wir dieses Tempo weiter beibehalten? Es wurde eben von den beiden Herren Vorrednern auf die ungeheure Verkehrssteigerung hingewiesen; dasselbe wurde durch die Provinzialverwaltung gemacht. Sollen wir nun nach der Ansicht der Provinzialverwaltung bei den allerbescheidensten Forderungen, die sie stellt, innerhalb zehn Jahren nur ein Drittel der in Frage kommenden Straßen ausbauen? Meine politischen Freunde stehen auf dem Standpunkt: Das können wir nicht, wollen wir nicht. Handel, Industrie und Verkehr gewaltig schädigen. Wir glauben, bei Beibehaltung unseres Tempos der Industrie, dem Handel und dem Verkehr zu dienen, und wissen in Wirklichkeit nicht, wie wir bei einer aufsteigenden Konjunktur dieselben gewaltig schädigen. Ich sage ausdrücklich: nicht gewollt, sondern ungewollt.

Aus arbeitsmarktpolitischen Gründen stimmen wir ebenfalls der Vorlage zu, werden doch Hunderte, wenn nicht Tausende und aber Tausende Arbeit und Brot erhalten, direkt sowie indirekt. Dieses Moment kann von uns nicht hoch genug bewertet werden, ist doch die Arbeitsbeschaffung, die die Arbeitslosen ja nur wollen, noch immer die beste Fürsorge gewesen und wird sie es auch in der Zukunft bleiben. Diese Erkenntnis ist Allgemeinut der deutschen Arbeiterschaft. Wir sind es den Arbeitslosen und ganz bestimmt unseren rheinischen Arbeitslosen schuldig, auch in diesem Falle festzustellen, daß mit ganz verschwindenden Ausnahmen bei dem Riesenheer von Arbeitslosen der größte Prozentatz sich tagtäglich um Arbeit bemüht. Sie scheuen keinen Weg, und mag er noch so lang sein; sie scheuen keine Fahrkosten, um, wenn sie hören, daß hier oder dort irgendeine Arbeit zu erhalten ist, hinzufahren. Von ihrer spärlichen Unterstützung nehmen sie diese Fahrgelder und fahren hin; leider gewöhnlich vergebens. Auch wissen wir, die wir in der Praxis stehen, daß von der kargen Arbeitslosenunterstützung ein großer Teil, namentlich bei unseren kaufmännischen Angestellten, dazu aufgewendet wird, um sich zu bewerben. Ja, mir sind Fälle bekannt und stehen nicht vereinzelt da, wo ein Drittel der wöchentlichen Unterstützung für Porto aufgewendet wurde, um Bewerbungsschreiben auf Grund dieser oder jener Inse-

rate in Zeitungen in die Welt hinauszuschicken. Und heute noch sind die Leute erwerbslos.

Verehrte Anwesende! Alles dies müssen wir bei diesem Projekt berühren und berücksichtigen. Es kann nicht, wie noch vielfach behauptet wird, von Faulenzern die Rede sein. Keineswegs! Auch die Ansicht, daß die Unterstützung heute eine Höhe erreicht habe, die den Arbeitswillen des einzelnen wesentlich beeinträchtigt, ist total falsch. Glauben Sie, daß von der jetzigen Unterstützung auch nur irgendwelche Anschaffungen gemacht werden können? Ich glaube es nicht. Es wird so vielfach über die Höhe der Unterstützung geredet. Unter denen, die darüber reden, das stelle ich fest, sind 90 Prozent, die überhaupt nicht wissen, wie hoch die Unterstützungssätze für den einzelnen sind. Es ist einfach ein Gefasel über die Höhe der Unterstützung, die den Arbeitswillen des einzelnen beeinträchtigen würde. Aber keineswegs ist man orientiert darüber, was der einzelne Arbeitslose, ob ledig oder verheiratet, in Wirklichkeit bekommt. Deshalb halte ich es schon für notwendig, auch hier im Hause einzelne Unterstützungssätze anzuführen, damit Sie orientiert sind, was heute nach der erhöhten Unterstützung gezahlt wird. (Zuruf des Abgeordneten Oberdörfer: Vergessen Sie nicht, den Lohn der Notstandsarbeiter auszurechnen!)

Ich möchte nebenbei bemerken, daß die letzte Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, über die man sich im Sozialpolitischen Ausschuß, in der Reichsregierung oder im Parlament nicht tage-, sondern wochenlang unterhalten hat, sage und schreibe pro Woche ein Mehr von 1,02 Mark den Arbeitslosen gebracht hat.

Hier im Westen — das ist dasjenige Gebiet, welches bei der Erwerbslosenfürsorge am besten bedacht ist, wo die höchsten Unterstützungen innerhalb ganz Deutschlands gezahlt werden — wird in der Ortsklasse A, zu der Düsseldorf, Köln, Bonn und die einzelnen Städte gehören, gezahlt: für Personen über 21 Jahre, die allein stehen, sich also nicht im Haushalte der Eltern befinden, sondern ein möbliertes Zimmer haben, 2,20 Mark pro Tag (Abgeordneter Haas: Hört, hört!), in der Klasse B 2,05 Mark pro Tag, in Klasse C 1,90 Mark, in D usw. 1,62 Mark. Nicht Alleinstehende, das heißt im Haushalt der Eltern lebende Personen über 21 Jahre erhalten 1,91 Mark in A, 1,79 Mark in B, 1,67 Mark in C und 1,55 Mark in D; Personen von 18 bis 21 Jahren, wenn die Bedürftigkeit und die Notwendigkeit, dem Sohn oder der Tochter die Unterstützung zu gewähren, anerkannt ist, in A 1,45 Mark, in B 1,36 Mark, in C 1,27 Mark und in D 0,97 Mark. Einschließlich der Familienzuschläge darf die Unterstützung eines Erwerbslosen im Westen folgende Sätze in keinem Falle überschreiten: 4,19 Mark in A, 3,95 Mark in B, 3,71 Mark in C, 3,47 Mark in D usw., unbekümmert darum, wieviel Kinder der betreffende Erwerbslose hat. Die Frauenzulage beträgt 0,60 Mark, sie ist darin einbegriffen. Die Kinderzulage beträgt 0,42 Mark. Diese Höchstsätze werden bei vier und noch

mehr Kindern erreicht. Ob nun der Erwerbslose fünf, sechs, sieben Kinder hat oder, wie mir Fälle bekannt sind, mit acht und neun Kindern dasteht, bleibt sich egal; er darf keine höhere Unterstützung bekommen als die jetzt von mir verlesenen Höchstsätze.

Ich habe geglaubt, Ihnen die Sätze bekanntgeben zu müssen, um endlich einmal auch hier die Ansicht zu zerstören, als wenn die Sätze derartig seien, daß sie den Arbeitswillen des einzelnen beeinträchtigen. Von diesen Unterstützungen müssen selbstverständlich die Erwerbslosen ihren Verpflichtungen auf allen möglichen Gebieten nachkommen. Vor allen Dingen hüten sie sich, irgendwie mit der Miete in Rückstand zu sein. Ausnahmen kommen auch hier vor. Aber nachdem die gesetzlichen Bestimmungen in der Wohnungszwangsbewirtschaftung derartig verschärft worden sind und der Rückstand von zwei Monatsraten auf eine Monatsrate heruntergesetzt worden ist, hüten sich die Erwerbslosen, zu ihrem Arbeitslosenehend in ein noch größeres Elend hineingestürzt zu werden infolge eines Räumungsurteils bei Nichtzahlung der Miete. Sie sind also genötigt, von diesen Unterstützungen auch die Miete aufzubringen, und das tun sie zum weitaus größten Teil. Man könnte allen denjenigen, die der Auffassung sind, daß die Unterstützungssätze zu hoch sind, nur empfehlen, einmal vier Wochen von dieser Unterstützung zu leben. Dann würden sie, davon bin ich überzeugt, zu einer ganz anderen Auffassung kommen.

Ich stelle fest: Der Arbeitswille ist nicht nur ungebrochen durch die gezahlten Unterstützungen, nein, meine Damen und Herren, er ist zum wahren Arbeitsdrang geworden. Der Erwerbslose weiß, spürt und fühlt es, daß, je länger er aus dem Produktionsprozeß entfernt bleibt, es für ihn um so schwieriger wird, wiederum hineinzugelangen. Er fühlt es, daß er durch die Entwöhnung von der Arbeit nachher, wenn er das Glück hat, wieder Arbeit zu bekommen, mit seinen Arbeitskollegen nicht mehr mit kann. Wir müssen daher im Interesse der großen Zahl unserer Erwerbslosen schon verlangen, daß eine Beschleunigung der Vorarbeiten eintritt, damit recht bald mit den Arbeiten begonnen werden kann und in keinem Falle eine Verzögerung eintritt. Auch müssen wir verlangen, daß die Bauzeit um eine erhebliche Frist verringert wird. Wenn wir hören, daß zwei bis drei Jahre Bauzeit vorgesehen sind, dann stehen meine politischen Freunde auf dem Standpunkt: Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß die Bauzeit um ein beträchtliches Maß verringert wird, um dadurch einem größeren Kreise Erwerbsloser Gelegenheit zu geben, in Arbeit zu treten. Es sind genug Erwerbslose da, die, wie ich schon ausführte, sich zur Arbeit drängen. Wir sind der Auffassung, daß weit mehr als 1000 Mann dort beschäftigt werden können.

Auch müssen wir verlangen, daß die Arbeiten öffentlich ausgeschrieben werden. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Ich glaube, daß die Provinzial-

verwaltung dies auch einsehen wird. Man hat es ja immer noch in der Hand, faule oder nicht leistungsfähige Firmen auszuschließen.

Nun etwas Grundsätzliches: Bei dem Arbeitsprozeß stehen wir auf dem Standpunkt, daß es unbedingt notwendig ist, zunächst den Achtstundentag einzuhalten. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Es darf nicht vorkommen, wie es leider bei anderen Behörden vorgekommen ist, daß, entgegen den Verfügungen und Verordnungen des Reichsarbeitsministers die Behörden bei Notstandsarbeiten dem Unternehmer gestatten, daß er nicht nur neun und 10, sondern 12 Stunden und dazu noch des Sonntags arbeiten läßt. Nun wird man sagen: Ja, das sind Ausnahmefälle gewesen. Nein, verehrte Anwesende, Ausnahmefälle waren das nicht. Man hatte die Möglichkeit, eine zweiteilige und, wenn das nicht genügte, eine dreiteilige Schicht einzulegen; Arbeitslose waren da. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Also dieses Argument lassen wir nicht gelten, daß man sagt: Die Not hat uns dazu gezwungen, eine längere Arbeitszeit eintreten zu lassen. Meine Damen und Herren! Wir sind es unserem Arbeitslosenheer schuldig, dafür zu sorgen, daß weit mehr Arbeitslose zur Arbeit herangezogen werden, als es dem einen oder anderen lieb ist. Wir befinden uns da vollständig im Einvernehmen mit der Reichsregierung, namentlich des Reichsarbeitsministers, der es den Behörden zur Pflicht gemacht hat, unter allen Umständen den Achtstundentag bei derartigen Notstandsarbeiten einzuhalten. Und das darf ich schon vorweg sagen: Meine politischen Freunde werden es unter keinen Umständen zulassen — und ich setze voraus, daß die achtstündige Arbeitszeit in den vertraglichen Bestimmungen ausdrücklich niedergelegt wird —, daß, wenn irgendein Unternehmer gegen die Vertragsbestimmungen verstößt, man dies so hingehen läßt. Ich setze voraus, daß unsere Provinzialverwaltung auch auf diesem Gebiete nach dem Rechten sieht.

Noch etwas Grundsätzliches, wobei wir uns im guten Einvernehmen mit der Städtevereinigung und allen denjenigen Stellen, die im Laufe der Jahre viel mit Notstandsarbeiten zu tun gehabt haben, befinden. Bekanntlich ist es gesetzlich nicht zulässig, für Notstandsarbeiten Tariflöhne zu zahlen. Das wissen wir. Zu den von der Regierung festgesetzten Notstandsarbeiterlöhnen können die sogenannten Fleißprämien gezahlt werden. Der Begriff „Fleißprämie“ ist so dehnbar, daß wir unter keinen Umständen darauf eingehen können. Alle, die im Laufe der Jahre mit Notstandsarbeiten zu tun gehabt haben — dazu kann ich mich auch rechnen —, haben die Erfahrung gemacht, daß es besser ist, an Stelle der Fleißprämien nach einer gewissen Einarbeitungszeit, meinerthalben von 14 Tagen, die tariflichen Bestimmungen voll und ganz in Kraft treten zu lassen zum Nutzen des Notstandsarbeitsträgers, in diesem Falle der Provinzialverwaltung, zum Nutzen der in Arbeit stehenden Arbeiter, aber auch zum Nutzen des Unternehmers. Ich kann aus meiner

Praxis bestätigen — das wird jedenfalls überall der Fall sein —, daß da, wo einsichtige Arbeitgeber sich darauf einließen, solche vertraglichen Bestimmungen einzugehen, sie keine üblen, sondern sehr gute Erfahrungen damit gemacht haben. Deshalb auch die Forderung der Städtevereinigung. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Wir in Bonn führen heute noch umfangreiche Notstandsarbeiten aus und haben es auch im Laufe des ganzen Jahres gemacht. Wir haben eine Einarbeitungszeit von 14 Tagen für die nicht im Tiefbau bewanderten und früher dort nicht beschäftigten Arbeiter zugelassen. Nach Ablauf der 14 Tage werden Tariflöhne gezahlt. Stadtverwaltung, Arbeitslose und Unternehmer sind gut dabei gefahren, und sie verlangen keinen anderen Zustand. Das muß ausdrücklich festgestellt werden. Deshalb fordern wir, daß bei der Vergütung der Arbeiten die tariflichen Bestimmungen niedergelegt und auch eingehalten werden. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Meine Damen und Herren! Wie liegen denn die Dinge? Wollte man allenthalben nach den bestehenden Richtlinien verfahren, so kämen die Träger der Notstandsarbeiten nicht mehr aus den Differenzen mit den Unternehmern wie auch mit den Arbeitnehmern heraus. J. B. bestimmen die Verordnungen, daß Regenstunden und Regentage nicht gezahlt werden dürfen, selbst wenn 80 Prozent — das ist der vorgesehene Höchstsatz — für derartige Notstandsarbeiten gezahlt werden. Meine Damen und Herren! Was soll der Notstandsarbeiter denn machen, wenn es nicht etwa stundenweise, sondern vielleicht drei bis vier Tage andauernd regnet, wie es vielfach der Fall ist? In die Erwerbslosenfürsorge darf er nicht aufgenommen werden. Es darf ihm aber auch nicht die Zeit bezahlt werden, trotzdem er 80 Prozent des Tiefbautarifs bekommt. Die Arbeiter wissen, daß, wenn sie nach den tariflichen Bestimmungen bezahlt werden, sie eine Bezahlung der Regenstunden nicht verlangen können, weil in der Höhe der Löhne alle diese Zufälle mit berücksichtigt sind. Infolgedessen stehen wir auf dem Standpunkt, daß die Zahlung von Tariflöhnen und die Einhaltung der tariflichen Bestimmungen unerlässlich ist und ein solches Arbeitsprojekt nicht etwa verteuert, sondern ganz wesentlich verbilligt.

Meine Damen und Herren! Alle Anträge, die die kommunistische Fraktion hier gestellt hat, bewegen sich in dem von mir jetzt geäußerten Sinne. Diese Anträge stehen und fallen mit den tariflichen Bedingungen. Haben wir tarifliche Bedingungen und werden sie eingehalten, dann sind die Anträge der kommunistischen Fraktion haltlos, sinnlos geworden, denn sie wissen ganz genau, daß sie über die tariflichen Bedingungen nicht hinausgehen können. Deshalb kann es für den Provinziallandtag und auch für den Provinzialauschuß und die einzelnen Kommissionen, die später noch darüber gehört werden müssen, wie auch für den Verwaltungsausschuß des Landarbeits- und Berufsamts nichts anderes geben, als dafür zu sorgen, daß bei diesem ungeheuer großen Notstandsprojekt die tarif-

sichen Bedingungen vereinbart und auch eingehalten werden. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Noch auf einen wunden Punkt muß ich hinweisen. Er betrifft unsere Jugendlichen. Unsere Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren dürfen in die Erwerbslosenfürsorge nicht aufgenommen werden, es sei denn, daß die von 14 bis 16 Jahren erstens die Fortbildungsschule besuchen und zweitens zur Pflichtarbeit herangezogen werden. Sind diese Vorbedingungen erfüllt, dann können sie erst aufgenommen werden, wenn die Bedürftigkeit der betreffenden Familie festgestellt ist. Die Jugendlichen von 16 bis 18 Jahren brauchen nur am Fortbildungsschulunterricht teilzunehmen. Ist die Vorbedingung der Familie, d. h. die Bedürftigkeit, gegeben, so können sie mit Zustimmung des Landesarbeitsamts und der Regierung in die Fürsorge aufgenommen werden. Infolgedessen läuft heute ein großer Teil unserer Jugendlichen ohne Unterstützung herum, weil die Städte ihnen keine Pflichtarbeit in dem Ausmaße, wie es notwendig wäre, antweisen können. Sie hungern in den Städten herum und geraten auf Irrwege. Alle unsere Jugendfürsorge nützt nichts, wenn wir nicht dafür sorgen, daß die jugendlichen Arbeiter zu Arbeiten herangezogen werden. Deshalb stellen wir die Forderung, zu prüfen, ob nicht mindestens die 16- bis 18jährigen in einem gewissen Umfange und je nach ihrer Körperbeschaffenheit auch zu diesen Notstandsarbeiten herangezogen werden können. Bei einem so großen Notstandsfürsorge gibt es auch Arbeiten, die Jugendliche ausführen können. Haben wir doch selbst in der Rheinprovinz 3388 erwerbslose Jugendliche von 14 bis 18 Jahren. Das sind allein die Unterstühten; aber mindestens die doppelte, wenn nicht die dreifache Zahl ist noch vorhanden, die nicht unterstüht wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist ein so schrecklicher Zustand, daß wir alle Ursache haben, uns der Not der Jugendlichen auf allen Gebieten anzunehmen.

Ich führte eben aus, daß wir vor allen Dingen verlangen müssen, daß die Bauzeit verringert wird, mit Rücksicht auf das ungeheure Arbeitslosenheer in der Rheinprovinz. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird Sie interessieren, zu hören, daß heute in Deutschland kein Mensch vorhanden ist, der sagen kann: So und soviel Arbeitslose haben wir. Auch keine Behörde ist in der Lage, dies zu tun. Die Zahlen, die heute der Öffentlichkeit übergeben werden, sind Zahlen der öffentlichen Arbeitsnachweise bzw. der in Frage kommenden Organisationen. Wir haben nach den Feststellungen augenblicklich im Rheinland über 300 000 Erwerbslose. Das heißt, das sind die in den öffentlichen Arbeitsnachweisen Erfassten. Wieviele Arbeitslose gehen nicht zu den öffentlichen Arbeitsnachweisen, weil sie keine Unterstützung bekommen und sich nichts davon versprechen, beim Arbeitsnachweis vorzusprechen! Alle diese sind nicht erfasst. Welch ungeheures Maß von Elend herrscht in diesen Familien! In-

folgedessen ist unsere Forderung, daß die Bauzeit um ein beträchtliches Maß verringert wird, nur allzu berechtigt.

Wenn ich namens meiner Freunde eine Reihe von Forderungen gestellt habe, deren Erfüllung wir bestimmt erwarten, so möchte ich zum Schluß noch noch betonen: Damit dürfen unsere Bemühungen, Arbeit zu schaffen, keineswegs abgeschlossen sein. Es harren in der Provinz noch so viele Projekte ihrer Erledigung, daß man nur zuzureifen braucht. Allerdings wird man von Seiten der Provinzialverwaltung stets und ständig hören: die Mittel dazu fehlen. Meine Damen und Herren! Das ist auch uns bekannt. Deshalb haben wir in unserem Antrage, der dem Hause vorliegt, zum Ausdruck gebracht, daß auf Grund der großen Arbeitslosigkeit, die im Rheinlande nicht allein seit geraumer Zeit herrscht, sondern zweifellos auch noch in der Zukunft vorhanden sein wird, Reich und Staat einzureisen haben. (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!) Das Rheinland, die rheinische Bevölkerung hat genug gelitten. Zum großen Teil ist doch diese anormale Wirtschaft durch die Ruhrbesetzung gekommen. Das müssen auch Reich und Staat zugeben. Infolgedessen sind unsere Forderungen, die wir an Reich und Staat zu stellen haben, nicht unberechtigt. Wir haben die Verpflichtung, der Provinzialverwaltung den Rücken zu stärken, damit sie an maßgebender Stelle unsere berechtigten Forderungen mit allem Nachdruck vertreten kann.

Ich habe eben auf die Projekte hingewiesen, die noch der Erledigung harren. Ich erinnere z. B. an den Hochwasserschutz, der von allen Parteien hier im Hause seit Jahren gefordert worden ist. Ich erinnere an die Deichbauten bzw. den Bau von Staubecken, an Urbarmachung und Aufforstung von Weidlandereien, an Bahnbauten usw. Es ist eine ganze Reihe von Projekten darunter, die die Provinz nicht direkt zu finanzieren oder auszuführen hat, weil es Angelegenheiten des Staates sind. Aber die Provinz muß die Forderung an maßgebender Stelle erheben. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Ausbau des Arbeitsprogramms!)

Des weiteren erheben wir die Forderung, daß man endlich mit der gesetzlichen Bestimmung bricht, daß aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge der allgemeine Wohnungsbau nicht gefördert werden darf. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Ich meine, wenn die Summen, die heute in der unterstützenden und produktiven Erwerbslosenfürsorge aufgewendet werden, auch nur zum Teil dem Schlüsselgewerbe zum Bau von Wohnungen hätten zugeführt werden können, dann würden wir nicht allein die Industrie angekurbelt, sondern auch ein großer Teil Elend auf dem Wohnungsmarkt beseitigt haben. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Aber an dem starren Buchstaben des Gesetzes und an dem Nichtwollen einer Aenderung dieses Gesetzes hat es bislang gelegen, daß Wohnungsbauten aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge nicht

gefördert werden durften. Auch die Städtevereinigung erhebt seit geraumer Zeit die berechnete Forderung, daß man endlich das Gesetz ändert und die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge auch zum Bau von Wohnungen benutzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alles haben wir zu tun, um einer großen Anzahl Erwerbsloser Beschäftigung zu geben. Daß dies nicht ohne Hilfe von Reich und Staat geht, habe ich bereits ausgeführt. Deshalb fordern wir angesichts der überaus großen Anzahl Erwerbsloser im Rheinlande eine tatkräftigere Hilfe von Reich und Staat, als sie bisher zu verzeichnen war.

Die Gesichtspunkte, die ich zuletzt entwickelt habe, sind alle in unserem Antrage niedergelegt, wie die einzelnen Parteien es wohl bereits haben feststellen können. Ich möchte namens meiner Parteifreunde bitten, daß unser Antrag eine einstimmige Annahme hier im Provinziallandtag findet. An den einzelnen Persönlichkeiten, soweit sie Abgeordnete sind, wird es jedenfalls nicht fehlen, die berechtigten Forderungen der Provinz auch an maßgebender Stelle zu unterstützen.

Nun zu den einzelnen Anträgen, die gleichfalls zu diesem Bauprojekt gestellt worden sind. Es liegt zunächst der Antrag der kommunistischen Fraktion vor: „Für die Finanzierung zum Bau der Autofstraße Köln—Düsseldorf wird eine Anleihe von 18 Millionen Mark aufgenommen.“ Für die Verzinsung und Tilgung dieser Anleihe soll die Benutzungsgebühr generell auf 10 Pfennig erhöht werden. Meine Freunde glauben, diesem Antrage ihre Zustimmung versagen zu müssen, denn die Finanzierung des ganzen Bauprojekts ist nach der Denkschrift der Verwaltung so sorgfältig aufgestellt, daß es unmöglich ist, einem solchen Antrage die Zustimmung zu geben. Wir haben auch von einzelnen anderen Parteien gehört, daß sie mit dem von der Provinz vorgeschlagenen Gebührensatz nicht zufrieden sind, sondern diesen Satz noch staffeln wollen. Würden wir nun den Antrag der kommunistischen Fraktion annehmen, so würden wir zweifellos das Bauprojekt in eine gewisse Gefahr bringen. Infolgedessen müssen wir den Antrag der kommunistischen Fraktion ablehnen.

Weiter hat die kommunistische Fraktion einen Eventualantrag gestellt. Auch diesen Antrag müssen wir ablehnen, weil es auch der kommunistischen Fraktion bekannt sein dürfte, daß mit den Staatszuschüssen das Bauprojekt steht oder fällt. Darüber gibt es gar keinen Zweifel. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Wo sind denn die Staatszuschüsse? — Zuruf des Abgeordneten Sach: Das ist der richtige Marx!)

Die übrigen Anträge, die die kommunistische Fraktion gestellt hat, sind zur Vertagung vorgeschlagen worden. Wir stimmen der Vertagung aus folgenden Gründen zu:

Seitens der Verwaltung ist die Erklärung abgegeben worden, daß vor Stattfinden des nächsten Pro-

vinziallandtags im März diese Anträge kaum eine Rolle spielen können, weil die Arbeiten bis dahin noch gar nicht in dem Umfange vergeben werden und auch die einzelnen Arbeitsbedingungen noch nicht festgelegt sind. Infolgedessen haben wir Zeit und Gelegenheit, uns bei der nächsten Tagung des Provinziallandtags mit diesen Anträgen zu beschäftigen. (Zuruf des Abgeordneten Sach: Begrüßung erster Klasse!) Das liegt ja nicht allein an Ihnen. (Zuruf des Abgeordneten Sach: Sondern auch an Ihnen, denn Sie machen das immer so! — Glocke des Vorsitzenden.) Zu Ihren Anträgen werden wir demnächst Stellung nehmen, und wir werden das, was davon brauchbar ist (Zuruf eines sozialistischen Abgeordneten: Das wird nicht viel sein!), selbstverständlich unterstützen. (Zurufe von der äußersten Linken.) Sie haben meine Ausführungen zu dem, was Sie wollen, gehört. Ihre Forderungen stehen und fallen mit den Ausführungen, die ich zu den tariflichen Vorbedingungen gemacht habe. Darüber sind Sie doch mit mir einig: Wenn die Provinzialverwaltung dazu übergeht und die tariflichen Bedingungen — den Achtstundentag, die Tiefbauarbeiterlöhne usw. — anerkennt, dann fallen Ihre sämtlichen Anträge. Wir wollen abwarten, was bis zur nächsten Tagung auf diesem Gebiete geschieht. Die Provinzialverwaltung weiß ganz genau, daß sie von dem Augenblick an, wo sie etwas anderes macht, aus den Differenzen bei diesem ungeheuren Kostensatzprojekt nicht herauskommt. Es handelt sich dabei nicht um einen Arbeitgeber, sondern um mindestens ein halbes Duzend. Wären die Differenzen bei einem erledigt, so würden sie bei dem anderen wieder in Erscheinung treten. Es sind außergewöhnliche Zeiten und außergewöhnliche Arbeiten. Für diese außergewöhnlichen Arbeiten kann nach meinem Dafürhalten auch einmal davon abgegangen werden, nur 80 Prozent des Tiefbautarifs zu zahlen, und dazu übergegangen werden, die tariflichen Bedingungen voll und ganz zur Anwendung zu bringen.

Meine verehrten Anwesenden! Zum Schluß (ironisches Bravo!) möchte ich Sie gebeten haben, dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion zuzustimmen, in der Hoffnung und Erwartung, daß das, was in dem Antrage niedergelegt ist, nicht ungehört an Reichs- und Staatsregierung vorübergeht, sondern Reich und Staat der Provinz weit mehr Mittel zur Verfügung stellen, damit sie den berechtigten Anforderungen, die Industrie, Handel und überhaupt die ganze Wirtschaft an sie stellen, gerecht werden kann. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter Oberdörster: In Verbindung mit der Beratung dieser Vorlage wurde sowohl in der Kommission als auch im Plenum die Wirtschaftslage berührt und hinsichtlich der Beurteilung der Wirtschaftslage ein ziemlicher Optimismus zum Ausdruck gebracht. Herr Louis Hagen hat sogar dem lieben Gott gedankt, daß durch den Streik der englischen Kohlenarbeiter vor

allen Dingen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet eine bessere Konjunktur angebrochen ist. In den ersten Wochen des Streiks war freilich der Kampf der englischen Bergarbeiter um die Erhaltung ihrer Existenz nach dem Urteil der bürgerlichen Presse und der Presse, die Herr Louis Hagen zu der seinigen rechnet, eine Geschichte, die die Agenten Moskauts in England angebrocht haben. Wenn das schon einen Sinn gehabt hat und wenn man weiterhin berücksichtigt, daß insbesondere die russischen Arbeiter den Kampf des russischen Proletariats nach Kräften unterstützt haben, dann ist es weniger der liebe Gott, der Ihnen und Ihren Freunden einen Liebesdienst, allerdings zweischneidigen Charakters, erwiesen hat, sondern dann sind es wohl eher diejenigen, die den englischen Kampf unterstützt haben. Aber daraus einen Optimismus hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands herzuleiten, ist meiner Meinung nach mehr als gewagt. Deshalb ist auch die daraus gezogene Schlussfolgerung in bezug auf den Aufschwung des Autoverkehrs und der Autoindustrie mehr als gewagt. Wir sind zunächst noch nicht soweit, daß der Arbeiter, der untere Angestellte und der kleine Beamte in seinem Auto fährt. In Deutschland haben diese zunächst noch einen Hungerlohn, der diesen Schichten nicht einmal die Befriedigung ihrer notwendigen Lebensbedürfnisse gestattet. In Deutschland wird einstweilen immer noch das Autofahren — abgesehen von den großen Autoomnibussen, die Bessergestellte benutzen können — ein Privileg der besitzenden Klasse sein und bleiben, und, soweit es sich um Lastfahrzeuge handelt, der größeren Industrie.

Aber die Ursachen, die zur Belebung der Wirtschaft insbesondere im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und in schwachen Wellen auch in der übrigen Industrie geführt haben, werden nicht allzu lange mehr bestehen bleiben. Aber dies ist auch durchaus nicht das Entscheidende. Wo liegt denn die Ursache der Wirtschaftskrise? Sie liegt doch lediglich in dem Mißverhältnis zwischen der Produktionsmöglichkeit auf der einen und der Möglichkeit des Verbrauchs auf der anderen Seite. Diese Differenz hat natürlich ihre Ursache darin, daß die vorhandene Kaufkraft in gar keinem Verhältnis zu der Gesamtsumme der Warenpreise steht. Wenn man vom eng nationalen Gesichtspunkte aus diese Dinge behandelt, wird man immer zu einem schiefen Urteil kommen, denn die Welt ist ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, mit Ausnahme vielleicht eines einzigen Staates, wo man nicht jedem gestattet, aus- und einzuführen, was ihm beliebt. Deshalb wird, solange dieses Mißverhältnis zwischen der Gesamtsumme der Warenpreise auf der einen Seite und der Konsummöglichkeit auf der anderen Seite besteht, auch diese Wirtschaftskrise bestehen. Sie wird solange bestehen, wie diese widersinnige Wirtschaftsordnung überhaupt bestehen bleibt. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wenn in unserer Wirtschaft aus Ursachen, die in dem englischen Bergarbeiterstreik, in der Besserung des

französischen Franken oder in Zollkrisen einzelner Staaten liegen, eine Besserung eintritt, so hat das mit der gesamten weltwirtschaftlichen Lage gar nichts zu tun, und die Armee der Arbeitslosen, die nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt in einer Zahl von 11 bis 12 Millionen vorhanden ist, wird dadurch keineswegs verschwinden. Wir sind der Auffassung, daß auch durch Notstandsarbeiten diese Erwerbslosigkeit nicht beseitigt werden kann, und daß die Abschwächung der Erwerbslosigkeit infolge Durchführung von Notstandsarbeiten nur eine ganz geringe sein wird. Aber wir werden nichtsdestoweniger bei jeder Gelegenheit jede Möglichkeit, die kapitalistische Reservearmee zu verringern, ausnützen. Nicht nur Herr Hagen, sondern auch die anderen Vertreter des Provinziallandtags, die hier die Interessen des Ausbeutertums zu vertreten haben, haben an dem Bestand der Reservearmee das allergrößte Interesse. Ohne diese Reservearmee wäre es ihnen nicht gelungen, der Arbeiterschaft Deutschlands die heute bestehende Arbeitszeit aufzuzwingen; wäre es ihnen nicht gelungen, sie zu diesen Schundlöhnen zu beschäftigen. Sie brauchen diese Reservearmee, und alles, was von ihrer Seite über die Möglichkeit, Arbeit zu schaffen, gesagt wird, ist weiter nichts als eine schöne Phrase, hinter der nichts steht. Sie gebrauchen diese Erwerbslosenarmee, um auch weiterhin die Produktionskosten auf Kosten der Arbeiterschaft zu verringern. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Danach beurteilen wir unsere Stellung zu diesen Dingen. Die Ausführungen Ihrer Vertreter sowohl im Ausschuß als auch im Plenum haben bestätigt, daß es Ihnen gar nicht darauf ankommt, Arbeit zu schaffen, und noch viel weniger für diese Arbeit nun auch soviel zu zahlen, daß eine Wiederherstellung der aufgewandten Arbeitskraft den Arbeitern möglich wird. Ihnen kommt es vielmehr darauf an, auf Kosten der Arbeiter und auf Knochen der Arbeiter eine Einrichtung zu schaffen, die in erster Linie Ihren besonderen Interessen dient. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

Auch wir sind der Auffassung, daß die Verkehrsverhältnisse auf der Provinzialstraße Köln—Düsseldorf unhaltbar sind. Ich kenne diese Verhältnisse aus eigener Anschauung genau. Ich weiß, welche Zahl von großen und insbesondere kleinen Unfällen sich ununterbrochen an den einzelnen Gefahrenpunkten dieser Straße zuträgt. Erst am 24. waren in meinem Wohnort und in dem Nachbarwohnort drei Todesfälle infolge von Autounfällen auf dieser Strecke zu verzeichnen. Schon bei dem heutigen Verkehr sind die Verhältnisse unhaltbar, und bei der zu erwartenden Verkehrsteigerung wird natürlich in kürzester Frist der heutige Zustand noch um vieles verschlimmert werden. Deshalb sind wir der Auffassung, daß schon im Interesse der Anwohner dieser Straße, im Interesse derer, die sie täglich als Fußgänger, als Radfahrer oder mit dem Fuhrwerk benutzen müssen, diese Verhältnisse zu ändern sind.

Wir lehnen die Errichtung von Umgehungsstraßen um die bebauten Ortschaften ab, weil wir der Auffassung sind, daß sie vom wirtschaftlichen Standpunkte aus keineswegs zu empfehlen und deshalb auch vom Gesichtspunkte der Provinz nicht günstig sind. Wir stehen also an und für sich dem Plan der Errichtung einer besonderen Autobahn Köln—Düsseldorf sympathisch gegenüber. Aber wir werden nicht unter allen und jeden Bedingungen und unbedungen diesem Plan zustimmen, weil neben den Interessen, die insbesondere für die Anwohner und Benutzer der jetzigen Straße dabei in Frage kommen, vor allem für diejenigen, die demnächst mit ihren Fahrzeugen die Straße benutzen werden, ein viel größeres Interesse an der Errichtung dieser Einrichtung vorliegt. Wenn wir diese beiderseitigen Interessen abwägen, dann kommen wir zu der Auffassung, daß diese Einrichtung, die speziell den Interessen der Autobesitzer dient, auch von diesen Kreisen finanziert werden muß. Wir betrachten die Aufbringung der Kosten für die Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals sowie für den Unterhalt nicht wie die Beträge, die als Steuern in dem einen oder anderen Falle allgemein erhoben werden, weil sie allgemein erhoben werden und auf die Masse der Verbraucher abwälzbar sind. Diejenigen, die diese Autobahn benutzen, haben schwerlich die Möglichkeit, die Gebühr, die sie für diese Benutzung zu zahlen haben, nun irgendwo abzumwälzen, weil nur ein ganz kleiner Teil der Produkte auf dieser Bahn befördert wird, und, soweit es sich um Personen- oder Luxusautos handelt, diese Abwälzbarkeit natürlich äußerst schwierig ist. Die Erhebung einer Gebühr ist für uns eine glatte Selbstverständlichkeit, weil sie nur eine Gegenleistung für die Benutzung einer dem eigenen Vorteil, der eigenen Bequemlichkeit dienenden Einrichtung darstellt und weil gleichzeitig durch die Benutzung für die Betreffenden ein materieller Vorteil in die Erscheinung tritt, durch Zeitersparnis, durch geringeren Verbrauch an Betriebsstoff, durch geringere Abnutzung der Fahrzeuge. Es ist natürlich außerordentlich schwierig, diese Vorteile, mit Ausnahme des geringeren Betriebsstoffverbrauchs, in Geldeswert zu berechnen. Aber meiner Meinung nach ist der Zeitgewinn ein ungeheurer. Denken wir z. B. einmal an Herrn Louis Hagen. Ich werde immer wieder an Sie erinnert, weil ich Sie dauernd anschauen muß. (Herr Abgeordneter Hagen erhebt sich von seinem Plaze und begibt sich in den Hintergrund des Saales. Seiterkeit.) Wenn er heute von Köln nach Düsseldorf mit der zulässigen Geschwindigkeit fährt, gebraucht er 1½ Stunden. Wenn er demnächst diese Bahn benutzt, kann er mindestens in der Hälfte der Zeit hinkommen. Wenn man bedenkt, daß das für ihn einen Zeitgewinn von 52 Minuten ausmacht und daß seine Arbeitskraft pro Minute sicherlich sehr hoch bewertet wird, so muß man schon zu der Auffassung kommen, daß hier wirklich der materielle Vorteil für die Benutzer ein so eminent ist, daß auch die Kosten für Verzinsung und Amortisation sowie die

Betriebskosten durch die Benutzungsgebühr aufgebracht werden können und daß das erforderliche Kapital nicht aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu nehmen, sondern durch eine Anleihe auf dem allgemeinen Kapitalmarkte aufzubringen ist.

Nach den Angaben der Provinzialverwaltung in ihrer Denkschrift sind zur Ausführung des Projekts 17 Millionen erforderlich. Wir haben Anträge gestellt, die bei ihrer Durchführung die Sache immerhin um ungefähr 5 Prozent durch höhere Löhne und sonstige Vergünstigungen für die Arbeiter verteuern. Wir haben deshalb unter Berücksichtigung unserer Anträge mit einem Kostenaufwande von 18 Millionen gerechnet. Wenn wir zur Verzinsung und Tilgung dieses Betrages 10 Prozent zugrunde legen, so sind jährlich 1,8 Millionen notwendig. Hierzu 200 000 Mark Unterhaltungskosten, macht rund zwei Millionen. Wenn Sie die Wahrscheinlichkeitszahlen für die Benutzung der Bahn vom Jahre 1930 ab, die in der Denkschrift der Provinzialverwaltung enthalten sind, zugrunde legen und für die Personentwagen nicht fünf Pfennig, sondern 10 Pfennig pro Kilometer nehmen, dann werden Sie an Gebühren die runde Summe von zwei Millionen Mark erhalten. Nicht berücksichtigt sind bei dieser Aufstellung Krafträder und dergl., die immerhin auch noch einiges bringen werden. Wir sind schon der bescheidenen Auffassung, daß, wenn man für einen kleinen Lastwagen, für einen Schnelliefervagen in dieser Vorlage auch einen Groschen für den Wagenkilometer zugrunde legt, dann die Leute, die Personentwagen fahren, sicherlich in der Lage sind, das gleiche zu zahlen. Wir sind weiter der bescheidenen Auffassung, daß der materielle Vorteil, der diesen Kreisen infolge Zeitersparnis zufließt, viel größer ist als die erhöhte Gebühr, die wir verlangen. Also alle Einwendungen vom finanztechnischen Standpunkte aus dürften nicht haltbar sein, wenn man nicht von vornherein bei dieser Sache die Absicht hat, diesen Kreisen, in deren vorwiegend Interesse die Einrichtung geschaffen wird, auf Kosten der Allgemeinheit einen Vorteil zu verschaffen. Dazu haben wir keine Veranlassung.

Wir müssen aber auch deshalb diese Finanzierung fordern, weil wir es grundsätzlich ablehnen müssen, daß für eine solche Art sog. Notstandsarbeiten Mittel hergegeben werden, die von der Arbeiterschaft unter den allergrößten Entbehrungen aufgebracht werden. Die Mittel der Erwerbslosenfürsorge werden von der Arbeiterschaft aufgebracht. Jeder Arbeiter und jeder Angestellte bis zu einer gewissen Gehaltsgrenze zahlt laufend seine drei Prozent vom Lohn für die Erwerbslosenfürsorge. Jetzt will man von diesem Gelde 12 Millionen zur Herrichtung einer solchen Einrichtung zur Verfügung stellen, die in erster Linie einer gewissen Oberschicht der Bevölkerung dient. Wie gesagt, das ist nicht notwendig, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen, denn heute ist der Kapitalmarkt so flüssig, daß die Provinz zu diesem Zwecke, der immerhin ein produktiver ist, auch den erforderlichen Betrag erhalten

kann. Die Provinz hat zu Zwecken, die nicht unmittelbar produktiv sind, sondern die durch im Haushaltsplan jährlich einzusetzende Beträge verzinst und amortisiert werden, im laufenden Jahre viel höhere Anleihen untergebracht.

Ein weiterer Grund, weshalb wir diese Finanzierungsgrundlage fordern, ist aber der, daß wir damit alle einschränkende Bestimmungen der produktiven Erwerbslosenfürsorge für die beim Bau der Straße beschäftigten Arbeiter von vornherein verhindern wollen.

Wenn Sie sich einmal mit diesen Bestimmungen beschäftigen und vom Gesichtspunkte des Arbeiters die Dinge betrachten — was natürlich nicht bei allzu vielen von Ihnen vorausgesetzt werden kann —, so werden Sie finden, daß diese Bestimmungen vielleicht für eine Zuchthausordnung angebracht wären, aber nicht als Arbeitsbedingungen für freie Arbeiter. (Zustimmung bei den Kommunisten.) Soweit Pflichten in Betracht kommen, soweit es sich um Steuerzahlen handelt, soweit es sich um die Beiträge zur Sozialversicherung handelt, ist der Arbeiter frei, hat er die Freiheit, zu zahlen. Aber soweit es sich um das Arbeitsrecht handelt, ist er geknebelt in jeder Beziehung! Eine Betriebsvertretung, wie sie sonst in jedem Betriebe ist, kennt man bei den Notstandsarbeitern noch nicht, und alle Versuche auf diesem Gebiete haben bisher zu keinem Erfolge geführt. Deshalb müßten Sie, wenn die Ausführungen des Zentrumsredners, daß Sie auch eine anständige Existenz für die beschäftigten Arbeiter wünschen, ernst gemeint sind, meiner Meinung nach auch von dieser Stelle aus dafür sorgen, daß diese einschränkende Bestimmungen beseitigt werden.

Und wie sieht es mit der Entlohnung der sog. Notstandsarbeiter aus? Der Tariflohn enthält nach den Darlegungen des sozialdemokratischen Redners einen höheren Zuschlag für Regentage. Nach unserer Auffassung aber bedeutet er nichts weiter als einen elenden Hungerlohn. Rechnen Sie sich doch einmal aus, was der Arbeiter bei einem Stundenlohn von 76 Pfennig, abzüglich Steuern, Sozialversicherungs- und Erwerbslosenversicherungsbeiträge, bei einer vollen Woche zu seinem Lebensunterhalt hat, und wie wenig er hat, wenn in diese Woche noch einige Regentage fallen. Dann wird man wohl nicht mehr die Auffassung haben, daß in diesem Lohn auch noch etwas als Ausgleich für Regentage enthalten ist.

Aber der Erwerbslose soll in der Regel nur 80 Prozent dieses Tariflohnes haben. Das bedeutet einen Stundenlohn von 61 Pfennig. Der Redner der Sozialdemokratischen Partei hat hier die ganze Tabelle der Erwerbslosenunterstützungssätze vorgetragen. Aber es wäre sicherlich für die Beurteilung der hier zur Beschlusfassung vorliegenden Anträge in Verbindung mit dieser Vorlage richtiger und notwendiger gewesen, einmal nachzurechnen, was nun der Notstandsarbeiter tatsächlich bei dieser Arbeit erhalten wird. Ich bin

überzeugt, wenn die Arbeiter so eingestellt wären wie Sie, dann würden sie lieber bei der etwas geringeren Unterstützung arbeitslos sein, als die viele Arbeit für dieses wenige Geld zu leisten. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Der Arbeitswille ist aber bei der Arbeiterchaft noch so stark, daß sie auch einmal zu ungünstigen Bedingungen und schlechten Löhnen bereit sind, zu arbeiten, wenn sie bloß arbeiten können und ein klein wenig mehr als diese elende Unterstützung bekommen. Aber wir verlangen, daß für den Fall, daß unser Antrag bezüglich der Finanzierung abgelehnt wird und Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Finanzierung benutzt werden, dann die Arbeiter so gestellt werden, als wenn es sich nicht um Notstandsarbeiten, sondern um allgemeine sonstige Arbeiten handelte. Die Bestimmungen lassen ja immerhin einiges zu, wenn der gute Wille vorhanden ist, im Interesse der Arbeiter etwas durchzuführen. In der Praxis findet man diesen guten Willen selten. Wir setzen ihn auch nicht bei der Provinzialverwaltung voraus. Noch weniger setzen wir ihn bei den sechs großen Firmen voraus, die die Ausführung dieser Arbeit eventuell erhalten werden. Wir nehmen an, daß hier ähnlich verfahren wird, wie wir es bisher in der Praxis allgemein beobachten konnten. Es ist doch sicherlich ein starkes Stück, wenn Unternehmer aus der Durchführung von Notstandsarbeiten nun noch außerordentlich große Profite ziehen. Bei dem vorliegenden Projekt werden, ohne daß alle raffinierten Methoden der Ausbeutung angewandt werden, also in der Annahme, daß es sich hier um humane Unternehmer handelt, die natürlich weiße Raben in den Kreisen der Ausbeuter darstellen, immerhin von diesen 17 Millionen glatt drei Millionen als Unternehmerprofit eingestakt werden. Daß dieser Betrag ein viel höherer sein wird, liegt nicht nur im Bereich der Möglichkeit, sondern wird sogar wahrscheinlich sein.

Wie ist die Praxis bei der Ausführung von Notstandsarbeiten? Man sagt grundsätzlich: Bei Leistung eines Facharbeiters kann — beileibe nicht muß — der Lohn eines Facharbeiters verdient werden. Man bemerkt dazu sog. Leistungszulagen, Leistungsprämien, die natürlich viel geringer sind als die tatsächliche Leistung, die der einzelne Arbeiter zu vollbringen hat. Wer die Möglichkeit hat, sich die nötige Nahrung zuzuführen, und gesund ist, kann in drei bis vier Wochen die Erdarbeit in der gleichen Weise vollbringen wie auch der sog. Facharbeiter. Aber warum kann man nun nicht unbedingt nach einer solchen Zeit mindestens den Tariflohn zahlen? Nein, darauf kommt es nicht an, das ist nicht das Entscheidende. Man muß vielmehr durch Leistungszulagen, durch Prämien oder aber auch durch ausgesprochene Akkordarbeit, die insbesondere bei den Ladefolken angewandt wird, die Möglichkeit zur Steigerung des Profits bis zum Letzten ausnützen. Ich kann Ihnen aus der Praxis folgendes Beispiel sagen: Für die Höherlegung einer Straße — allerdings keiner Provinzialstraße — erhielt der Unter-

nehmer pro Kubikmeter bewegter Erde 1,70 Mark. Dieser Unternehmer hat der Ladokolonne zugemutet, den Kubikmeter für 35 Pfennig zu laden. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Der Unternehmer hat von den Leuten eine Stundenleistung von 2,4 Kubikmeter verlangt. Leute, die bloß  $1\frac{1}{2}$  Kubikmeter pro Stunde geladen haben, hat er als unbrauchbar entlassen. (Hört, hört! links.) Wenn man die Gleisarbeiten, die Erdverteilungsarbeiten wirklich gut berechnet, dann wird dieser Unternehmer zur Durchführung dieser Arbeit pro Kubikmeter 70, höchstens 75 Pfennig, aufgewandt haben. Erhalten hat er aber von der Gemeinde, die mit den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge die Arbeit durchführte, 1,70 Mark. (Zuruf: Unerhört! bei den Kommunisten. Zuruf des Abgeordneten Vaterrodt: Welche Gemeinde?) Es ist die Gemeinde Rheindorf gewesen, die ihre Straße nach Wiesdorf höhergelegt hat. Sie können diese Dinge nachprüfen. Gehen Sie auch einmal an die Wupperregulierung nach Leichlingen. Dort hat man von den Leuten Affordbedingungen verlangt, die ungläublich waren. (Zuruf des Abgeordneten Vaterrodt: Welche denn?) Man hat von ihnen Arbeitsleistungen verlangt, die täglich 12 und 15 Kubikmeter betragen. Das ist die Praxis, die angewandt wird, um den Arbeiter durch einige Pfennige mehr Lohn zu reizen, mehr herzugeben, als er in Wirklichkeit herzugeben hat. Wer von Erdarbeiten etwas Ahnung hat, wer weiterhin weiß, wie diese Leute unter den Witterungseinflüssen zu leiden haben, welche besonderen Aufwendungen sie neben einer guten Ernährung bei dem starken Verschleiß an Schuhen und vor allen Dingen auch an Kleidung haben, weiß, daß diese Löhne, die normalerweise für diese Arbeiten gezahlt werden, viel zu gering sind, erst recht aber die Löhne, die bei der produktiven Erwerbslosenfürsorge in Betracht kommen. Deshalb verlangen wir, daß die in dem Betrage enthaltenen Unternehmerprofite wenigstens den Arbeitern zugute kommen, die mit ihren Klassengenossen 70 Prozent des Betrages zur Herstellung der Autobahn aufzubringen haben.

Das sind unsere grundlegenden Anträge. Wir haben weiterhin spezialisiert gefordert — und wir müssen solche Sicherungen durch die Beschlüsse des Provinziallandtags haben, wenn wir der Vorlage insgesamt zustimmen sollen —, daß sowohl in bezug auf die Arbeitszeit als auch in bezug auf die Entlohnung wirklich erträgliche Verhältnisse bei der Durchführung dieser Arbeit Geltung haben. Wir sind weiter der Auffassung, daß hier zum Teil Leute beschäftigt werden, die zur Erreichung der Arbeitsstelle von ihrem Wohnort aus wöchentlich höhere Beträge für Fahrgelder aufwenden müssen. Glauben Sie, daß man, wenn man 26 Mark pro Woche als Verdienst hat und damit einer Familie den Lebensunterhalt gewähren muß — fragen Sie nur nicht, wie der ist —, dann noch drei, vier oder mehr Mark für Fahrgelder aufwenden kann? Das RWG. und auch die Mühlheimer Kleinbahngesellschaft, die in

diesem Gebiet Straßenbahnen betreiben, haben Fahrpreise, die in keiner Weise den Löhnen der Arbeiter angepaßt sind. Auch die Fahrpreise der Zeitkarten auf dieser Strecke sind zum Teil doppelt so hoch wie die der Deutschen Reichsbahn, A.-G. Deshalb verlangen wir, daß diejenigen, die auf Grund ihrer Erwerbslosigkeit zu dieser Arbeit kommandiert werden, für den Fall, daß sie Fahrgelder aufwenden oder weite Wege zurücklegen müssen, dafür besondere Entschädigungen erhalten. Es wird aber außerdem auch einem Teil der Arbeiter nicht möglich sein, täglich nach Hause zu kommen, vor allen Dingen, wenn — das ist auch unser Wunsch — die Bauzeit möglichst abgekürzt wird und eine größere Zahl von Erwerbslosen, als zunächst vorgesehen war, Beschäftigung erhält. Dann wird ein Teil der Arbeiter nicht täglich nach Hause können. Für diese Arbeiter muß Unterkunfts- und Verpflegungsmöglichkeit geschaffen werden. Wir haben, wenn die Provinz die Hauptarbeiten nicht in eigener Regie durchführt, zu den Unternehmern nicht das Vertrauen, daß sie solche Einrichtungen schaffen, weil wir wissen, daß die Unternehmer nicht einmal solche Einrichtungen als Mittel zum Zweck der Beschäftigungsmöglichkeit dieser Arbeiter unterhalten, sondern daß sie diese Einrichtungen auch wieder zu einer Profitquelle zu machen versuchen. Es wäre schon der Gipfel der Gemeinheit, wenn diejenigen, die zwangsweise diese Arbeit ausführen müssen, gezwungen wären, in elenden Baracken zu kampieren, fett- und kraftloses Essen zu sich zu nehmen und dafür noch einen großen Teil ihres Verdienstes aufzubringen. Das wäre doch wirklich eine nicht zu verantwortende Zumutung. Diejenigen, die von ihrem Lohn noch eine Familie zu unterhalten haben, haben für dergleichen Sonderaufwendungen, die mit der Übernachtung und Verpflegung draußen im Zusammenhang stehen, von ihrem Lohn durchaus nichts übrig. Aus dem Grunde haben wir verlangt, daß die Provinz diese Übernachtungs- und Verpflegungsmöglichkeiten von sich aus als Bauherr schafft — das halten wir technisch für durchaus möglich —, als eine soziale Einrichtung schafft, und daß die Arbeiter auf der anderen Seite nur das für die Unterbringung und Verpflegung zahlen, was ihnen tatsächlich für diesen Zweck als Zulage neben ihrer regulären Bezahlung gegeben wird. Um das Defizit, das für die Provinz daraus sich bestimmt ergibt, decken zu können, haben wir beantragt, für diesen Zweck 500 000 Mark zur Verfügung zu stellen.

Im Ausschuss hat man beschlossen, die beiden grundlegenden Anträge von uns, eine Anleihe zu diesem Zwecke aufzunehmen und keine Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge in Anspruch zu nehmen, wie auch den dazu gestellten Eventualantrag, der die Streichung des Satzes aus der Vorlage des Provinzialausschusses vorsieht, der sich auf die Inanspruchnahme der Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge bezieht, abzulehnen. Der Ausschuss hat weiter beschlossen,

die übrigen Anträge von uns dem Provinzialausschuß als Material zu überweisen und eventuell dem nächsten Provinziallandtag vorzulegen.

Wir werden natürlich im Gegensatz zu diesem Vorschlage des Ausschusses beantragen, daß heute über diese Anträge abgestimmt wird, und zwar vor dem Hauptantrag, weil wir unsere Zustimmung zu der Vorlage von einem Minimum an Sicherungen für die Arbeiterschaft abhängig machen, und zwar verlangen wir einmal, daß die 500 000 Mark für die Beschaffung der Verpflegungs- und Uebernachtungsmöglichkeiten bereitgestellt werden, und zum anderen, daß ein weiterer Betrag in Höhe von 750 000 Mark zur Verfügung gestellt wird — wir behalten uns vor, diesen Antrag ebenfalls noch einzubringen —, um für die Arbeiter, die als Notstandsarbeiter beschäftigt werden, von seiten der Provinz in einer zulässigen Form einen Ausgleich bis zum Tariflohn zu zahlen. Wir verlangen ferner, daß eine Durchschnittsleistung von fünf Kubikmeter in der Kolonne pro Mann und Tag festgelegt wird. Es wurde uns gestern mitgeteilt, daß bei der Kostenberechnung der Provinzialverwaltung eine Durchschnittsleistung von sechs Kubikmeter angenommen ist. Ferner wurde uns mitgeteilt, daß die Firmen, mit denen bereits über die Durchführung der Arbeit Fühlung genommen ist, eine Durchschnittsleistung von acht Kubikmeter angeboten haben. Sie sehen hieran, daß das, was ich vorhin über die vorliegende Praxis ausgeführt habe, sich hier bereits im Vorstadium befindet. Ohne daß diese drei minimalen Bedingungen angenommen werden, können wir es nicht verantworten, dieser Vorlage zuzustimmen, und zwar deshalb nicht, weil erstens die Arbeiterschaft unmittelbar 70 Prozent der Kosten dieser Einrichtung durch ihre Beiträge zur produktiven Erwerbslofenfürsorge aufbringt, weil zweitens diese Einrichtung vorwiegend einer Oberschicht dient, die in der Lage ist, die Kosten aufzubringen, die bei einer anderen Finanzierung des Projekts aufgebracht werden müssen, und weil drittens dann die Sicherungen nicht vorhanden sind, daß die Arbeitszeit eingehalten und den beschäftigten Arbeitern wenigstens der Tariflohn gezahlt wird. Wir sagen Ihnen ganz offen: Wir pfeifen auf Arbeitsbeschaffung, wenn die Arbeiter bei dieser Arbeit nicht ihre Existenz finden. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wir sagen Ihnen ganz klar: Die Arbeiterschaft lehnt es ab, für einen Hungerlohn eine Drekarbeit zu machen. Wenn Sie dieser Auffassung sind, überlassen wir es Ihnen, diese Arbeit zu diesen Bedingungen durchzuführen. Wir sind durchaus damit einverstanden, daß diejenigen, die nachher die Sache benutzen, auch jetzt die Arbeit zu diesen Bedingungen machen. Der Arbeiter steht sich wirtschaftlich besser, wenn er diese Hungerunterstützung weiterbezieht, anstatt hier seinen Körper zu ruinieren um einen Betrag, der nur um ein ganz geringes höher ist. Das ist unsere Auffassung dazu. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiterschaft diese Stellung verstehen wird, daß die Arbeiterschaft, auch

die christliche, anerkennen wird, daß es nicht nur darauf ankommt, zu arbeiten, sondern daß der Zweck der Arbeit für die Arbeiterschaft ist, ihre Lebensbedürfnisse einigermaßen zu befriedigen. (Zustimmung bei den Kommunisten.) Die Herren von der Sozialdemokratie mögen sich diese Argumente einmal ganz genau überlegen. Wir werden nicht zunächst dieser Sache unsere Zustimmung geben, um nachher zu versuchen, das eine oder andere noch zu retten, sondern wir verlangen diese Sicherheit bei der Schaffung einer Einrichtung, die der Arbeiterschaft nur mittelbar dient, indem die jetzigen Verkehrsverhältnisse auf dieser Straße gebessert werden.

Es ist wirklich typisch, daß hier die Frage der Gebührenerhebung auf seiten der Interessenvertreter der Autobesitzer nur eine ganz untergeordnete Bedeutung gehabt hat, daß diese Leute darin durchaus keine Belastung erblicken. Man kann vielmehr jetzt schon ganz deutlich erkennen, daß sie darin für sich einen Vorteil sehen. Es wäre ihnen natürlich viel angenehmer, wenn es heute schon möglich wäre, überhaupt eine Gebührenfreiheit zu erhalten, um in dieser Form sofort eine Subvention auf Kosten der Allgemeinheit einstecken zu können. Sie können sich darauf verlassen, sobald diese Bahn fertig ist, wird von dieser Seite die Initiative ergriffen werden, um, wenn nicht die Gebühren von vornherein sofort zu beseitigen, sie doch wenigstens so zu gestalten, daß auch dann wieder die Allgemeinheit einen großen Teil dieser Gebühren aufbringt und die zahlungsfähigen Schichten möglichst geschont werden. Das sehen wir schon heute ganz klar. Aus dem Grunde unsere Stellungnahme.

Wenn die drei Bedingungen, die ich bereits behandelt habe, nicht erfüllt werden, werden wir dieser Vorlage nicht zustimmen. Ich möchte noch eins ergänzend bemerken: Wir haben nicht nur eine achtstündige Arbeitszeit verlangt, sondern wir haben verlangt, daß wöchentlich 42 Stunden gearbeitet wird, und zwar aus verschiedenen Gründen: Einmal, weil die weit entfernt wohnenden Arbeiter, die insbesondere nur Sonntags nach Hause können, Montags nicht bei Beginn der Arbeitszeit an der Arbeitsstelle sein können, also Montags für sie ein späterer Arbeitsbeginn in Betracht kommt. Es ist diesen Leuten nicht nur vom menschlichen Gesichtspunkte aus zu gönnen, sondern es muß eine glatte Selbstverständlichkeit sein, daß sie Samstags nicht erst um 8, 9 oder 10 Uhr zu ihrer Familie kommen, sondern bereits am Frühaufmittag. Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse muß Montags ein späterer Arbeitsbeginn und Samstags ein früherer Arbeitschluß möglich sein. Es ist selbstverständlich, daß bei der Verkürzung der Arbeitszeit auch der entsprechende Lohnausgleich gezahlt werden muß, wie wir es beantragt haben. Aber es kommt hier auch noch ein anderer Grund in Betracht, der von prinzipieller Bedeutung ist. Ich habe Ihnen bereits vorhin die wirkliche Ursache der Wirtschaftskrise angedeutet. Wenn

Sie tatsächlich den guten Willen haben, die Arbeitslosigkeit wenigstens etwas einzudämmen, so ist das nur möglich, wenn gleichzeitig mit der technischen Entwicklung der Wirtschaft die Arbeitszeit allgemein verkürzt wird. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Wenn Sie die Zahlen zugrunde legen, die heute vorhanden sind, so würde schon bei einer generellen achtstündigen Arbeitszeit ein großer Teil der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß hineingebracht werden können. Wenn aber die Arbeitszeit allgemein auf 42 Stunden verkürzt würde, dann würde die Möglichkeit bestehen, ungefähr die Gesamtzahl der Erwerbslosen zu beschäftigen. Wir fordern nicht nur eine angemessene Unterstützung für die Erwerbslosen, sondern wir fordern eine Reorganisation der Wirtschaft, um allen Arbeitsmöglichkeiten zu geben. Und wenn Ihre ganzen Ausführungen bezüglich der Erwerbslosen keine Phrasen und Heuchelei sein sollen, dann müssen Sie es doch eigentlich alle begrüßen, daß man durch Verkürzung der Arbeitszeit allen Arbeitsmöglichkeiten gibt. Sollen wir nicht die Arbeit, die da ist, teilen, um dem einzelnen das Leben erträglicher zu gestalten, um das, was wir heute für die Unterhaltung der Erwerbslosen aufbringen, nun wirklich wirtschaftlicher anzuwenden, indem es als Lohn den Arbeitern zugeführt wird? Ich glaube durchaus, daß diese Sache, volkswirtschaftlich gesehen, vernünftig ist. Wenn wir das bei dieser Arbeit einer öffentlichen Körperschaft vorgeschlagen haben, so aus dem einen Grunde, um diesen Gedanken überall propagandistisch vertreten zu können.

Nach den Ausführungen der verschiedenen Fraktionsredner wie auch nach den Abstimmungen in der Kommission ist zunächst anzunehmen, daß unsere Anträge, sowohl die grundsätzlichen wie auch die Anträge, die sich auf die Arbeitszeit und die Bezahlung von Zulagen für besondere Fälle beziehen, abgelehnt oder dem Provinzialausschuß überwiesen werden. Wir sagen Ihnen, daß damit für uns die Sache keineswegs ihre Erledigung gefunden hat. Wir werden vielmehr alles daransetzen, daß die Leute, die hier beschäftigt werden, auch als Notstandsarbeiter in ihren wirtschaftlichen Organisationen sich zusammenfinden und den Kampf führen um diese Dinge. Wenn Sie schon ein Interesse daran haben, daß die Einrichtung ohne Verzögerung fertiggestellt wird, dann werden Sie auch als Vertreter der rheinischen Bevölkerung, als Provinziallandtagsabgeordnete, dem durch Zustimmung zu unseren Anträgen Rechnung tragen. Wir werden die Arbeiter aufrufen, daß sie hier den Kampf um ihre Existenz mit allen Mitteln führen, daß sie in keiner Weise auf diesen erbärmlichen Kulibedingungen die Arbeit aufnehmen, sondern daß sie, wenn ihnen dies zugemutet wird, geschlossen den Kampf für anständige Bedingungen führen. Wir werden sie dabei unterstützen, und auch die übrige Arbeiterschaft wird es verstehen, wenn die Erwerbslosen, die als Notstandsarbeiter beschäftigt werden, diesen Kampf führen, und die gesamte Ar-

beiterschaft wird die Notstandsarbeiter hierbei auch in entsprechender Weise zu unterstützen wissen.

Das sind unsere Ausführungen. Ohne daß diese drei Dinge, die keine grundsätzliche Bedeutung haben, angenommen werden, können wir es nicht verantworten, dieser Vorlage unsere Zustimmung zu geben. (Beifall bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Vaterrodt.

Abgeordneter Vaterrodt: Meine Damen und Herren! Es ist vielleicht nicht unnützlich, daran zu erinnern, daß wir uns bei dem Punkte der Tagesordnung befinden, der sich mit dem Bau einer Autobahnstraße zwischen Köln und Düsseldorf befaßt. (Sehr richtig! rechts. Unruhe links.) Es wäre nicht verwunderlich, wenn die Mehrzahl der Herrschaften das bei den mehr als zweistündigen Ausführungen der Herren Vorredner, die sich mindestens zu 90 Prozent mit anderen Dingen befaßten, vergessen haben sollte. (Zuruf des Abgeordneten Haß: Sie renommierten ja für die Presse! Unruhe links. Glocke des Vorsitzenden.) Ich werde mir Mühe geben, mich meinerseits bei meinen Ausführungen etwas mehr an die Tagesordnung zu halten, als es bisher geschehen ist, und hoffe, dabei etwas schneller fertig zu werden.

Meine Freunde begrüßen die Vorlage, weil sie anerkennen müssen, daß der Bau der geplanten Straße eine unabwiesbare Notwendigkeit ist und daß die Zustände auf der Provinzialstraße Köln—Düsseldorf, so wie sie sich leßthin entwickelt haben, unhaltbar geworden sind.

In dem Ausschuß, der gestern gebildet worden war, war von unserer Seite beantragt worden, die Beschlussfassung über die endgültige Veranschlagung der Straße dem Provinziallandtag vorzubehalten, und es war weiter beantragt worden, zu beschließen, daß die mit der Ausführung der Bahn verbundenen Arbeiten nicht in provinzieller Regie erfolgen dürfen. Wie Sie aus dem Bericht des Herrn Berichterstatters gehört haben, hat der Ausschuß unsere Wünsche grundsätzlich als berechtigt anerkannt. Er hat sich aber auf den Standpunkt gestellt, daß unser Antrag, betreffend Nichtausführung der Arbeiten in provinzieller Regie, durch Ablehnung des entgegengesetzten, negativ lautenden Antrages der kommunistischen Fraktion angenommen sei und daß im übrigen unser Antrag bezüglich des Vorbehalts der Genehmigung des Provinziallandtags zu dem endgültigen Voranschlag erledigt sei durch einen seitens der Verwaltung selbst vorgeschlagenen Zusatzantrag, der dahin geht, daß die Verwaltung der demnächstigen Märztagung des Provinziallandtags über die bis dahin geleisteten Vorarbeiten berichten soll und daß alsdann auch dem Provinziallandtag ein Voranschlag vorgelegt werden soll. Wir hoffen, daß durch entsprechende Stellungnahme des Hohen Hauses unsere Anträge auch in dem gleichen Sinne im Hause selbst als erledigt angesehen werden können.

Im allgemeinen halten wir es nicht für erforderlich, im gegenwärtigen Augenblick größere Ausführungen zu machen. Ich möchte nur einiges sagen zu der nach unserer Ansicht wichtigsten Frage, zu derjenigen Frage, die vor allen Dingen auch die öffentliche Meinung am meisten erregt hat: das ist die Frage der Abgabe. Meine Freunde und ich sind grundsätzlich Gegner jeder derartigen Abgabe. Wir haben nicht den Wunsch, die vorfinstlichen Zeiten des Oktrois und des Schlagbaums wieder heraufzubeschwören. Wir haben uns aber davon überzeugen müssen, daß auf der einen Seite der Bau der Bahn, wie ich vorhin sagte, eine unabweisable Notwendigkeit ist und daß auf der anderen Seite der Bau im gegenwärtigen Augenblick, ohne eine Abgabe einzuführen, nicht durchgeführt werden kann, weil die Uebernahme der laufenden Kosten für Verzinsung und Amortisation auf die laufenden Mittel der Provinz nicht möglich ist.

Wir möchten aber nicht unterlassen, bereits jetzt als unsere Ansicht zu betonen, daß die Abgabe keine Dauereinrichtung werden darf und daß sie fallen gelassen bzw. ermäßigt werden muß in dem Umfange, wie die Amortisation der Anlage fortschreitet. Wir würden uns zu keinem Zeitpunkte damit befremden können, daß etwa die Verwaltung den Versuch machen sollte, aus einer derartigen Abgabe eine neue Einnahmequelle für die Provinz zu erschließen. Wir behalten uns vor, zu gegebener Zeit entsprechende Anträge zu stellen.

Was die vorgeschlagene Staffelung der Abgabe anbetrifft, so sind wir der Auffassung, daß die Einheitsätze von 5 Pfennig für Personenkraftwagen und 10 Pfennig für Lastkraftwagen untragbar sind und daß zum mindesten eine weitere Staffelung eintreten muß, und zwar eine Staffelung nach unten, entweder nach Pferdestärken, nach Gewicht oder nach irgendeinem anderen Maßstabe, der sich ohne weiteres aus den Zulassungspapieren, die bei jedem Kraftwagen vorhanden sein müssen, ergibt, so daß daraus irgendwelche Schwierigkeiten bei der Feststellung der Höhe der Abgabe nicht würden entstehen können. Es ist jedenfalls unmöglich, einen kleinen Wagen von vier Pferdekraften, der von dem Besitzer selbst gefahren wird, mit genau derselben Abgabe zu belegen wie einen großen Personenkraftwagen von etwa 20 Pferdekraften. Ebenso ist es unmöglich, einen leichten Ford-Lieferwagen, wie sie heute in großem Maße üblich sind, mit derselben Abgabe zu belegen wie einen 20-Tonnen-Lastwagen. Das ist nach unserer Ansicht ausgeschlossen; es muß da eine weitergehende Staffelung eintreten.

Meine Damen und Herren! Mit dem Bau der geplanten Kraftwagenstraße von Köln nach Düsseldorf ist aber die allgemeine Frage der Verkehrsregelung und der Verkehrssicherheit auf unseren Provinzialstraßen in keiner Weise erledigt. Es ist vorhin schon von anderer Seite darauf hingewiesen worden, daß das schlimmste Uebel und die größten Gefahrenquellen die

Eisenbahnübergänge sind. Auch wir möchten den Wunsch hegen, daß von seiten der Provinz alles geschieht, um darauf hinzuwirken, daß die zahlreichen Niveaufreuzungen, die heute noch vorhanden sind, möglichst bald und restlos beseitigt werden; denn eine größere Gefahrenquelle gibt es in unserem ganzen provinziellen Straßennetz nicht. Ich gebe mich freilich keinen übertriebenen Erwartungen hin, daß das sehr bald gelingen wird, denn die Reichsbahndirektion scheint nach der Richtung hin sehr engherzig und sehr zugetupft zu sein, wenigstens nach dem, was uns von unserem Freunde von Detten erklärt worden ist, dem im Reichsverkehrsministerium kürzlich gesagt wurde, der Standpunkt der Reichsbahn ginge dahin, daß wir wieder zu dem Grundsatz zurückkommen müßten, daß jeder die Bahn auf seine eigene Verantwortung zu kreuzen habe. Ich hoffe, daß die Provinz diesem Grundsatz mit allem Nachdruck entgegenzutreten wird, und daß sie, wenn ihr einmal dieser Grundsatz entgegengehalten werden sollte, mit Nachdruck den Grundsatz vertritt, daß auch die Reichsbahn sich den allgemeinen, öffentlichen Interessen unterzuordnen und anzupassen hat (Sehr richtig! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung), denn die Zustände, wie sie gegenwärtig sind, vor allen Dingen die indolente Haltung der Reichsbahn in dieser Frage, sind auf die Dauer für die anderen öffentlichen Organe unerträglich.

Ich will damit meine Ausführungen schließen und hoffen, daß die Vorlage hier eine möglichst einmütige Annahme findet.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a s e n : Das Wort hat Herr von Stedman.

Abgeordneter von Stedman: Meine Damen und Herren! Durch die Ausführungen der Herren Vorredner hat sich bei fast allen wie ein roter Faden der Gedanke hindurchgezogen, daß es wohl notwendig sei, als Kompensation auch an Zukunftsaufgaben der Provinz in anderen Landesteilen nicht nur gerade zwischen Köln und Düsseldorf zu denken. Es wird meine besondere Aufgabe sein, Ihnen ganz kurz einen Blick auf den Koblenzer Bezirk und die Wirtschaftslage dieses Bezirks zu geben, um Ihnen an Hand dieser Wirtschaftslage zu zeigen, wie notwendig es ist, eine besondere Fürsorge für den südlichen Teil der Provinz eintreten zu lassen.

Wenn Sie bitte bedenken wollen, daß in dem besetzten Gebiet ungefähr 120 000 Menschen leben, welche einer fremden Armee und fremden Staaten angehören, und daß diese Menschen restlos ihre ganzen Bedürfnisse an Kleidung, an Schuhzeug, sogar an Lebensmitteln, an Gemüse, an Konserven, überhaupt an allem, was sie zum Lebensunterhalt brauchen, aus dem Auslande beziehen, dann wird Ihnen auch klar sein, wie weit die Lebensfähigkeit der Wirtschaft in dem Koblenzer Bezirk geschmälert ist. Wenn nun die Provinz, der Staat und das Reich die Aufgabe haben, für die Teile, denen es schlechter geht, zu sorgen, dann ist

es ganz sicher der südliche Teil der Rheinprovinz, der unter der Besatzungslast leidet und dem unter allen Umständen geholfen werden muß.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es notwendig ist, bei Gelegenheit der nächsten Tagung, etwa im März nächsten Jahres mit der Provinzialverwaltung einmal zu besprechen, wie die gesamten Zukunftsaufgaben in der Rheinprovinz sich auf verkehrspolitischen Gebiet gestalten sollen. Es ist auf die Dauer nicht möglich, heute hier und morgen da für Teillösungen zu sorgen, ohne daß man weiß, wie die Meinung des Provinziallandtags, des Provinzialausschusses und vor allen Dingen auch der gesamten Provinzialverwaltung auf dem Gebiete der großen Zukunftsaufgaben der Provinz liegt. Erst wenn wir darüber einmal eine umfassende Auskunft seitens der Verwaltung erhalten haben, werden wir uns auch ein klares Bild darüber machen können, welche Aufgaben nun in den einzelnen Landesteilen zu den vorranglichsten gehören, welche zuerst der Lösung bedürfen und welche vielleicht weiter zurückgestellt werden können.

Ich will nicht auf das zurückkommen, was bereits gesagt ist; ich möchte mich deswegen speziell mit den Fragen des Koblenzer Gebiets beschäftigen.

Meine Damen und Herren! Was ich in diesem Falle über die Provinzialverwaltung sagen will, soll nicht etwa ein Vorwurf gegen die Provinzialverwaltung sein. Es soll auch in keiner Weise gesagt sein, daß die Provinz bisher ihre Aufgaben unserem Bezirk gegenüber vernachlässigt hat, sondern es soll lediglich eine Anregung sein, wie man in Zukunft vielleicht dort neue Aufgaben aufgreifen muß, denn die Umgestaltung der Dinge hat neue Aufgaben gebracht, hat die Verhältnisse verändert, und veränderte Verhältnisse erfordern auch andere Lösungen.

Wenn Sie das Straßennetz der Provinz einmal auf der Karte verfolgen, so werden Sie sehen, daß die ganzen Straßenzüge der Provinz, wie es eben die geographische Gestalt der Provinz mit sich bringt, in erster Linie in nordsüdlicher Richtung verlaufen. Das bringt auch der ganze Werdegang des Verkehrs mit sich. Es ist der Wille und die Absicht des oberrheinischen Gebiets, den Verkehr parallel mit dem Rheinstrom nach dem niederrheinischen Gebiet, nach dem Industriegebiet, zu führen. Aber, meine Damen und Herren, die Rationalisierung der Wirtschaft, wie sie eingetreten ist, hat doch gezeigt, daß unter allen Umständen eine weitere Zusammenballung der Industrien am Niederrhein stattfinden wird. Man muß sich darum fragen: Was soll nun aus dem südlichen Teile der Provinz, aus dem oberrheinischen Gebiet werden? Dieses oberrheinische Gebiet, abgesehen von örtlichen Industrien, von denen ich besonders die Steinindustrie und die Eisenindustrie in einzelnen Teilen des Westerwaldes nenne, kann dann bloß ein Erholungsland für den industrialisierten Norden der Provinz bleiben, wohin die Arbeitermassen der werktätigen Bevölke-

rung auf dem kürzesten Wege für das Wochenende gehen können, um sich in den gebirgigeren Teilen der Provinz zu erholen. Nachdem, wie ich schon ausgeführt habe, die Basis für den Konsum unserer Erzeugnisse geschwächt ist, wird es die Aufgabe der Landwirtschaft sein, ein Ueberflußgebiet, ein Erzeugungsgebiet, ein Versorgungsgebiet für den industrialisierten Norden unserer Provinz zu werden. Meine Damen und Herren! Diese Versorgung gerade mit den dort erzeugten landwirtschaftlichen Artikeln hat zur Voraussetzung, daß außer der Nordwestrichtung des Verkehrs in einem weit höheren Maße als bisher eine Ostwestrichtung des Verkehrs eintritt. Es müssen Verkehrswege geschaffen werden, welche einmal für den Personenverkehr, für den Erholungsverkehr die gebirgreichen Gegenden des Südens der Provinz erschließen und welche zum anderen den landwirtschaftlichen Produkten es ermöglichen, auf dem kürzesten Wege an die Hauptverkehrsadern, an den Rhein und die parallel zu ihm laufenden Eisenbahnen, Straßen usw. herangeführt zu werden.

Meine Damen und Herren! Die Belange des ganzen oberrheinischen Bezirks erfordern mit zwingender Notwendigkeit, die beiden Rheinufer in einen engeren Konnex miteinander zu bringen. Wir brauchen am Oberrhein unter allen Umständen eine Lösung der Frage: Wie ist das Verkehrsnetz des rechten Rheinufers mit dem des linken Rheinufers in Zusammenhang zu bringen? Wenn ich Ihnen da die Gelegenheiten nennen darf, so haben wir, im Süden angefangen, im Zuge des Rabetales eine Brücke, die zu strategischen Zwecken gebaut worden ist, bei Bingen. Diese Brücke wird heute für den Verkehr nicht ausgenutzt und würde für den Durchgangsverkehr, für den täglichen Verkehr hergerichtet, eine wesentliche Verbesserung der Wirtschaftslage des Rheingebiets bedeuten. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Eine ebensolche Verbindung, die auch aus strategischen Gründen gebaut und heute nicht ausgenutzt ist, ist die große strategische Brücke bei Linz-Remagen, die mit augenscheinlicher Deutlichkeit in das Ahrtal hineinweist und für das Ahrtal ganz neue Verkehrsmöglichkeiten eröffnet und dazu beitragen könnte, die Wirtschaftslage gerade des Ahrgebiets einer wesentlichen Hebung zuzuführen.

Ganz im argen, meine Damen und Herren, liegen aber die Verkehrsverhältnisse über den Rhein in der Provinzialhauptstadt Koblenz. In Koblenz laufen weil es nun einmal die alte preussische Hauptstadt war, die alten preussischen Staatsstraßen zusammen. Ob nun rechtlich begründet oder nicht, das will ich hier, weil die Zeit zu weit vorgeschritten ist, ununtersucht lassen, moralisch haben unter allen Umständen Staat und Provinz die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Wirtschaft in dem so arg gefährdeten Gebiete um Koblenz nicht weiter dadurch Schaden leidet, daß ein Verkehr von dem rechten nach dem linken Rheinufer unmöglich gemacht wird.

Meine Damen und Herren! Ich verkenne keineswegs, daß es sehr schwierig für die Provinz sein wird, heute oder in der nächsten Zukunft an die Frage von Brückenbauten heranzutreten. Es soll auch nicht die Absicht sein, hiermit etwa die Provinz zu Brückenbauten anzuregen. Was ich aber anregen möchte und für unbedingt notwendig halte, ist, daß Provinz und Staat in viel weitergehendem Maße als bisher den Lebensnotwendigkeiten des Südens der Provinz Rechnung tragen und daß in das allgemeine Arbeits- und Verkehrsprogramm, das, wie ich schon angeregt habe, unter allen Umständen einmal einer Besprechung unterzogen werden muß, auch diese Pläne mit einbezogen werden in dem Sinne, daß die Provinz dazu einen namhaften Betrag und Zuschuß leisten muß.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir erlaubt, die Gedankengänge, die für das Koblenzer Gebiet von ausschlaggebender Bedeutung sind, in einer kurzen Denkschrift, die ich dem Herrn Landeshauptmann mit einem Gutachten der Industrie- und Handelskammer in Koblenz zusammen überreichen werde, niederzulegen, und habe die Hoffnung, daß Provinzialverwaltung und Provinzialausschuß sich mit den für unser Gebiet vitalen Lebensfragen einmal beschäftigen werden.

Meine Damen und Herren! Ich habe dann noch einen Auftrag meiner Fraktion zu erledigen, nämlich die Stellungnahme zu dem sozialdemokratischen Antrage, der uns heute zur Abstimmung vorgelegt ist, darzulegen.

Meine Damen und Herren! Ueber die Tendenz des Antrages der Sozialdemokratischen Partei gehen wir hinweg. Wir haben mit Interesse davon Kenntnis genommen, daß die Sozialdemokratische Partei alte Forderungen der bürgerlichen Parteien nunmehr aufgegriffen hat, und wir geben unserer Freude darüber Ausdruck, daß die Sozialdemokratische Partei nunmehr auch ihr Herz für die Landwirte, die Winzer und den Mittelstand entdeckt hat (Zuruf eines sozialdemokratischen Abgeordneten: Immer gehabt hat!), und stimmen darum dem Antrage zu. (Weiterkeit.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a s e n : Das Wort hat Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter K n a b : Meine Damen und Herren! Es sind von den Rednern der verschiedenen Fraktionen Äußerungen getan worden, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen.

Ich möchte mich zunächst mit dem Redner des Zentrums, dem Herrn Landrat Creutz, etwas befassen. (Weiterkeit.) Herr Landrat Creutz hat im Namen des Zentrums festgestellt, auch seine Partei wünsche, daß es den Arbeitern gut gehe. Herr Landrat Creutz ist ja im Bau von Autostraßen seit einigen Jahren Fachmann. Er hat es ja sehr gut verstanden, auch für seinen Kreis etwas an Straßenbau durchzusetzen, das mit dem Autoverkehr zusammenhängt, wenn es auch nur eine Autorennstraße ist. Infolgedessen hat er sich doch

allerhand Fachkenntnisse angeeignet, die er heute im Namen seiner Fraktion zum besten geben konnte. Er hat aber die Erfahrungen hier nicht zum besten gegeben, die er mit den Zuständen gemacht hat, unter denen die Arbeiter bei dem Bau des Nürnberg-Rings arbeiten und leben mußten. Es würde Ihr Bild etwas abgerundeter gestaltet haben, Herr Landrat, wenn Sie dieses Kapitel aus Ihren Erfahrungen nicht vergessen hätten. Ich mute Ihnen kein kurzes Gedächtnis zu, so boshaft bin ich nie, besonders wenn es sich um einen Landrat handelt. (Weiterkeit.) Aber ich nehme doch an, Herr Landrat, daß Sie wohlweislich diese Erfahrungen zu verschweigen wußten, weil Ihre Partei auch noch einen Flügel hat, dem solche Feststellungen, die gewissermaßen amtlich wären, recht unangenehm werden könnten. Sie haben bei dem Nürnberg-Ring Notstandsarbeiter beschäftigt, die man aus der halben Rheinprovinz zusammentransportiert und in menschenunwürdigen Wohnbaracken untergebracht hat, wie zu einem späteren Zeitpunkt der Provinzialausschuß der Rheinprovinz selbst feststellen konnte. Während des ersten Teiles der Arbeiten an der Autobahn im Nürnberg-Ring wissen Sie, Herr Landrat, aus eigener Anschauung, daß es dort in dieser Hinsicht noch sehr viel schlechter bestellt war als zu dem späteren Zeitpunkt, wo der Provinzialausschuß vorstellig geworden ist. Nicht nur in unserer Presse, sondern auch in Zeitungen anderer Parteirichtungen und sog. neutralen Zeitungen sind Klagen über die Arbeitsbedingungen der Arbeiter am Nürnberg-Ring, zum Teil in der allerschärfsten Form, laut geworden. Deshalb hätten wir gerade von Ihnen, Herr Landrat, der Sie ja auch Beamter sind und als solcher nach den Gesetzen und Bestimmungen des preussischen Staates auch die Interessen der Allgemeinheit vertreten, erwartet, daß Sie hier auch zum Ausdruck gebracht hätten, was Sie in Ihrer amtlichen Eigenschaft über die Verhältnisse zur Kenntnis genommen haben, unter denen die Arbeiter am Nürnberg-Ring arbeiten mußten. Es ist das ein sehr bedauerlicher Mangel in Ihrer Rede, den wir hiermit öffentlich festnageln wollen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Creutz: Ich bin bei der Tagesordnung geblieben!) Sie bleiben immer dann bei der Tagesordnung, wenn dieses Verbleiben im Interesse der Unternehmer ist. Wenn es aber im Interesse der Arbeiter ist, dann werden Sie erst recht nicht von der Tagesordnung abweichen.

Nur eins: Am Nürnberg-Ring hat man den Notstandsarbeitern 52 Pfennig Stundenlohn gezahlt. Man hat dann von den Arbeitern als Verpflegungskosten 70 Pfennig für ein Mittagessen und 50 Pfennig für ein Abendessen verlangt. Das waren 1,20 Mark. Dazu kamen 10 Pfennig für eine Bichorienbrühe, die morgens und nachmittags ohne Brot verabreicht wurde. Ferner 20 Pfennig für das Nachtlager. Nun rechnen Sie sich einmal aus, was da noch bei 4,08 Mark Lohn für den einzelnen Arbeiter übrig bleiben konnte — er mußte sich doch noch etwas Brot und etwas

Marmelade zum Aufstrich besorgen —, was er dann noch seiner Familie von seinem Notstandsarbeiterverdienst nach Hause schicken konnte. Der Herr Landrat hat selbst einmal bei einem Besuch Gelegenheit gehabt, sich von der Qualität des Essens zu überzeugen. Er hat es aber im Interesse seiner Gesundheit und seines Magens vorgezogen, die ihm angebotene Kost an diesem Tage nicht zu genießen. (Hört, hört! links.) Herr Landrat, wir haben diese Episode in einem Artikel vom 13. Februar d. J. festgehalten. Diese Episode dürfte Ihnen doch nicht unbekannt sein oder Sie dürften sie doch noch nicht vergessen haben. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Creutz: Waren Sie dabei?) Wir haben die ganzen Zeugen, auch die Leute gehört, die den Herrn Landrat aufgefordert haben, er sollte einmal das Essen versuchen. Am Abend vorher hatte man den Leuten einen Kartoffelsalat angeboten, wobei von 52 Mann 47 es abgelehnt haben, dieses Essen überhaupt in Empfang zu nehmen. Und am anderen Tage hat man den übriggebliebenen Kartoffelsalat, der mittlerweile sauer geworden war, in die Linsensuppe hineingegeben. Und diese Suppe, Herr Landrat, hätten Sie auslöffeln müssen. (Weiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Wenn wir diese Erfahrungen am Nürnberg-Ring gemacht haben, dann werden Sie es unserer Fraktion doch nicht verargen können, wenn wir jetzt mit sehr großem Mißtrauen der neuen Geschichte gegenüberstehen. Wir haben jetzt die Dinge von einer anderen Seite zu betrachten. Wir möchten nicht, daß nachher der Herr Landeshauptmann auch in die Verlegenheit käme, ein ihm angebotenes Mittagsmahl ablehnen zu müssen. Also schon im Interesse der Gesundheit des Herrn Landeshauptmanns mußten wir wünschen, daß sich in diesem Hause eine Mehrheit für unsere Forderungen, die durchaus berechtigt sind, gefunden hätte. (Weiterkeit.) Aber ich sehe, daß der Herr Landeshauptmann auch erst befehrt werden wird durch die Erfahrungen, die er später dort machen wird. Sonst würde er sich namens der Verwaltung dafür eingesetzt haben, daß unseren Forderungen entsprochen worden wäre. Ich glaube, ich brauche über die Nürnberg-Ring-Erfahrungen nicht noch viel zu sagen, besonders nicht über die Frage der Unterbringung. Es wird sich auch hier bei dem Bau der Autostraße Köln-Düsseldorf die Notwendigkeit ergeben, wenigstens Teile der Arbeiter zu verpflegen und unterzubringen, weil sie nicht nach Hause fahren können. Unseres Wissens haben die Unternehmer sogar gefordert, daß bei den Notstandsarbeitern, die ihnen zugewiesen werden, zum mindesten 33½ Prozent Facharbeiter sind. Diese Forderung wird auch dazu führen, daß ein Teil der Arbeiter nicht täglich nach Hause gehen kann, und es muß ein Äquivalent dafür geboten werden, daß sie die ganze Woche über dort Unterkunft nehmen müssen.

Ich habe nun noch dem Herrn Landrat Creutz auf seine Aufforderung: Deutsche, kauft deutsche Autos! zu sagen: Da haben Sie wirklich einmal das rechte Wort

am rechten Platz gesagt. Es gibt in diesem Landtag auch viele Leute, die bisher bewußt die Marke Citroën, Ford usw. vorgezogen haben. Der Aufruf ist hier tatsächlich an der richtigen Stelle erfolgt; die Leute, die es angeht, werden es ja wissen.

Ich komme nun zu dem Herrn Vaterrodt, den ich direkt mit dem Herrn Oberbürgermeister Hartmann in Verbindung bringen möchte. Herr Oberbürgermeister Hartmann stellt sich im Namen seiner Fraktion hierhin und erklärt: „Daß mit der städtischen Regie nicht rentabel gearbeitet werden kann, das haben die Erfahrungen bewiesen. Es kann nur dann rentabel gewirtschaftet werden, wenn man die Arbeiten an Unternehmer vergibt.“ Das sagt ausgerechnet der Leiter einer großen Kommune. Das wirft ein merkwürdiges Licht auf die Zustände in Remscheid. Wenn Sie das sagen, muß es tatsächlich in Remscheid sehr schlecht aussehen, Herr Oberbürgermeister. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Ja, da hat er recht!) Es gibt aber auch viele Kommunen, wo man sich ernstlich mit der Frage der städtischen Regie auf verschiedenen Wirtschaftsgebieten beschäftigt und wo die städtische Regie gute und große Resultate erzielt hat. Wenn das bei Ihnen in Remscheid nicht der Fall ist, so fällt zunächst die Schuld auf Sie, Herr Oberbürgermeister. (Weiterkeit.) Die traurigen Erfahrungen, die Sie gemacht haben, sind tatsächlich nicht dazu geeignet, Ihre Tätigkeit als Oberbürgermeister in der Öffentlichkeit in ein glänzendes Licht zu stellen. (Lachen rechts.)

Sie befinden sich da aber in einer ehrenwerten Linie mit dem Herrn Vaterrodt. Er hat durch seine Freunde beantragt, daß die Ausführungen irgendwelcher Arbeiten seitens der Provinz in provinzieller Regie nicht erfolgen sollen. Das ist eines von den Stedenpferdchen, die der Herr Vaterrodt reitet. Die lassen wir ihm auch in Köln. Er muß doch wenigstens etwas sagen. Das ist das einzige, was er weiß, außer seiner Rechtsanwaltspraxis. (Weiterkeit.) Deshalb hat er diesen Antrag auch hier vorgebracht. (Zuruf des Abgeordneten Vaterrodt: Der scheint Sie aber arg zu fixeln!) Er gibt mir eine willkommene Gelegenheit, mich mit Ihnen zu unterhalten, Herr Vaterrodt; das tue ich doch bekanntlich so gern. (Zuruf des Abgeordneten Haas: In der Mittelstandsversammlung!) Sie wissen es: „In der Mittelstandsversammlung, wo wir auch Hand in Hand marschieren sind“, wenigstens nach Ihrer Auffassung, Herr Haas.

Herr Vaterrodt hat hier auch einen Zuruf gemacht; er frug, unter welchen Bedingungen gearbeitet werden müßte. Herr Vaterrodt hat für seine Fraktion, in der auch Vertreter werktätiger Schichten sind, kein Wort verloren für die kleinen Winzer und die kleinen Sparer, die ihr Vermögen durch die Inflation und die Schuld der anderen Parteien verloren haben. Sie, Herr Vaterrodt, haben bei diesem Projekt kein Wort darüber verloren, ob auch die Interessen der Arbeiter gewahrt werden. Ich glaube aber, Herr Rechtsanwalt, daß Sie sehr gut wissen, welche Anwaltsgebühren Sie zu for-

bern haben. (Heiterkeit.) Und ich glaube nicht, daß Sie da gewillt sind, Notstandstarife einzuführen, wenn jemand zu Ihnen kommt, der in bedrängter Lage ist. Herr Kaiser sieht mich schon so an, bei ihm ist nämlich daselbe der Fall. (Heiterkeit.) Sie und Herr Vaterrodt werden bestimmt nicht die weißen Raben unter den Rechtsanwälten sein, die sich unter allen Umständen mit den vorgeschriebenen Anwaltsgebühren begnügen, die nicht wissen, auch noch sonstige Nebeneinnahmen herauszuschlagen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a f e n (den Redner unterbrechend): Ich bitte Sie, zur Sache zu reden.

Abgeordneter K n a b (fortfahrend): Wenn Sie also, Herr Vaterrodt, von diesem Ihrem Standpunkt aus Ihre berechtigten Berufsinteressen zu wahren wissen, so müßte man auch von Ihnen verlangen, daß Sie gegenüber den notleidenden Arbeitern daselbe Interesse zeigen; das muß man aber bei Ihnen vermissen.

Damit komme ich zu der Frage: Was bekommen denn dort die Arbeiter? Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion hat schöne und gute Zahlen über das gegeben, was ein Erwerbsloser bekommt. Er hat auch angedeutet, daß ein Notstandsarbeiter von dem, was er bekommt, nicht leben kann. Er hat es aber vorgezogen, keinen Vergleich zu ziehen zwischen dem, was ein Notstandsarbeiter, und dem, was ein Erwerbsloser bekommt. Nehmen wir an, es würde sich um einen Notstandsarbeiter handeln, der verheiratet ist und nur ein Kind hat — das ist noch nicht einmal der Durchschnitt —, ich nehme den Fall aber einmal zugunsten der Verwaltung an, während der Durchschnitt Verheiratete mit zwei Kindern sind. — Ein solcher Verheirateter mit einem Kind wird in der Ortsklasse A an Erwerbslosenunterstützung wöchentlich 19,32 Mark beziehen. Diese 19,32 Mark werden ihm netto ausgezahlt ohne jede weiteren Abzüge. Wenn er nun Notstandsarbeiter bei der Autostraße wird, dann erhält er einen Stundenlohn von 61 Pfennig. Das wird für ihn in der Woche 29,28 Mark bei 48stündiger Arbeitszeit sein. Davon gehen noch an Erwerbslosen-, Kranken-, Invalidenversicherungsbeiträgen — vorausgesetzt, daß er keine Steuern zu zahlen hat — zirka 3,10 Mark ab, so daß er noch 26,18 Mark ausgezahlt bekommen wird. Die Differenz zwischen dem, was derselbe Arbeiter als Erwerbsloser bekommt, und dem, was er als Notstandsarbeiter bezieht, ist 7 Mark pro Woche. (Zuruf eines Kommunisten: Abzüglich Fahr- geld!) Darauf komme ich noch. Nun überlegen Sie sich: Von diesen 7 Mark soll er dann den Mehraufwand an Kräfteverlust durch bessere Ernährung ersetzen. Es kommt weiter die Tatsache hinzu, daß ihm an manchen Stunden am Tage, mitunter auch für ganze Tage, die Arbeit durch Regen oder sonstige Witterungseinflüsse unmöglich gemacht wird. Es kommen die Feiertage hinzu, die auch nicht bezahlt werden. Hinzu kommt ferner der Umstand, daß er bei seiner Arbeit in erhöhtem Maße Bekleidungsstücke verschleißt, die er sonst,

wenn er nicht arbeitet, nicht in solchem Maße strapazieren würde. Es kommt weiter hinzu, daß ein großer Teil der Arbeiter eine größere Wegestrecke zu gehen oder zu fahren hat. Wir werden es nicht so machen können, daß jeder Arbeiter nur eine halbe Stunde von seiner Wohnung zur Arbeitsstätte haben wird. Gerade von den Großstädten Köln und Düsseldorf und auf den dazwischen liegenden Strecken wird sich oft ein über ein, bis zweistündiger Arbeitsweg hin und her ergeben. Wenn Sie alle diese Dinge berücksichtigen, so sehen Sie, wenn Sie dem Projekt der Verwaltung ohne weiteres und ohne Sicherungen für die Arbeitsbedingungen der Arbeiter zustimmen, daß damit für die Arbeiter unerträgliche Zustände geschaffen werden. Sie, meine Damen und Herren vom Zentrum, besonders diejenigen, die da Arbeitervertreter sein wollen, müssen sich überlegen, daß da nicht nur Kommunisten arbeiten werden — denen würden Sie mit Freuden so etwas aufhalsen —, sondern daß wahrscheinlich auch christliche und sonstige Arbeiter, die parteipolitisch nicht organisiert sind, ebenfalls unter diesen Bedingungen zu arbeiten haben.

Ob Sie allerdings auf die Stimme dieser Arbeiter hören, das ist eine andere Frage. Wir glauben nicht daran. Sie haben ja noch nicht einmal das Vertrauen, daß ein Verbandsdirektor von Ihnen Regierungspräsident werden kann. (Heiterkeit.) Um wieviel weniger werden Sie auf die Stimme Ihrer Arbeiter hören, wenn die sich über die Arbeitsbedingungen beschweren. Wir werden den christlichen Arbeitern dann sagen: Ihre Freunde haben der Verwaltung eine Blankovollmacht ausgestellt. Sie haben durch ihre Zustimmung zu dem Beschlusentwurf der Verwaltung die Grundlage dafür geschaffen, daß ihr jetzt mit einem Mehr, das zwischen 5 und 7 Mark pro Woche schwankt, draußen unter den allerungünstigsten Arbeitsbedingungen arbeiten müßt. Das sollten Sie, meine Damen und Herren vom Zentrum, sich reiflich überlegen. Sie denken nun: Na, die Geschichte geht auch einmal vorbei, die Anträge gehen an den Provinzialausschuß und dort werden wir ihnen ein Begräbnis erster oder zweiter Klasse bereiten, und die Sache ist erledigt. Die Sache ist damit zwar auf dem Papier erledigt, in Wirklichkeit beginnt sie dann aber erst draußen, meine Damen und Herren. Diese Straße muß gebaut werden. Sie wird nicht einfach hingezaubert. Da wird kein Wunder und kein Gott helfen, wie bei dem englischen Bergarbeiterstreik, wie Herr Louis Hagen meinte, sondern da werden die harten Tatsachen zu den Arbeitern sprechen, die dort zu arbeiten haben. Aus diesen Gründen sollten Sie es sich reiflich überlegen, ob Sie so ohne weiteres unsere berechtigten Forderungen ablehnen wollen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Schluß noch kurz auf die Entschließung der sozialdemokratischen Fraktion eingehen. Wir sehen, daß in dieser Entschließung eine Reihe von Forderungen enthalten ist, die auch wir akzeptieren können. Es sind aber auch

eine Reihe von Forderungen darin, denen wir wegen ihres nicht präzise ausgedrückten Inhalts nicht zustimmen können. Wir werden uns bei der Abstimmung über diese Entschließung der Stimme enthalten. (Ohlorufe bei den Sozialdemokraten.)

Damit dies von Ihnen nicht so ausgelegt werden kann, als seien wir gegen den sozialdemokratischen Antrag, werde ich gleich noch einige Erläuterungen dazu geben. Es ist bezeichnend, daß diesem Antrage das ganze Haus zustimmen wird. Weil er den Herren nichts kostet, deshalb werden sie zustimmen. Diese Herren werden aber nicht die Konsequenz aufbringen, daß sie sich nun im Landtag und im Reichstag für die berechtigten Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion einsetzen. Es wird Aufgabe der Vertreter der Arbeiterschaft sein, im Reichstag und Landtag einmal diese Dinge herauszugreifen und zu sagen: Hier, meine Herren, eure Freunde im Rheinischen Provinziallandtag sind scheinbar andere als Sie hier. Wir haben zwar hier sogar Reichstags- und Landtagsabgeordnete, Staatsrats- und Reichsratsmitglieder in der Provinzialverwaltung und im Provinziallandtag. Aber es scheint, wenn die Herren aus der Rheinprovinz heraus sind, ist ihr „rheinisches Gewissen“ zu Hause geblieben, dann ziehen sie das Berliner Gewissen in Berlin auf, und sie vergessen das, was sie hier selbst mit gefordert haben. (Weiterkeit.) Wir werden unsere Freunde im Reichstag und Landtag von dieser Entschließung unterrichten und werden bei allen Beratungen im Reichstag und Landtag Ihre Freunde darauf hinweisen. Dann werden wir feststellen, ob Sie bei der Stange bleiben oder ob das hier für Sie nur eine große Geste gewesen ist, die man mitgemacht hat.

Ich will nun auf folgenden Punkt der Entschließung eingehen: „Gemeinden, Kreise und Städte sind im allgemeinen in der Bekämpfung der bittersten Not bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gegangen.“

Meine Herren von der Sozialdemokratie! In dieser allgemeinen Formulierung geht das zu weit. Es gibt gewiß Städte und auch Gemeinden, die tatsächlich bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gegangen sind, besonders solche Gemeinden, wo die Arbeiterschaft einen maßgebenden Einfluß auf die Gemeindegeschäfte hat. Aber das ist nicht allgemein der Fall; das wird auch Herr Haas, der diesen Antrag verfaßt hat, wissen. Es gibt eine Reihe von Gemeinden, wo auch Ihre Freunde der Auffassung sind, daß die Gemeinden auf vielen Gebieten, die Sie hier anschnitten, bedeutend mehr tun könnten, wenn nur der gute Wille in den Gemeindevertretungen dazu vorhanden wäre. Wenn wir dem zustimmen würden, würde das ein Freibrief für alle die sabotierenden Gemeindeverwaltungen und Gemeindevertretungen sein. Aus diesem Grunde gefällt uns diese Formulierung nicht.

Wir stimmen dem zu, daß es Pflicht des Reiches und des Staates ist, dem notleidenden Volk mehr, als es bisher geschehen ist, zu helfen. Wir wünschten zwar,

daß es da heißen würde: „dem notleidenden werktätigen Volk“, und daß außer den Notleidenden aus dem gewerbetreibenden Mittelstande, den Kleinbauern und Winzern auch die Schicht der arbeitenden Klasse hier zum Ausdruck gebracht worden wäre.

Dann haben Sie hier gesagt: „Die beste und erfolgreichste Hilfe für alle ist die Arbeitsbeschaffung.“ Zuvor, das ist die beste Hilfe. Arbeit wird auch die Grundlage des kommunistischen Staates, der kommunistischen Gesellschaft sein. Aber es kommt doch nicht nur darauf an, daß gearbeitet wird, sondern auch darauf, unter welchen Bedingungen gearbeitet wird. Und das vermessen wir ebenfalls in dieser Formulierung. Hier wird einfach Arbeitsbeschaffung gefordert. Gerade die Vertreter der Sozialdemokratie, die in den städtischen Verwaltungen tätig sind, wissen von der Tatsache, die ich auch in der letzten Vorstandssitzung des Rheinischen Städtetages angeschnitten habe, daß heute eine Reihe von Städten mit der Laterne auf der Suche sind, um überhaupt noch ein Gebiet für Notstandsarbeiten ausfindig zu machen. Die unsinnigsten Arbeiten werden zum Teil als Notstandsarbeiten ausgeführt, während man wichtige Arbeiten, wie Kanalisationen, Wegeanlagen oder Wohnungsbau für solche Leute, die nicht die Mittel haben, selbst zu bauen oder Mitglieder einer Genossenschaft zu werden, nicht in die Notstandsarbeiten aufnimmt, trotzdem es hier gilt, den größten Notstand, der an den Wurzeln der Arbeitskraft in Deutschland frisst, zu beseitigen. Die Tatsache ist allgemein bekannt. Deshalb müßte man doch hier von der Sozialdemokratie verlangen, daß sie auch sagt, wie man sich die Arbeitsbeschaffung denkt und unter welchen Bedingungen diese Arbeit für die ausführenden Hände gewährleistet oder gegeben wird.

Wir glaubten, daß man bei der Gelegenheit der Arbeitsbeschaffung auch auf die Frage der achtstündigen Arbeitszeit mit aller Deutlichkeit hingewiesen hätte. Das wäre unbedingt notwendig gewesen. Das ist für uns auch eine grundsätzliche Frage. Besonders verlangen wir, daß der Wegfall der Ueberstunden endlich einmal gefordert wird. Wir wissen, daß die Arbeiterorganisationen noch einen schweren Kampf, sogar gegen eigene Mitglieder, zu führen haben werden, um in der Praxis durchzusetzen, daß die Ueberstundenleistung endlich einmal beseitigt wird.

Meine Damen und Herren von der sozialdemokratischen Fraktion! Wir glauben auch nicht, daß Ihre Forderung nach einem Eisenbahnsondertarif für die Wurmkohle, die Erze des Siegerlandes und des Lahngebietes im Interesse der Rheinschiffahrt ohne jede weitere Bindung akzeptiert werden kann. Es hätte zum wenigsten die Bindung daran geknüpft werden müssen: Wenn Eisenbahnsondertarife, dann aber auch Gewährleistung, daß sie sich auswirken auf den Preis der Kohle und Erze in der Industrie. Aber heute sehen wir, daß durch Trusts, Kohlen Syndikate und Eisensyndikate die Preise bestimmt werden. Wir sind überzeugt, wenn

Eisenbahnsondertarife ohne jede Bindung vom Reich gewährleistet würden, sie sich nicht in einer Senkung der Preise für Kohle, Eisen und Erz auswirken würden. Deshalb müßte das unbedingt da hinein kommen.

Zum letzten haben Sie gefordert, daß auch der Wohnungsbau in die produktive Erwerbslosenfürsorge aufgenommen wird. Auch dieser Forderung stimmen wir restlos und vorbehaltlos zu. Wir haben auch in der letzten Vorstandssitzung des Rheinischen Städtetages verlangt, daß auf die Tagesordnung der nächsten Tagung des Rheinischen Städtetages die Frage des kommunalen Wohnungsbaues gesetzt wird. Diesem Antrage ist auch entsprochen worden, und so wird die nächstjährige Tagung im Mai sich wohl auch mit der Frage des kommunalen Wohnungsbaues zu befassen haben. Da wird es auch Ihre Aufgabe sein, meine Damen und Herren, ohne Unterschied der Partei, auch in Ihren Kommunen und in Ihren Kreisen darauf hinzuwirken, daß mit aller Wucht die Kreise und Gemeinden sich dafür einsetzen, daß der Wohnungsbau in die produktive Erwerbslosenfürsorge aufgenommen wird. Ich habe schon aus Kreisen des Zentrums in kommunalpolitischen Blättern mehrfach Entschlüsse und Ausführungen von Vertretern des Zentrums gelesen, wonach auch in diesen Kreisen die Auffassung herrscht, die Frage des Wohnungsbaues für minderbemittelte Schichten in die Notstandsarbeiten aufnehmen zu können.

Meine Damen und Herren! Zum Schlusse möchte ich Ihnen das eine sagen: Wenn Sie auch jetzt unseren Anträgen ein Begräbnis erster Klasse im Provinzialauschuß zugewiesen haben, wo unter Ausschluß der Öffentlichkeit darüber beschlossen werden soll, so werden Sie es auch nicht verhindern können, daß diese Anträge, ob in dieser oder in einer abgeänderten Form, bei der nächsten Gelegenheit im Plenum wieder auftauchen. Wenn aber die Entwicklung des von der Verwaltung ausgearbeiteten Projekts soweit fortgeschritten ist, daß Sie sich nicht mit der Entschuldigung hierherstellen können und sagen: „Jetzt ist leider nichts mehr daran zu ändern, wenn wir das damals gewußt hätten, würden wir vielleicht etwas anderes getan haben.“ Wir sagen es Ihnen deshalb jetzt, damit Sie nicht später an ein zu kurzes Gedächtnis appellieren können.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a f e n : Das Wort hat Herr Abgeordneter Pohl.

Abgeordneter P o h l : Meine Damen und Herren! Wenn ich vom wirtschaftlichen Standpunkte aus zu dem Projekt und zu den Ausführungen, die hier gemacht worden sind, Stellung nehmen soll, so kann ich feststellen, daß von der SPD. bis zu den Deutschenationalen sich der wirtschaftliche Geist in der Zustimmung zu diesem Projekte ausdrückt. (Bravo!)

Es kommt zum Ausdruck, daß es sich hier nicht um etwas ähnliches handelt, wie wir es leider vielfach in der Debatte hören mußten, als der Nürnberg-Ring ge-

nannt wurde. Dort handelt es sich um eine sportliche Veranstaltung, hier handelt es sich um die einfache Erfüllung der Menschenpflicht gegenüber wirtschaftlichen Nöten. Wenn Sie mit diesem Kennzeichen die Vorlage ansehen wollen, meine Damen und Herren, dann werden Sie uns zustimmen, wenn wir es bedauert haben, daß eine große Partei den Herrn Direktor vom Nürnberg-Ring — wenn ich so sagen darf — hier an dieser Stelle für die Autobahnstraße sprechen ließ. Es ist etwas ganz anderes bei diesem Projekt, als es beim Nürnberg-Ring gewesen ist.

Wenn wir als Sparer dazu Stellung nehmen sollen, meine Damen und Herren, so wird es uns hart, einer Vorlage, die einen Kostenaufwand von 17 Millionen verlangt, zuzustimmen, während die Forderungen der Sparer noch unerfüllt sind. Denn wir betrachten die sämtlichen Kommunen, mögen sie sein, welche sie wollen, als unsere Schuldner und sagen: Macht erst dann eine neue Bewilligung, wenn die alte Schuld bezahlt ist! Da es sich aber hier um eine einfache Notstandsarbeit handelt, da es eine zwingende Notwendigkeit ist, dieses Projekt auszuführen, so lassen wir Sparer diese Bedenken fallen und erfüllen eine einfache Menschenpflicht, indem wir der Vorlage zustimmen.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte dazu sagen. Wenn Sie die Autos, die demnächst auf der Straße fahren werden, sich einmal etwas genauer ansehen, so werden Sie unter den Insassen eine große Anzahl finden, die früher noch nicht einmal mit einer Schubkarre gefahren sind, geschweige denn mit einem Auto. Wenn diese heute Auto fahren, so tun sie das von dem Vermögen der alten Sparer. Sie haben früher ihre Wohlgerüche nicht durch ein Autoabgasrohr verbreitet. (Ausbauernde schallende Heiterkeit. Glocke des Vorsitzenden.) Meine Damen und Herren! Die zweite Kategorie derjenigen, die auf dieser Straße fahren werden, sind diejenigen, die ihrem Beruf, ihrer Pflicht nachkommen. Das sind diejenigen, denen wir helfen müssen. Die dritte Kategorie sind diejenigen (Zuruf: Die früher schon gerochen haben! Heiterkeit), die, wenn sie eine Panne erleiden, nicht in der Lage sind, die Kosten dieser Panne zu bestreiten.

Für uns Sparer, meine Damen und Herren, ist es gleichgültig, ob eine von diesen drei Kategorien auf der Straße fährt. Wir sehen das Wesentliche darin, daß wir diejenigen, die draußen wohnen, wo die Mutter dauernd in Angst ist um ihr Kind, schützen. Wir sehen das Wesentliche der Vorlage darin, daß der Mensch geschützt werden soll.

Als die Vorlage im Provinzialauschuß zur Besprechung stand, da bin ich die Strecke zu Fuß gegangen. (Bravo!) Wenn Sie alle dasselbe getan hätten, wäre dieses lange Gerede nicht nötig gewesen. (Heiterkeit.)

Sie haben nun soviel von der wirtschaftlichen Seite gesprochen. Meine Damen und Herren! Die wirtschaftliche Rentabilität der Straße kann keinem Zweifel

unterliegen. Wenn wir bei der Erwerbslosenfürsorge für Arbeit sorgen wollen, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß Arbeit allezeit der beste Volkserzieher gewesen ist. Sie (zu den Kommunisten) mögen nun mit 9, 7 oder 5 Mark Mehrverdienst die Woche rechnen, damit können Sie die Wohlthat, die der Menschheit durch die Arbeit gebracht wird, nicht aus der Welt schaffen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sie sparen doch!) Wenn Sie gearbeitet hätten, wären Sie Sparer, wie wir es sind; wir haben arbeiten gelernt. Wer arbeitet, kann sparen, und wer nicht spart, will nicht arbeiten. (Lachen links; Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Von 20 Mark die Woche kann man 40 Mark sparen!)

Wenn Sie, meine Herrschaften von der Linken, aber sagen: Wir müssen die Regiearbeit haben, so lassen Sie mich als Praktiker (Zuruf links: Im Sparen!) in der Regiearbeit ein Wörtchen dazu sagen. — Wenn Sie erst so viele Jahre auf sich haben und so viele Millionenbauausführungen im Regiebetrieb verantwortlich geleitet haben wie ich, dann können Sie auch einmal wieder das Wort dazu nehmen. (Zurufe links.) Meine Damen und Herren! Wenn Sie keine sachlichen Ausführungen hören wollen, sondern nur Schlagworte, dann setzen Sie Ihre Zwischenrufe fort. — Sie können im Regiebau von heute auf morgen überhaupt nichts ausführen. Sie können in Regie wohl drei oder 300, vielleicht auch noch 3000 Kubikmeter bewegen. Wie wollen Sie aber Tiefbauten einer solchen Art ohne weiteres im Regiebetriebe ausführen? Meine Damen und Herren! Wie wollen Sie denn die Baugeräte und alles auf einmal beschaffen? Die Bauausführung würde ja dreimal so teuer werden, als sie jetzt veranschlagt ist. Meine Damen und Herren! Vergessen Sie doch nicht: Gerade in Ihrem Interesse, im Interesse der Vertreter der Linken, hat man sich doch seinerzeit vom Regiebetrieb zum privaten Baubetrieb umgestellt. Denken Sie doch bitte einmal zurück an die Zeit von 1890, dann werden Sie doch zugeben müssen, daß man hier nicht einfach mit Schlagworten eines Tages wieder den Regiebetrieb einführen kann. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Sie können ja nur Kasernen in Regie bauen, Herr Major!) Nein, ich habe Tiefbauten der größten Art, Millionenprojekte verantwortlich geleitet. Sie brauchen hier nicht von Kasernen zu reden. Sie wissen eben nicht, wer ich bin. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Doch, Herr Major!) Meine Damen und Herren! Der Regiebetrieb ist möglich und durchführbar, wenn der Wille dazu da ist (Sehr richtig! links) und wenn die notwendigen Baugeräte und die Bauleiter zur Verfügung stehen. Sie können aber keine Straßen-, Unter- und Auebauausführungen oder Kunstbauten einfach mit der Schippe und der Hacke bauen. (Zuruf des Abgeordneten Oberdörster: Wer hat das denn verlangt?) Darauf geht Ihre Forderung hinaus. (Zuruf links: Wir haben keine Kunstbauten!) Meine Damen und Herren! Wenn Sie hier rufen: „Wir haben keine Kunstbauten!“, so beweist das, daß Sie sich mit dem

Projekt überhaupt noch nicht befaßt haben, daß Sie überhaupt noch nicht hineingesehen haben; sonst wäre ein solcher Zuruf überhaupt nicht möglich. (Zuruf des Abgeordneten Knab: Das ist doch aus dem Antrag herausgelassen!)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Ende kommen. (Ironisches Bravo!) Das Wesentliche liegt in dem, was die Handelskammer in Köln in ihrem Gutachten gesagt hat. Sie hat erklärt: Die Zustände auf der Provinzialstraße sind unhaltbar. Wenn wir noch ein Gewissen haben und unsere Pflicht noch kennen, wenn wir wissen, daß selbst für 17 Millionen ein einziges Menschenleben geschützt werden muß, dann kann kein Zweifel sein, daß wir der Vorlage zustimmen müssen.

Und Ihnen, meine Herren von der Linken, möchte ich zum Schluß sagen: Vergessen Sie nicht, daß man heute zu wenig lehrt, daß Arbeit ehrt! (Einzelner Beifall in der Mitte und rechts. Ironischer lauter Beifall bei den Kommunisten.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a f e n : Das Wort hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete von Stedman hat eine pro-domo-Rede gehalten, denn er hat 97 Prozent seiner Ausführungen darauf verwandt, Koblenz und Umgegend in den Mittelpunkt zu stellen. Am Schlusse seiner Ausführungen hat er dann aber geglaubt, gegenüber der sozialdemokratischen Fraktion einen Wit machen zu können. Ich muß schon sagen: Dieser Wit war sehr faul. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Aber richtig!) Er hat nämlich gesagt, er freue sich darüber, daß die sozialdemokratische Fraktion alle die Forderungen aufgenommen habe, die die bürgerlichen Parteien bisher gestellt hätten. Ich möchte demgegenüber doch sagen, daß ich bisher noch nicht gewußt habe, daß die Arbeitsgemeinschaft eine Partei des schaffenden Volkes ist. (Lachen rechts.) Ich habe bisher lediglich gewußt, daß ganz besonders die Partei des Herrn von Stedman eine Partei der Großagrarien, der Schlotjunker usw. war. Daß diese Partei bisher solche Arbeiterforderungen gestellt hat, das ist mir neu gewesen. (Zuruf: Große Koalition!) Wenn Herr von Stedman wenigstens einmal versucht hätte, den Beweis für seine Behauptung zu erbringen. Daß meine Ausführungen das Richtige treffen, hat der kommunistische Redner, Herr Abgeordneter Knab, bewiesen, denn er hat Ihnen gesagt, er hoffe, daß das nicht lediglich eine Geste sei. Wenn er es auch nicht mit denselben Worten gesagt hat, so hat er doch dem Sinne nach geäußert, es genüge nicht, daß die bürgerlichen Parteien unseren Antrag annähmen, sondern sie müßten auch den Mut haben, im Reichstag und im Landtag für diese berechtigten Forderungen der Sozialdemokratischen Partei einzutreten. Daraus geht schon deutlich hervor, daß diese berechtigten Forderungen der Sozialdemokratischen Partei auch nach der Ansicht des Herrn Knab bisher

nicht von den bürgerlichen Parteien und sicher nicht von der Partei des Herrn Stedman gestellt worden sind.

Der Herr Kollege Knab hat dann erklärt, seine Fraktion stimme im allgemeinen unserem Antrage zu, müsse sich aber wegen verschiedener Punkte, die nicht klar genug ausgedrückt seien, der Abstimmung enthalten. Er hat vor allen Dingen darauf hingewiesen, daß doch nicht alle Gemeinden, Kreise und Städte bei der Bekämpfung der Not bisher an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit gegangen seien. Ich möchte ihn darauf aufmerksam machen, daß in unserem Antrage ausdrücklich steht: „Gemeinden, Kreise und Städte sind im allgemeinen in der Bekämpfung der bittersten Not bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gegangen.“ (Zuruf des Abgeordneten Knab: Nur einzelne!) Bitte schön, das schließt in sich, daß wir genau auf demselben Standpunkt stehen wie der Herr Knab, daß es auch Gemeinden, Kreise und Städte gibt, die bisher nach unserer Auffassung nicht genügend getan haben. Das drücken wir mit diesen Worten aus.

Er hat dann weiter gesagt, in dem Antrage sei nichts gesagt über die Bedingungen, unter welchen die Arbeiten ausgeführt werden sollen. Herr Knab, ich bin der Auffassung, über diese Bedingungen kann man dann reden, wenn die betreffende Arbeit akut wird, im allgemeinen aber, namentlich hinsichtlich des Achtstundentages und der Ueberstunden, von denen Sie sprachen, liegen diese Bedingungen durch Verfügungen des Reichsarbeitsministers fest. Er verlangt bei der Notstandsarbeit die achtsündige Arbeitszeit; er verlangt weiter, daß bei Notstandsarbeiten keine Ueberstunden gemacht werden. Aus diesem Grunde brauchen wir das nicht noch besonders zu fordern. Uns kommt es vielmehr darauf an, daß vor allen Dingen größere Reichs- und Staatsmittel für die bedrängte Rheinprovinz und für die vielen Arbeitslosen, die wir haben, gegeben werden. Wir stellen die Arbeitsbeschaffung in den Mittelpunkt. Wir sagen: Je mehr Arbeit beschafft wird, um so eher können wir dem Arbeiter helfen, um so eher können wir dem Mittelstande, dem Kleingewerbetreibenden und dem Winzer helfen. Das ist die Hauptsache, das Primäre, was in unserem Antrage ist.

Aus den Ausführungen des Herrn Knab — das möchte ich zum Schlusse noch sagen — mußte ich schließen, daß die Kommunistische Partei unserem Antrage zustimmen und sich nicht wegen einiger weniger Wünsche, die sie noch hat, der Abstimmung enthalten würde. Nachdem Herr Knab aber gesagt hat, seine Partei würde sich der Abstimmung enthalten, ist mir eingefallen: das ist so ähnlich wie mit der Autostrafe selbst. Im Provinzialauschuß war der Herr Kollege Knab für die Autostrafe (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Begeistert!), und heute hier im Plenum will er gegen die Autostrafe stimmen. Die Herren sagen: Wenn unsere Anträge nicht angenommen werden, dann werden wir gegen die Autostrafe stimmen, im Pro-

vinzialauschuß hörte man davon nichts. Das ist meiner Meinung nach ein klein wenig Eierfanzerei. (Abgeordneter Gerlach: Sehr richtig!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine Damen und Herren! Am Ende der langen und ausführlichen Beratung habe ich zunächst die angenehme Aufgabe, den Dank der Provinzialverwaltung und des Provinzialauschusses dafür auszusprechen, daß sämtliche Parteien von der Arbeitsgemeinschaft bis zur Sozialdemokratie dem Projekt sich zustimmend gegenübergestellt und bei dieser Gelegenheit auch manches anerkennende Wort für die allgemeine Arbeit der Provinzialverwaltung auf dem Gebiete des Verkehrswezens gefunden haben.

Die Kommunistische Partei hat als einzige dem Projekt widersprochen. Der Herr Abgeordnete Haas hat schon darauf hingewiesen, daß dieser Widerspruch nicht so sehr alt ist, sondern daß noch vor einigen Wochen maßgebende Stellen der Kommunistischen Partei dem Projekt ganz anders gegenüberstanden. Und auch heute glaube ich, daß der Widerspruch zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß die Herren doch über einzelne der der Projektierung zugrunde liegenden Gesichtspunkte, vor allen Dingen auch auf dem Gebiete der Beschäftigung der Erwerbslosen und der Aufbringung der Mittel, nicht voll und ganz unterrichtet sind. Das geht z. B. aus der Aufstellung des Herrn Abgeordneten Oberdorster hervor, wonach 70 Prozent der Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge, die hier verwendet würden, aus Arbeitergrotschen stammten, d. h. aus den Beiträgen der Arbeitnehmer zur Erwerbslosenfürsorge. Selbstverständlich ist das vollständig verkehrt. Nicht ein Pfennig aus diesen Mitteln wird für die produktive Erwerbslosenfürsorge verwendet, denn bekanntlich reichen diese Mittel noch nicht im entferntesten, um nur die Kosten der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge zu decken; dazu müssen noch Reichs- und Staatsmittel zugeschossen werden, und die sämtlichen Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge und für Notstandsarbeiten fließen aus den Reichs- und Staatsmitteln.

Ich glaube auch, daß die Wähler der Kommunistischen Partei in den Bezirken Benrath, Langensfeld, Wiesdorf und Opladen den übrigen Parteien dieses Hauses dankbar sein werden, daß sie sich nicht dem ablehnenden Votum der Kommunistischen Partei angeschlossen und nicht ebenfalls die Vorlage abgelehnt haben, sondern ihr zur Durchführung verhelfen. (Sehr richtig!) Ich stimme da durchaus dem Herrn Abgeordneten Pohl zu: Die größte Wohltat wird durch diese Vorlage nicht so sehr den Autofahrern als vielmehr den Bewohnern und vor allem auch den Arbeitern der in Betracht kommenden Ortschaften erwiesen.

Der Herr Abgeordnete Knab hat sich dann um meine Gesundheit außerordentlich besorgt gezeigt, in-

dem er befürchtete, wenn seine Vorschläge nicht angenommen würden, dann könnte ich demnächst, wenn ich einmal die Arbeiten an der neuen Autostraße besuchte, so schlecht beköstigt werden, wie das im Gebiete des Nürnberg-Rings der Fall gewesen wäre. Herr Abgeordneter Knab, wir beide sind einmal gemeinsam zwei Tage im Gebiete des Nürnberg-Rings herumgefahren. Ich glaube, wir sind da in einer Weise beköstigt worden, daß wir keine Befürchtung zu haben brauchen. Wenn es uns bei den Arbeiten an der neuen Autostraße auch so geht, dann kommen wir beide mit dieser Beköstigung aus. (Rufe: Au, au! Große Heiterkeit.)

Zu den Anträgen der Kommunistischen Partei möchte ich aber noch grundsätzlich bemerken: Sie sind keineswegs abgelehnt worden; vielmehr sind sie dem Provinzialausschuß zur Prüfung überwiesen worden. Ich bin überzeugt, daß diese Prüfung im Provinzialausschuß mit aller Sorgfalt erfolgen wird. Wie dies schon früher bei den Vorberatungen der Vorlage gesagt worden ist, ist es auch die Absicht der Verwaltung, für die Arbeiter, die von außen herangezogen werden, in Form von geeigneter Unterbringung und Bereitstellung von Zwischenmahlzeiten alles zu tun, was aus sozialen Gründen sich als nötig herausstellen wird.

Es ist dann dieses Projekt von den meisten Rednern mit Recht in den Rahmen des gesamten Straßenbauprogramms der Rheinprovinz hineingestellt worden, und man hat Anlaß genommen, nunmehr die Wünsche zu äußern, die auch aus den anderen Gebieten, namentlich aus dem Süden der Rheinprovinz, in bezug auf Verbesserungen im Straßenwesen geltend zu machen sind. In dieser Hinsicht bin ich selbst auch noch zu ausdrücklichen Erklärungen aufgefordert worden. Zunächst wird es mir leicht, eines zu erklären. Das ist, daß eine paritätische Behandlung ganz gewiß stattfinden soll. Wenn aus irgendeinem anderen Bezirk der Rheinprovinz uns ein Straßenbauprojekt gebracht wird, das die Provinzialverwaltung so wenig kostet und den Etat so wenig belastet, nämlich überhaupt nicht, so sind wir selbstverständlich bereit, dieses Projekt sofort zur Durchführung zu bringen. Leider ist das aber mit den anderen Straßenbauprojekten, die uns aus den anderen Gebieten der Provinz gebracht werden, nicht der Fall. Infolgedessen ist es auch ganz verkehrt, hier das Wort „Kompensation“ zu gebrauchen. Kompensationen können hier nicht in Frage kommen, denn für diesen Bezirk hier wird für den Bau der Autostraße aus Provinzmitteln nichts geleistet.

Damit ist aber den übrigen Bezirken nicht gedient. Es ist ihnen auch nicht damit gedient, daß ich ebenso nachdrücklich erklären kann, daß infolge des Baues der Autostraße auch nicht ein Pfennig weniger an anderer Stelle für Straßenbauzwecke ausgegeben wird, als es ohne die Autostraße der Fall wäre, aus dem einfachen Grunde, weil die Ausgaben der Autostraße ja den Haushaltsplan überhaupt nicht belasten werden. Im Gegenteil, der Betrieb der Autostraße stellt auf dem

Gebiete des Straßenbauwesens eine Ersparnismaßnahme dar. Würde sie nicht gebaut, so würden Sie allerdings bedeutende Ausgaben demnächst im Haushaltsplan für Umgehungsstraßen finden. Aber das schließt nicht aus, daß die Provinzialverwaltung sich ihrer Aufgabe bewußt bleiben muß, einen Ausgleich zu schaffen in der Leistungsfähigkeit der verschiedenen Bezirke, der wohlhabenderen Bezirke aus dem Industriegebiet und der weniger wohlhabenden im Süden der Rheinprovinz, und daß jedes einzelne Wegebauprojekt daraufhin geprüft werden muß, ob dieses Projekt im einzelnen notwendig und durchführbar ist. Ich glaube, gerade das letzte Jahr hat gezeigt, daß die Provinzialverwaltung darin bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit gegangen ist. Wir haben im letzten Jahr nicht weniger als 45 Millionen für Straßenbauzwecke in der Provinz aufgewendet, teils aus Anleihe, teils aus laufenden Mitteln, teils vorstufweise. Der Provinzialausschuß hat, als im Herbst das große Notstandsbauprogramm von der Staatsregierung aufgestellt wurde, sofort beschlossen, eine Anleihe von 13 Millionen für Wegebauzwecke aufzunehmen, für die Zinserleichterungen von der Staatsregierung in Aussicht gestellt wurden, eine Anleihe, die im nächsten Landtag noch Ihrer nachträglichen Genehmigung unterbreitet werden muß.

Gerade diese Ausgaben, die die Provinzialverwaltung hier macht, kommen aber in wesentlichem Umfange den Bezirken, die eben mit Recht als die besonders nothleidenden dargestellt wurden, zugute. So wird es auch in Zukunft sein, mit einer Begrenzung: soweit es die Leistungsfähigkeit der Provinz, d. h. die Möglichkeit, die Provinzialumlage in die Höhe zu setzen, erlaubt. Leider bringt die Kraftfahrzeugsteuer in diesem Jahre infolge der für die Rheinprovinz so ungünstigen Verteilung etwa drei Millionen weniger, als vorgesehen ist, und ich sehe sehr traurig auf diesem Gebiete in die Zukunft. Es wird sich nicht vermeiden lassen, wenn nur die bisherige Tätigkeit, nicht in der absoluten Summe, sondern in ihren Grundzügen, in etwa aufrecht erhalten werden soll, daß das schon zu einer wesentlichen Erhöhung der Provinzialumlage führen wird. Ganz besonders werden uns jetzt die großen Anleihen, die wir für Straßenbauzwecke aufgenommen haben: die 20-Millionen-Anleihe und jetzt die 13-Millionen-Anleihe, durch die Notwendigkeit der Verzinsung und Tilgung im nächsten Jahr ganz außerordentlich bedrücken. Es reizt ja etwas, im Augenblick eine Anleihe aufzunehmen; man merkt es ja im Haushaltsplan nicht; aber später kommt das dicke Ende. Das werden Sie bei der Beratung des nächstjährigen Haushaltsplans schon sehen. Es wird eben notwendig sein, hier den Mittelweg zu suchen zwischen den Bedürfnissen der Provinz und der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler. Dann wird es auch richtig sein, wie es Herr von Stedman gesagt hat, das allgemeine Bauprogramm aufzustellen und sich über den Gesamtweg klar zu werden. Ich darf aber darauf hinweisen, daß das auch im vorigen Landtag schon geschehen ist, wo auf Grund

eines solchen allgemeinen Bauprogramms die Übernahme von 2000 Kilometer Kreisstraßen und Gemeindewege auf die Provinz beschlossen worden ist, aber alles wieder nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit. Gerade auf dem Gebiete des Straßenbaues sind mehr als auf jedem anderen Gebiete Provinzialauschuß und Provinzialverwaltung ganz in den Händen des Provinziallandtags, während auf den anderen Gebieten, wo es sich um gefekmäßige Aufgaben handelt, der Landtag ja nicht so absolut die Ausgaben vorschreiben kann. Auf dem Gebiete des Fürforgewesens können wir beispielsweise gezwungen werden, mehr auszugeben; es kann auch weniger sein. Dagegen im Straßenwesen ist der Provinziallandtag in der Lage, ganz genau die Summe vorzuschreiben, die ausgegeben werden soll. Wenn z. B. vom Provinzialauschuß vorgeschlagen ist, in den nächsten Haushaltsplan, sagen wir einmal, zwei Millionen zur Unterstützung des Gemeinde-Wege- und Straßenbaues einzusetzen, und dieser Betrag dem Provinziallandtag nicht genügt, so ist er in der Lage, diese Zahl durch drei, vier oder fünf Millionen zu erhöhen. Auf der anderen Seite hat er dann die Provinzialumlage, die vielleicht 14 Millionen beträgt, auf 15, 16 oder 17 Millionen festzusetzen. Sie dürfen überzeugt sein, wenn auf diesem Gebiete nicht alles, was Sie wünschen, geschieht, so ist es nicht etwa mangelnder guter Wille der Provinzialverwaltung oder des Provinzialauschusses. Nichts kann uns mehr Freude machen, als wenn Sie uns recht große Mittel bewilligen und wir recht Schönes und Großes damit leisten können. Eine solche Bitte möchte ich jetzt schon für den nächsten Provinziallandtag an Sie richten. Wenn wir im nächsten Provinziallandtag mit den entsprechenden Forderungen auf Erhöhung der Provinzialumlage hervortreten, dann bin ich überzeugt, daß wir gerade von den Rednern, die heute diese Wünsche geäußert haben, auch vollste Zustimmung finden werden. (Weiterer Beifall.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Dr. Kaiser.

Abgeordneter Dr. Kaiser: Meine Damen und Herren! Nachdem alle Parteien ausgiebig zu Wort gekommen sind, beantrage ich namens meiner Freunde Schluß der Aussprache.

Vorsitzender Dr. Jarres: Nach § 32 der Geschäftsordnung bedarf dieser Antrag der Unterstützung von zehn anwesenden Mitgliedern. Ich darf fragen, ob diese Unterstützung vorhanden ist. — Das ist der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Zum Wort sind noch gemeldet Herr Abgeordneter Theissen und Herr Knab zu einer persönlichen Bemerkung und einer tatsächlichen Feststellung. Zu der persönlichen Bemerkung würde ich das Wort nach Schluß der Erörterung geben.

Ich bitte die Damen und Herren, die für Schluß der Erörterung sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Dann erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Knab zu einer persönlichen Bemerkung und einer tatsächlichen Feststellung.

Abgeordneter Knab: Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann und auch Herr Haas haben sachlich hier feststellen wollen, daß zwischen der Stellungnahme meiner Person im Provinzialauschuß und der heutigen Stellungnahme unserer Fraktion ein direkter Gegensatz bestände, und der Herr Landeshauptmann hat angedeutet, daß auch noch andere Instanzen der Kommunistischen Partei die Auffassung, die unsere Fraktion heute mit ihrer Abstimmung zum Ausdruck bringen wird, nicht teilen würden. Meine Damen und Herren! So, wie das der Herr Landeshauptmann und Herr Haas dargestellt haben, stimmen die Dinge nicht. Auch ich habe im Provinzialauschuß die Frage der Unterkunft und der Verpflegung der Arbeiter angeschnitten und erklärt, daß wir diese Dinge verlangen. Natürlich kann ich nicht im voraus sagen, daß die Fraktion, wenn die Vorlage des Provinzialauschusses ausgearbeitet vorliegt und wir sie zur Kenntnis bekommen, erklären wird: Diese Vorlage, wie sie da ausgearbeitet ist, genügt uns. Unser erster Fraktionsredner hat ausdrücklich festgestellt, daß wir für den Bau der Autostraße sind. Auch die Ablehnung der von uns geforderten Finanzierung durch eine Anleihe ist für uns kein Grund gewesen, das Projekt an sich abzulehnen. Grund zur Ablehnung war vielmehr für uns, daß in der heutigen Vorlage nicht die Sicherheiten für die Arbeitsbedingungen gegeben sind. Das hat unsere Fraktion zum Anlaß genommen, zu erklären: Weil uns heute diese Sicherheiten nicht gegeben sind, können wir heute dem Projekt nicht zustimmen. Wenn diese Sicherheiten später durch den Provinzialauschuß und den Provinziallandtag gegeben werden, würden wir nicht Abstand nehmen, später zu erklären: Jetzt sind unsere Bedingungen erfüllt; wir sind dafür, daß das Projekt unter diesen Umständen durchgeführt wird. Vielleicht ergibt sich jetzt durch den Zusatzantrag, der dem Beschlusentwurf angehängt wird, in späterer Sitzung im März die Gelegenheit, das nachzuholen. Dann werden wir nicht anstehen, diese Erklärung abzugeben.

Deshalb besteht kein Widerspruch zwischen unserer Stellungnahme, denn wir sind im Prinzip für das Projekt; das stelle ich ausdrücklich fest.

Nun die andere Frage bezüglich der Verpflegung im Mürrburg-Ring. Herr Landeshauptmann, wenn der Provinzialauschuß eine ein- oder mehrtägige Besichtigungsreise machen will, werden Sie es mir nicht verwehren können, daran teilzunehmen, weil ich zu diesen Besichtigungsreisen genau so verpflichtet bin wie Sie von Amtes wegen oder andere Abgeordnete von anderen Parteien. Wenn Sie aber, Herr Landeshauptmann, künftig mit uns eine Besichtigungsreise zu der Autostraße Köln—Düsseldorf machen werden, dann verspreche ich hiermit feierlich, daß ich bereit bin, eine

ganze Woche lang mit Ihnen zu beschäftigen, die Verpflegung da einzunehmen, wo die Arbeiter sie einnehmen, und mit den Arbeitern mich in die Baracken hineinzulegen. Und ich fordere Sie auf, Herr Landeshauptmann, mit mir dasselbe zu tun. Ich glaube, daß dann nicht mir, sondern Ihnen der Appetit vergehen wird. (Große Heiterkeit.)

Noch ein anderes.

Vorsitzender Dr. Farres: Herr Abgeordneter, ich möchte bitten, sich auf den Charakter der persönlichen Bemerkung zu beschränken.

Abgeordneter Knab: Das sind alles persönliche Bemerkungen. (Heiterkeit.)

Vorsitzender Dr. Farres: Sie dürfen nur persönliche Angriffe abwehren und eigene Ausführungen klarstellen.

Abgeordneter Knab: Der Herr Landeshauptmann hat einen Vergleich gezogen, der mit der Sache an sich nichts zu tun hat, sich mit anderen Worten eine sogenannte Anpflaumung erlaubt. (Heiterkeit.) Der Herr Landeshauptmann hat gesagt, die Verpflegung, die wir als Provinzialausschuß am Nürnberg-Ring bekommen haben, wo die Provinzialverwaltung die Verpflegung der Mitglieder von Udernach bis in die hintere Eifel hinein geregelt hat, sei gut gewesen. Herr Landeshauptmann, die Verpflegung war tatsächlich gut. Die Erinnerungen daran sind sehr süß. (Heiterkeit.) Herr Landeshauptmann, ich sage Ihnen das eine: Wenn Sie uns heute versprechen, diese Verpflegung den Arbeitern der Autostraße von Köln nach Düsseldorf zu geben, dann verzichten wir auf alle Anträge. (Heiterkeit.)

Vorsitzender Dr. Farres: Die Erörterung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Die kommunistische Fraktion hat den Wunsch ausgesprochen, daß über ihre Anträge und die dazu ergangene Entschliessung des Provinzialausschusses zunächst abgestimmt werde, weil davon ihre Stellungnahme zu der Hauptvorlage abhängt. Ich halte es für richtig, diesem Wunsche der kommunistischen Fraktion zu entsprechen, und schlage Ihnen vor, zunächst über diese Anträge der Kommunisten abzustimmen, und zwar in folgender Reihenfolge: In erster Linie über den grundsätzlichen Antrag, der die Vorlage wesentlich abändert und der lautet:

„1. Für die Finanzierung zum Bau der Autostraße Köln—Düsseldorf wird eine Anleihe von 18 Millionen Mark aufgenommen.

2. Für die Verzinsung und Tilgung dieser Anleihe wird für die Benutzung der Autobahn eine Gebühr erhoben, die für Personen- und Lastwagen je 10 Pfennig pro Wagenkilometer beträgt.“

Wird getrennte Abstimmung beantragt? (Rufe: Jawohl!) Dann bitte ich diejenigen, die für Ziffer 1 dieses Antrages sind, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte nunmehr diejenigen, die für Ziffer 2 dieses Antrages sind, sich zu erheben. Auch das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen dann zu dem Eventualantrage:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen:

Im Beschlusentwurf werden die Worte:

„daß die von Reich und Staat zugesagten Zuschüsse und Darlehen aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge für das Unternehmen sichergestellt sind, und ferner unter der Voraussetzung“

gestrichen.“

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zu dem dritten Antrage:

„Für die beim Bau der Autostraße Köln—Düsseldorf beschäftigten Arbeiter, die infolge der Entfernung ihrer Wohnung von der Arbeitsstätte nicht täglich nach Hause können, werden von der Provinz ausreichende und angemessene Unterkunftsmöglichkeiten und Verpflegungsmöglichkeiten geschaffen. Der von den Arbeitern für Quartier und Verpflegung zu zahlende Betrag darf nicht höher sein wie die Zulage, die die Arbeiter hierfür erhalten. Als Zuschuß für die Kosten der Unterbringung und Verpflegung wird ein Betrag von 500 000 Mark bereitgestellt.“

Der Sonderausschuß hat den Antrag gestellt, diesen Antrag dem Provinzialausschuß zu überweisen. Ich bin der Auffassung, daß über diesen Antrag des Sonderausschusses abzustimmen ist, und bitte diejenigen, die für diesen Antrag des 30er-Ausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Dann ist die Ueberweisung an den Provinzialausschuß beschlossen.

Wir kommen zu dem vierten Antrage:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen:

1. Die Erdbewegungs- und Straßenbefestigungsarbeiten beim Bau der Autobahn Köln—Düsseldorf werden in eigener Regie der Provinz ausgeführt.“

Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag sind, sich zu erheben. Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich darf dann feststellen, daß damit auch der Antrag Waterrodt erledigt ist, der dahin ging:

„Die Ausführung irgendwelcher Arbeiten seitens der Provinz in eigener Regie erfolgt nicht.“

Nach dem widerspruchlos hingenommenen Bericht des Herrn Berichterstatters ist anzunehmen, daß im Sinne dieses Antrages Waterrodt beschlossen ist. (Zuruf links: Herr Präsident, was Sie jetzt geschlußfolgert haben, ist nicht richtig!) Der Herr Berichterstatter hat berichtet, daß in dem Sonderausschuß festgestellt worden sei, daß mit der Ablehnung des Antrages der kommunistischen Fraktion der Antrag Waterrodt im beabsichtigten Sinne erledigt sei.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Gerlach.

Abgeordneter Gerlach: Ich bitte doch den Herrn Vorsitzenden, über den Antrag Vaterrodt abstimmen zu lassen, denn wir können uns natürlich nicht grundsätzlich für oder gegen die eigene Regie festlegen lassen. Meine Fraktion ist der Auffassung, daß das je nach den Verhältnissen von Fall zu Fall gemacht werden muß. Wir würden also den Antrag ebenso ablehnen wie den eben gestellten Antrag der Kommunisten.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich habe nichts dagegen, daß darüber abgestimmt wird. Aber Sie werden mir zugeben müssen, daß der Herr Berichterstatter in dem Sinne berichtet hat, wie ich es eben mitgeteilt habe, und daß dagegen Widerspruch nicht erhoben worden ist. Ich habe mich daraufhin mit dem Herrn Antragsteller Vaterrodt in Verbindung gesetzt, und er hat auf Grund dieses Berichts erklärt, damit sei sein Antrag erledigt.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Ich bin der Auffassung, dadurch, daß heute der Antrag 1 der kommunistischen Fraktion, wonach die Autostraße in eigener Regie gebaut werden soll, abgelehnt ist, kann der Antrag Vaterrodt als erledigt betrachtet werden. So können wir die Sache machen; dann ist man nach keiner Seite festgelegt. Es ist abgelehnt worden, daß man in eigener Regie baut; damit ist der Antrag Vaterrodt erledigt.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wenn ich ein Wort zur Sache dazu sagen soll: Es ist natürlich mißlich, festzulegen, daß irgendwelche Arbeiten nicht in Regie vorgenommen werden sollen. Ich glaube, das ist auch von dem Herrn Antragsteller nicht gemeint. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Das spricht der Antrag aber aus!)

Ich frage dann den Herrn Antragsteller Vaterrodt, ob er den Antrag damit für erledigt erklärt.

Abgeordneter Vaterrodt: Wenn das Haus sich dem Standpunkte des Sonderausschusses anschließt. Ich habe selbstverständlich mit dem Antrage nicht den Fall treffen wollen, daß die Provinz Ausführung von Arbeiten in eigener Regie in dem Rahmen vornimmt, in dem sie auch sonst Straßenarbeiten ausführen läßt.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Berichterstatter Dr. Saafen.

Abgeordneter Dr. Saafen: Ich wollte nur bestätigen, daß die Auffassung der vereinigten Ausschüsse, wie der Herr Vorsitzende ausdrücklich am Schlusse der Verhandlungen festgestellt hat, dahin ging, daß durch die Ablehnung des kommunistischen Antrages der Antrag des Herrn Abgeordneten Vaterrodt als angenehm anzusehen sei. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Nein, als erledigt!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Meine Damen und Herren! Der Antrag Vaterrodt lautet doch dahin: „Die Ausführung irgendwelcher Arbeiten seitens der

Provinz in eigener Regie erfolgt nicht.“ Das ist ein ganz allgemeiner Antrag. Das kann man nicht machen. Ich bin auch überzeugt davon, daß die Mehrheit des Hauses das nicht will. Wenn wir also erklären, der Antrag sei durch die Ablehnung des Antrages Knab erledigt, so ist das m. E. das Beste.

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! So wird es nicht gehen, denn der Antrag ist durch die Ablehnung des Antrages der kommunistischen Fraktion in der Tat nicht erledigt. Man kann ihn nicht ohne weiteres für erledigt erklären, wenn der Antragsteller ihn nicht selbst für erledigt erklärt. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Dann lassen wir abstimmen! Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Das Haus kann ihn für erledigt erklären!)

Ich möchte den Herrn Antragsteller fragen, ob er nicht eine kleine Aenderung des Antrages vornehmen will, die jeden Zweifel ausschließt, etwa in der Richtung, daß die Ausführung der Arbeiten seitens der Provinz in der Regel nicht in eigener Regie erfolgen soll. (Zuruf links: Das ist auch nichts!)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Hagen.

Abgeordneter Dr. Hagen: Meine Damen, meine Herren! Ich stelle fest, daß ich heute morgen in der Kommission ausdrücklich festgestellt habe, daß damit der Antrag Vaterrodt erledigt sei. Und erledigt ist er, da das Haus ja diesem Antrage zugestimmt hat. Herr Vaterrodt hat diese Erledigung ausdrücklich bestätigt. Ich habe Herrn Vaterrodt gebeten, den Antrag nunmehr als erledigt anzusehen, und das hat er getan.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Vaterrodt.

Abgeordneter Vaterrodt: Ich muß den Herrn Vorsitzenden doch in gewisser Weise berichtigen. Die Dinge sind so gewesen: Der Herr Vorsitzende (Zuruf Dr. Jarres: Der Vorsitzende des Ausschusses!) hatte mir vorgehalten, daß es nicht tragbar sei, wenn in einer Frage, in der die überwiegende Mehrheit des Hauses einer Meinung sei, von einer einzelnen Partei ein Antrag gestellt würde; denn das sähe dann so aus, als sei dieser Antrag das geistige Produkt nur dieser einen Partei. Daraufhin habe ich erklärt, nichts liege uns ferner, als aus dieser Sache eine Prestigefrage zu machen; es liege bei uns nur das sachliche Interesse daran vor, grundsätzlich das festgestellt zu sehen, was in unserem Antrage niedergelegt ist. Daraufhin ist erklärt worden: Wenn der kommunistische Antrag abgelehnt wird, ist damit positiv im Sinne Ihres Antrages beschlossen. Darauf habe ich erklärt: Wenn das die Meinung des Ausschusses ist, bin ich damit einverstanden, daß dadurch mein Antrag als erledigt angesehen wird. Dagegen ist von keiner Seite des Ausschusses Widerspruch erhoben worden.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Die Ausführungen des Vorsitzenden des Ausschusses, des Herrn Hagen, kann ich

bestätigen. Ich war während der Verhandlungen und während der Abstimmung über die Anträge drüben im Saal, wo der Ausschuß beraten und abgestimmt hat. Der Vorsitzende hat, nachdem der Antrag der Kommunisten abgelehnt war, erklärt, daß damit der Antrag Vaterrodt als erledigt betrachtet werden könnte.

Um aber dem Streit ein Ende zu machen, Herr Vorsitzender, möchte ich den Antrag stellen, daß hier im Hause darüber abgestimmt wird, daß der Antrag Vaterrodt als erledigt erklärt wird. Den Antrag stelle ich und ich füge hinzu: Mit einem solchen Antrage braucht sich der Antragsteller nicht einverstanden zu erklären, sondern das Haus kann zu jeder Zeit einen Antrag durch Uebergang zur Tagesordnung oder sonstwie als erledigt erklären. (Zustimmung.)

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Selbstverständlich, das kann das Haus beschließen. Es ist der Antrag gestellt worden, den Antrag Vaterrodt durch die Ablehnung des kommunistischen Antrages für erledigt zu erklären. Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschloffen.

Der fünfte Antrag der kommunistischen Fraktion lautet:

„Für die beim Bau der Autobahn beschäftigten Arbeiter darf eine tägliche Arbeitszeit von acht Stunden und eine wöchentliche Arbeitszeit von 42 Stunden nicht überschritten werden.“

Der Antrag des 30er-Ausschusses geht dahin, diesen Antrag dem Provinzialausschuß zu überweisen. — Wer für diesen Antrag des 30er-Ausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Der sechste Antrag der kommunistischen Fraktion lautet:

„Die Bezahlung der beim Bau der Autobahn beschäftigten Arbeiter erfolgt nach den für die einzelne Arbeit in Frage kommenden Tarifen. Für die 42stündige wöchentliche Arbeitszeit wird derselbe Lohn wie für die im Tarif vorgesehene oder sonst übliche längere Arbeitszeit gezahlt. Wenn in den Tarifen für weit von der Arbeitsstelle wohnende Arbeiter keine Begegelder, Fahrgelderstattung, Auswärtszulagen, Montagepfennig usw. vorgesehen sind, werden entsprechende Begegelder und Fahrgelder gezahlt. Falls die Arbeiter nicht täglich nach Hause können, erhalten sie eine Verpflegungszulage.“

Auch hier stellt der 30er-Ausschuß den Antrag, diesen Antrag dem Provinzialausschuß zu überweisen. Wer für diesen Antrag des 30er-Ausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Es ist so beschloffen.

Endlich liegt noch folgender Eventualantrag der kommunistischen Fraktion vor:

„Im Falle der Ablehnung der Durchführung der Erdbewegungs- und Straßenbefestigungsarbeiten beim Bau der Autobahn Köln—Düsseldorf in eigener Regie der Provinz wolle der Provinziallandtag beschließen:

Die Ausschreibung der Erdbarbeiten erfolgt unter Zugrundelegung von folgender Leistungsnorm pro Arbeiter und Tag von:

- a) 5 Kubikmeter bei Sandboden,
- b) 4 Kubikmeter bei Lehmboden,
- c) 3 Kubikmeter bei Kiezboden.“

Der Ausschuß stellt auch hier den Antrag, diesen Antrag dem Provinzialausschuß zu überweisen. Wer für diesen Antrag des 30er-Ausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschloffen.

Damit sind die Anträge der kommunistischen Fraktion erledigt. Wir kommen zu dem Antrage zur Vorlage des Provinzialausschusses. Der Vorschlag des Sonderausschusses geht dahin:

„Der Provinziallandtag wolle den Antrag des Provinzialausschusses unverändert annehmen. Dem nächsten Provinziallandtage ist vom Provinzialausschuß ein Bericht über den Stand der Vorarbeiten und ein Voranschlag über die entstehenden Baukosten vorzulegen.“

Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag sind, sich zu erheben. — Ich stelle fest, daß die Mehrheit des Hauses ist und daß der Antrag von sämtlichen Fraktionen, mit Ausnahme der kommunistischen Fraktion, angenommen ist.

Dann kommen wir zu dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend Zurverfügungstellung erhöhter Mittel seitens der Reichs- und Staatsregierung zur Linderung der wirtschaftlichen Notlage der Rheinlande. Der Sonderausschuß schlägt auch hier unveränderte Annahme des Antrages vor. Wer für diesen Antrag des Sonderausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschloffen. Damit sind Punkt 2 und 3 unserer Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zu

Punkt 4: Entscheidung zu dem Urteil des französischen Kriegsgerichts in Landau.

Ich gestatte mir dazu folgende kurze Bemerkung: Der Provinziallandtag hat gestern unter dem Beifall fast des ganzen Hauses von den würdigen und kraftvollen Ausführungen Kenntnis genommen, mit denen der Staatskommissar, der Herr Oberpräsident, der Entzündung der Rheinlande über das Schmachurteil in Landau Ausdruck gab. Wir danken dem Herrn Staatskommissar und der Staatsregierung für diese Erklärung. Aber der Aeltestenrat war doch der Auffassung, daß es richtig sei, wenn auch dieses Hohe Haus zu diesen Vorgängen Stellung nähme. Die Fraktionen waren einmütig in der Beurteilung der Landauer Vorfälle.

Es ist nun nicht gelungen, eine völlig einmütige Resolution aller Fraktionen des Hauses herbeizuführen. Die kommunistische Fraktion wird eine Sonder-

erklärung abgeben. Dagegen haben sich die übrigen Parteien, d. h. das Zentrum, die Arbeitsgemeinschaft, die sozialdemokratische Fraktion und die Wirtschaftliche Vereinigung, zu einer einheitlichen Erklärung zusammengefunden, zu deren Vertündung ich Herrn Abgeordneten Mönning das Wort gebe.

Abgeordneter Mönning: Die Erklärung, die der Herr Vorsitzende eben angedeutet hat, hat folgenden Wortlaut:

Der Rheinische Provinziallandtag, die berufene Vertretung der Rheinprovinz, insbesondere der besetzten Gebiete, gibt, einig mit dem ganzen Vaterlande und allen rechtlich Denkenden der Welt, seiner Entrüstung über die Vorgänge in Landau Ausdruck. Das aller Gerechtigkeit höhnsprechende Urteil des französischen Kriegsgerichts ist diktiert von engherziger nationalistischer Auffassung und stellt das Prestige des Militärs über das Recht der Bevölkerung. Der Gnabenakt der französischen Regierung genügt nicht, die berechnete tiefgehende Beunruhigung der Bevölkerung der besetzten Gebiete zu beseitigen. Die durch einen französischen Offizier an friedlichen deutschen Männern verübte Bluttat ist straflos geblieben. Solange die Besatzung weiter andauert, werden sich ähnliche Zwischenfälle und Willkürakte wiederholen und die Kluft zwischen beiden Völkern vertiefen, welche die übergroße Mehrheit auf beiden Seiten ernsthaft zu überbrücken bestrebt ist. Wir verlangen daher dringend die schleunige Beseitigung dieses ebenso unwürdigen wie gefährlichen Zustandes.

Wir richten an die Reichsregierung die Bitte, diese einmütige Auffassung des Rheinischen Provinziallandtags und der gesamten Bevölkerung der Lande am Rhein den im Völkerbund vereinigten Mächten bekanntzugeben und mit allem Nachdruck die völlige Räumung der noch besetzten deutschen Gebiete von fremder Besatzung zu verlangen. (Lauter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Nohl.

Abgeordneter Nohl: Die kommunistische Fraktion hat selbstverständlich zu der Sache eine eigene Erklärung abzugeben. Sie steht nicht auf dem gleichen Standpunkt wie die Mehrheit des Provinziallandtags, die auch hier wieder einen heuchlerischen Protest in die Welt hinaussendet, während in Wirklichkeit, in der Praxis, diese Mehrheit eine ganz andere Auffassung vertreten hat.

Wir haben deswegen folgende Erklärung abzugeben:

Erklärung der K.P.D.-Fraktion des 72. Rheinischen Provinziallandtags zu dem Urteil des Landauer Militärgerichts.

Die Fraktion der Kommunisten des 72. Rheinischen Provinziallandtags lehnt die Zustimmung zu der vorgelegten Kompromißerklärung der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit des Provinziallandtags ab.

Die Fraktion der Kommunisten verurteilt ebenfalls aufs schärfste dieses vom krassesten Nationalismus diktierte Schandurteil der französischen Militärjustiz und begrüßt es insbesondere, daß sich das Klassenbewußte Proletariat Frankreichs diesem Protest anschließt. Die Fraktion verlangt trotz des „Begnadigungsaktes“ die sofortige Aufhebung des Urteils und erhebt darüber hinaus die Forderung auf sofortige Räumung der noch von den Truppen ausländischer Imperialisten besetzten Gebiete.

Die Fraktion der Kommunisten erhebt gleichzeitig schärfsten Protest gegen die Verurteilung des Jungarbeiters Eise vom Koblenzer französischen Militärgericht zu zwei Jahren Gefängnis wegen antimilitaristischer Propaganda und stellt fest, daß bisher die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit des Provinziallandtags diese totgeschwiegen und sich unserer Forderung auf sofortige Aufhebung dieses Urteils nicht angeschlossen hat. Das Verhalten dieser Parteien wird gekennzeichnet durch die Duldung des Landesverräterischen Auftretens des Regierungsrats Lutterbeck, der im Bergarbeiterstreik im Mai 1923 die französische Besatzungsarmee aufforderte, streikende deutsche Arbeiter niederzuschießen. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Gleichzeitig erinnert die Fraktion der Kommunisten an die enge Zusammenarbeit deutscher und französischer Polizeibehörden gegen deutsche Arbeiter, die auf Vertreiben deutscher Behörden an die französische Militärjustiz ausgeliefert (Pfeil-Rufe bei den Kommunisten) und vom Mainzer Militärgericht zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, an deren Folgen der deutsche Arbeiter Scheerer, Kreuznach, gestorben ist.

Die Fraktion der Kommunisten erhebt gleichfalls schärfsten Protest gegen das Urteil der deutschen Klassenjustiz, wodurch Sonneser Arbeiter zu insgesamt 14 Jahren Kerker verurteilt wurden, weil sie im Herbst 1923 aus revolutionärer Ueberzeugung gegen die separattistischen Landesverräter kämpften und deshalb auch von der französischen Militärkamarilla ins Gefängnis geworfen wurden. Die Fraktion fordert die sofortige Aufhebung dieses Racheurteils des Leipziger Reichsgerichts gegen die revolutionären Bekämpfer des Separatismus und deren sofortige Haftentlassung.

Die Fraktion spricht angesichts dieser Haltung der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit des Provinziallandtags dieser das Recht zum öffentlichen Protest gegen das Landauer Urteil ab und bezeichnet den Protest als elende Heuchelei. (Sehr gut! bei den Kommunisten. Lachen bei den übrigen Parteien. Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. Farres: Ich rufe Sie wegen dieser Beleidigung des Hauses zur Ordnung.

Abgeordneter Nohl (fortfahrend): Die Fraktion der Kommunisten erklärt, daß nicht eher die Schandurteile der französisch-deutschen Klassenjustiz und die Bedrückung der werktätigen Bevölkerung der Rheinprovinz vom Joch der deutschen und ausländischen

Kapitalisten und ihrer militärischen Handlanger aufhört, als bis die Arbeiterklasse durch den Sturz der herrschenden Klasse und die Errichtung der Proletariatsdiktatur die Grundlage für ein freies Arbeiterdeutschland geschaffen hat. (Beifall bei den Kommunisten. Rufe rechts: Moskau!)

Vorsitzender Dr. Farres: Ich bitte um die Ermächtigung, die Entschliebung der großen Mehrheit des Hauses dem Herrn Reichskanzler, dem Herrn Reichsaußenminister und dem Preussischen Minister des Innern zu überreichen. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende unserer Beratungen. Ich möchte die Verhandlungen nicht schließen, ohne allen hier Anwesenden die herzlichsten Wünsche zum Jahreswechsel zum Ausdruck zu bringen.

Aber, meine Damen und Herren, über dem Wohl des einzelnen steht das Wohl unserer Heimat, steht das Wohl unseres Vaterlandes. (Die Versammlung erhebt sich. Die Kommunisten schicken sich an, den Saal zu verlassen.) Wir erwarten von dem kommenden Jahr 1927 viel. Wir erhoffen, ja, wir erwarten von ihm endlich die Befreiung des noch besetzten deutschen Gebietes, und wir hoffen, daß das Jahr 1927 namentlich hier im Rheinlande unsere Bevölkerung einig sehen möge in kraftvoller und fruchtbarer Arbeit zur Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft und zur Wiederaufrichtung unseres Ansehens im Inlande und im Auslande.

In dieser Erwartung habe ich dem Herrn Staatskommissar mitzuteilen, daß die Arbeiten des Provinziallandtags beendet sind. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten von der Tür des Saales: Sauff deutschen Wein!)

Oberpräsident Dr. Fuchs: Meine Damen und Herren! Bei Ihrem Auseinandergehen ist es mir zunächst ein lebhaftes Bedürfnis, Ihnen allen ein gutes neues Jahr zu wünschen.

Sie haben vor der Jahreswende ein bedeutungsvolles Werk verabschiedet, dem, wie Sie wissen, die Preussische Staatsregierung Interesse und Förderung entgegenbringt. Ich hoffe dringend, daß es sich bald ermöglichen läßt, die noch auf dem Gebiete des Reichsrechts bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Denn es handelt sich hier um ein Unternehmen bahnbrechender Art, das bei der Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen auch besonders gewertet werden muß.

Die Entschliebung des Hohen Hauses zur Befreiungsfrage habe ich mit besonderer Freude vernommen. Sie wird bei allen Rheinländern warmen Widerhall finden und ganz Deutschland wie darüber hinaus der ganzen Welt zeigen, daß wir am Rhein nicht ruhen und rasten werden, bis uns unsere Freiheit zurückgegeben ist. (Beifall.) Möge dies im kommenden Jahre der Fall sein. Mit diesem Neujahrswunsche erkläre ich den 72. Rheinischen Provinziallandtag für geschlossen. (Beifall.)

(Schluß 3 Uhr 50 Minuten.)

